Deutsche Post AG
Postvertriebstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 7-8/2013, 51. Jahrgang • www.express-afp.info • www.labournet.de/express • ☎ (069) 67 99 84 • ISSN 0343-5121 • Preis: 3,50 Euro

Weste: weiß Papier: geduldig

Zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie

Es brauchte erneut eine Katastrophe wie den Fabrikeinsturz in Dhaka, der Ende April mit seinen weit über 1 000 Todesopfern weltweit für Schlagzeilen sorgte, um endlich das durchzusetzen, was Gewerkschaften und Solidaritätsinitiativen schon seit Langem fordern: ein Abkommen zu Brandschutz und Arbeitssicherheit, das über die »freiwillige Selbstkontrolle« der internationalen Textilunternehmen hinausgeht (s. express 5/2013). Ein Schlusspunkt ist das aber noch lange nicht, wie ein soeben erschienener Bericht von medico (s. Bildnachweis auf dieser Seite) zeigt: Drei Monate nach der Katastrophe haben die involvierten Unternehmen und der Staat so gut wie nichts von ihren Versprechungen wahr gemacht. Doch nicht nur Zahlungen und Kontrollen bleiben aus, auch das Abkommen selbst hat seine Grenzen, wie Michael Fütterer im Folgenden analysiert. Statt Konsumentenschelte bleibt, so sein Plädoyer, die Unterstützung gewerkschaftlichen Widerstands vor Ort ein zentrales Kriterium für Verbesserungen.

Die Arbeitsbedingungen in der globalen Bekleidungsproduktion machten in den vergangenen Wochen wieder einmal Schlagzeilen: Nach dem Fabrikeinsturz von Rana Plaza bei Dhaka mit offiziell 1 127 Todesopfern und über 2 500 Verletzten häuften sich kurzfristig die Presseberichte. Zumeist wurde an die Verantwortung der KonsumentInnen appelliert und deren tatsächliche oder angebliche Geiz-ist-Geil-Mentalität als Ursache angeprangert. Multinationale Bekleidungsunternehmen gerieten unter Druck, für sichere Arbeitsplätze zu sorgen, und der Fabrikeinsturz belegte erneut eindrucksvoll, dass die von den Unternehmen aufgelegten Monitoringprogramme nichts wert sind.

Der Fabrikeinsturz in Rana Plaza ist allerdings nur die traurige Spitze einer Reihe von Fabrikbränden und Einstürzen in Bangladesch und in anderen Bekleidungsproduktionsländern Südasiens: 112 Näherinnen verbrannten im November 2012 bei Tazreen Fashion in Bangladesch, 300 Näherinnen starben im September des gleichen Jahres in der pakistanischen Fabrik Ali Enterprises, im Dezember 2010 wurden 29 Näherinnen bei einem Fabrikbrand bei Hameen Factories getötet, im selben Jahr im April starben 21 Näherinnen bei Garib und Garib, beide in Bangladesch. Von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet blieben kleinere Fabrikunglücke Anfang des Jahres in Bangladesch sowie erst kürzlich der Einsturz der Decke einer Schuhfabrik in Kambodscha, bei dem mehrere Arbeiterinnen ums Leben kamen.

Die Kritik an den KonsumentInnen geht am Kern des Problems vorbei und erscheint vor dem Hintergrund zunehmender Prekarisierung und der Ausweitung des Niedriglohnsektors in Deutschland absurd – umso mehr, zieht man die Lage der Menschen in den europäischen Krisenländern hinzu. Teure Markenkleidung wird nicht selten in denselben Fabriken und unter denselben Bedingungen produziert wie Discounterware. Die tödlichen Ereignisse sind nur der deutlichste Ausdruck einer globalen Bekleidungsindustrie, die auf der extremen Ausbeutung von überwiegend weiblicher Arbeitskraft beruht, um die Profite der Bekleidungsunternehmen zu sichern.

Die globale Bekleidungsindustrie ist von enormen Abhängigkeiten der Produzenten von den Abnehmern geprägt. Die multinationalen Einzelhandelsunternehmen unterhalten Zulieferbeziehungen, in denen sie Qualität, Quantität und Preis aufgrund ihrer Marktmacht und der Konzentration von Wissen weitgehend diktieren können. Sie leisten das Produktdesign sowie die Entwicklung und vereinen damit klassische Produzentenaufgaben auf sich. Diese Entwicklung verstärkte sich in den vergangenen Jahrzehnten: Der Einzelhandel wird von einer immer kleineren Anzahl Unternehmen dominiert, die aber dafür umso größer werden. Kleine und mittlere Unternehmen werden vom Markt verdrängt. Der Einfluss der großen Abnehmer nimmt zu. Sie profitieren zudem von dem niedrigen Automatisierungsgrad der Bekleidungsproduktion. Es ist relativ wenig Kapital nötig, um in die Produktion einzusteigen, und es können leicht neue Wettbewerber auf den Markt drängen. Diese konkurrieren um die Aufträge der Unternehmen, wobei Lohnkosten ein wichtiger Wettbewerbsfaktor sind. Den Druck der Abnehmer geben die Produzenten nahtlos an die Arbeiterinnen weiter.

Was dies genau bedeutet, lässt sich am Beispiel Bangladesch veranschaulichen. Bangladesch ist der zweitgrößte Bekleidungsproduzent weltweit, das Land erwirtschaftet 80 Prozent seiner Exporterlöse mit Bekleidung. Deutschland ist der wichtigste Importeur in der EU. In der Bangladeschischen Bekleidungsindustrie arbeiten etwa 3,6 Millionen Menschen in etwa 5 000 Fabriken. 80 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Der Mindest-

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

»Überlastungsanzeige«, Tarifverhandlungen über Personalstandards an der Charité S. 6

»Lampedusa in Hamburg« ver.di Hamburg nimmt Flüchtlinge aus Libyen auf S. 8

BETRIEBSSPIEGEL

Edwin Schudlich: »Maredo macht Spaß«, erfolgreich in der Niederlage – zum Ausgang des Konflikts S. 2

»Keine Pause in Sicht«, ein Interview mit Mechthild Middeke über die Streiks der Amazonier S. 4

Kollegen von Daimler Bremen: »Vor wie nach der Tarifrunde«, über den Tarifabschluss der IG Metall S. 4

Michael Wendl: »Wo steckt der Kapitalismus?«, zur Kontroverse um die Privatisierung von Krankenhäusern S. 6

Ralf Hoffrogge: »Wo guter Rat nicht teuer ist«, über das Online-Archiv Workerscontrol.net S. 11

»Grober Unfug«, Interview mit Rosina Juanita Hennig über das neue Prostitutionsgesetz und Selbstorganisationskonzepte in der Branche S. 15

INTERNATIONALES

Michael Fütterer: »Weste: weiß, Papier: geduldig«, zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie in Bangladesch S.1

Klaus Busch u.a: »Planstaatsspiele für mehr Markt«, FES-Studie zu den Folgen von Euro-Plus-Pakt, Six Pack & Co S.8

»Kein Erbarmen«, Initiative »Solidarität für alle« über neue Projekte in der und gegen die Krise in Griechenland, Teil 2 S. 11

Suzanne Adely / Immanuel Ness: »Dharna gegen Ausbeutung«, indische AutoarbeiterInnen kämpfen für ihre Basisgewerkschaft und für die Freilassung von Gefangenen S. 17

REZENSION

Wolfgang Völker: »Bewegung, Bündnis, Buckelkatze«, über Harald Rein: »1982-2012. Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest« S. 19

Bildnachweise

Die Bilder dieser Ausgabe hat der Fotograf Gordon Welters für einen Reisebericht der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation *medico international* aufgenommen. Sie dokumentieren die Situation von TextilarbeiterInnen und ihren Angehörigen in Bangladesch, die Opfer des Einsturzes einer Textilfabrik wurden. Der Bericht des medico-Mitarbeiters Thomas Seibert vom Besuch bei einer Partnerorganisation und am Unglücksort sowie weitere Bilder sind unter www.medico.de zu finden.
Wir danken herzlich für die Überlassung.

»Maredo macht Spaß«**

Erfolgreich in der Niederlage – Edwin Schudlich* zum Ausgang des Konflikts

Der express hat den Konflikt bei Maredo von Anfang an verfolgt. Nach dem Interview mit dem Betriebsrat im März 2012 und einem Update zum Stand des Konflikts im August 2012 schildert uns Edwin Schudlich nun das Ergebnis. Dies ist für die Beschäftigten zwar einerseits als Niederlage zu werten: Die komplette, gut organisierte Belegschaft wurde ausgetauscht, und es wird Jahre dauern, bis sich etwas Vergleichbares unter den neu Eingestellten entwickelt. Doch andererseits hat die Solidarität und der Widerstand unter den KollegInnen den Preis für die Union Busting-Strategien der Steakkette hochgetrieben und vielen ihrer KundInnen den Appetit verdorben. Ein ähnlicher Konflikt wie bei Maredo kocht nun bei Burger King hoch: Die Burger King GmbH hat nach Informationen der Gewerkschaft Nahrung–Genuss–Gaststätten (NGG) allein in den letzten zwei Monaten 14 Kündigungsverfahren gegen Betriebsräte eingeleitet. Dabei bedient sich die Geschäftsführung mehr als zweifelhafter Methoden. Auch hier wird mit geklauten Ketchuptütchen, fingierten Attesten und ähnlichem gegen Betriebsratsmitglieder argumentiert und prozessiert. Wir werden sehen, was die KollegInnen von Burger King vom Maredo-Konflikt gelernt haben.

Der Vergleich

Einen Tag vor dem Berufungstermin beim Landesarbeitsgericht im Juni 2013 haben die vom DGB-Rechtsschutz und der Gewerkschaft NGG vertretenen Beschäftigten der Maredo-Filiale in der Frankfurter »Fressgass« einem Vergleich mit der Steakhauskette zugestimmt und eine Vereinbarung unterschrieben, die ihren eineinhalbjährigen Kampf gegen ihre Entlassung beendete. Über die Details dieser Vereinbarung wurde Stillschweigen vereinbart, doch beinhaltet sie vermutlich folgende Punkte:

- Differenziert nach Alter und Betriebszugehörigkeit werden Abfindungen gezahlt, deren konkrete Höhe allerdings einem Schweigegebot unterliegt.
- Die Anzeigen gegen die Entlassenen wegen Diebstahls werden zurückgenommen.
- Im Gegenzug nehmen die Betroffenen ihre Kündigungsschutzklagen zurück und die Betriebsratsmitglieder akzeptieren ihre eigene Entlassung.
- Ebenso werden die Klagen gegen die Firma wegen Freiheitsberaubung und Nötigung zurückgezogen.

Vorgeschichte

Am 26. November 2011 wurde es in der Maredo-Filiale dunkel, angeblich wegen eines Stromausfalls. Die Gäste verließen das Lokal, an ihrer Stelle kamen Vertreter des Maredo-Managements, Rechtsanwälte und Sicherheitskräfte. Die bereits anwesenden und die neu hinzukommenden Beschäftigten wurden daran gehindert, das Lokal zu verlassen, und an den Türen wurden Sicherheitsleute postiert. Stattdessen wurden die Beschäftigten einzeln in das Personalbüro befohlen und mit dem Vorwurf konfrontiert, sie alle hätten die Firma bestohlen. Das könne man durch heimlich gedrehte Videoaufzeichnungen beweisen. Vor die Alternative gestellt, wegen Diebstahls angezeigt und fristlos entlassen zu werden oder eine Eigenkündigung zu unterschreiben, hielt etwa ein Drittel der Belegschaft dem Druck nicht stand und unterschrieb. Die anderen weigerten sich! Das war der Beginn des eineinhalbjährigen Kampfes um die Arbeitsplätze und gegen den ehrverletzenden Vorwurf, gestohlen zu haben.

Der Hintergrund: union busting

Das überfallartige Vorgehen des Unternehmens gegen die gesamte Belegschaft lässt sich nicht aus dem Vorwurf des angeblichen Diebstahls heraus verstehen. Die Gründe müssen vielmehr in der allgemeinen Strategie des »union bustings« gesehen werden, mit dem Unternehmen generell gewerkschafts- und betriebsratsfreie Zonen durchsetzen wollen – so auch die Equity Capital Management GmbH (ECM), der die Maredo-Filialen gehören. Bestimmte Anwaltskanzleien, Sicherheitsdienste, Public Relations-Büros und andere Organisationen stehen hier gern – natürlich gegen entsprechende Bezahlung – zu Diensten. Da werden alle rechtlichen Register gezogen, da werden Beschäftigte massiv unter Druck gesetzt, da werden Spitzel eingesetzt und Beschäftigte per Videokamera – auch nicht-legal installierter – überwacht. Dazu gehören auch die Kontrolle der Öffentlichkeitsarbeit und mit Bußgeldern bewehrte Unterlassungsforderungen für Informationen, die Gewerkschaften und das Solidaritätskomitee, aber auch Presse und Fernsehen veröffentlichen. Dieser geballten Macht stehen in der Regel eingeschüchterte und unerfahrene Beschäftigte und auch Betriebsräte gegenüber.

Dieses rigorose Vorgehen des Maredo-Managements ist aber auch in der besonderen Situation der betroffenen Filiale begründet: Die Belegschaft war überwiegend gewerkschaftlich organisiert und wurde von einem aktiven Betriebsrat vertreten. Und wegen der langen Betriebszugehörigkeit und der Tarifbindung erhielten die Beschäftigten vergleichsweise hohe Löhne.

Trotz dieser Drohkulisse nahm der größte Teil der Maredo-Belegschaft den Kampf auf und organisierte zusammen mit der Gewerkschaft NGG und einem von linken Kolleginnen und Kollegen organisierten Solidaritätskomitee den Widerstand. Die Gekündigten reichten Kündigungsschutzklagen beim Arbeitsgericht ein. Die Firma ihrerseits stellte dort Antrag auf Entlassung der Betriebsratsmitglieder.

Die Justiz als »nützliche Helferin«

Die Hoffnung auf Abweisung der Kündigungen bzw. Ablehnung der Entlassung der Betriebsratsmitglieder erwies sich schnell als Illusion. In allen Verfahren wurden die Kündigungen bestätigt. Auch der Entlassung von zwei der drei Betriebsratsmitglieder stimmte das Gericht zu. Entgegen dem Versprechen, das der Vorsitzende Richter Becker, der – nebenbei gesagt – an der *Europäischen Akademie der Arbeit* angehende Gewerkschaftsfunktionäre ausbildet – zu Beginn der Prozesse gegebenen hatte, alle Fälle einzeln zu bewerten und z.B. die Betriebszugehörigkeit und das Alter zu berücksichtigen, wurden anschließend alle Verfahren über einen Kamm geschert. Genereller Tenor der Urteile war: Da der Verzehr von Lebensmitteln im Betrieb (ohne zu bonieren) untersagt war, sei das Verhalten aller (!) Beschäftigten als Diebstahl anzusehen, mithin die Kündigung gerechtfertigt. Der Einwand der Verteidigung, es habe sich zum einen um eine langjährige »betriebliche Übung« gehandelt und diese sei nicht nur geduldet, sondern auch gestattet gewesen, und zum anderen sei bei normalem Verzehr von Speisen tatsächlich »gebont« worden, fand keine Berücksichtigung. Wegweisende Urteile zur Frage der Verhältnismäßigkeit bei sog. »Bagatellkündigungen« wie im Fall »Emmely« spielten in dem Prozess ebenfalls keine Rolle.

Noch weniger wurden die besonderen arbeitspolitischen Umstände vom Gericht gewürdigt. Nur ein einziges Mal fragte eine Beisitzerin nach, wie es denn zu erklären sei, dass »plötzlich« eine ganze Belegschaft zu einer »Diebesbande« mutiert sei. Dies habe man analog zum Schwund von Waren, wie er in vielen Geschäften des Einzelhandels vorkomme, rekonstruieren können, so die Anwälte des Unternehmens, ohne dies für den konkreten Fall in der Maredo-Filiale weiter zu belegen. Keine weiteren Fragen!

Grundlage des Erfolges

Nun kann man nur spekulieren, warum Maredo nach eineinhalb Jahren seine harte Linie verlassen und dem Kompromiss ebenfalls zugestimmt hat. Hier spielen sicher folgende Faktoren eine Rolle:

Da ist in erster Linie der Zusammenhalt und der Widerstand der Mehrheit der Belegschaft, die zum Teil über Jahrzehnte zusammen gearbeitet hatte, zu nennen. Über eineinhalb Jahre demonstrierte sie jeden Samstag bei Wind und Wetter von 13 Uhr bis 14.30 Uhr vor der Maredo-Filiale in der »Fressgass«

Fortsetzung von Seite 1

lohn für eine Näherin beträgt etwa 30 Euro pro Monat, ausgebildete Näherinnen können auf etwa 40 Euro monatlich kommen. Das reicht auch in Bangladesch nicht zum Leben aus: Nicht selten teilen sich mehrere Personen eine Wellblechhütte, weil die Miete bereits den größten Teil des Monatslohns aufbraucht. Wegen der niedrigen Grundlöhne sind die Näherinnen gezwungen, horrende Überstunden zu machen, um irgendwie über die Runden zu kommen. Deswegen sind 15-Stunden-Tage keine Seltenheit. Die Arbeitsbedingungen sind gesundheitsschädlich, es gibt oftmals keine Toilettenpausen und bei Krankheit oder Schwangerschaft kann es passieren, dass die Arbeiterinnen gekündigt werden. Sexuelle Gewalt an Frauen ist alltäglich und wird genutzt, um die Arbeiterinnen zu kontrollieren. Gewerkschaften werden verfolgt, Arbeiterinnen, die sich organisieren, sind von Kündigung bedroht, und es kommt immer wieder zu Angriffen auf GewerkschafterInnen. Der Aktivist Aminul Islam wurde im vergangenen Jahr ermordet, nachdem er einen Streik in einer Bekleidungsfabrik organisiert hatte.

Wenn Produzenten nicht in der Lage sind, die bestellte Ware rechtzeitig zu liefern, oder einfach um noch billiger zu produzieren, werden Teile der Produktion an Subunternehmer oder Heimarbeiterinnen vergeben. Dies führt zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeit. Solche Unternehmen fallen oft nicht mal unter das Monitoring der Abnehmer. Gewerkschaftliche Organisierung in diesen Bereichen ist noch schwieriger.

Die Regierung in Bangladesch steht all dem relativ tatenlos gegenüber. Sie verspricht sich von den Exporterlösen einerseits Wachstum, andererseits sind Bekleidungsindustrie in Bangladesch und die regierenden Parteien aufs Engste miteinander verwoben und Verbesserungen für ArbeiterInnen können nur unter größten Widerständen von den Gewerkschaften erkämpft werden. Dies zeigt erneut die jüngste Reform des Arbeitsgesetzes in Bangladesch. Nach dem Fabrikeinsturz bei Rana Plaza kündigte die Regierung großspurig Verbesserungen für die ArbeiterInnen und Gewerkschaften an. In dem neuen Gesetz ist zwar geregelt, dass den Arbeitgebern keine Namenslisten mehr vorgelegt werden müssen, wenn ArbeiterInnen eine Betriebsgewerkschaft gründen wollen. Gleichzeitig darf die Regierung Streiks beenden, wenn sie dem »Gemeinwohl schaden«, und in den Exportproduktionszonen sind Gewerkschaften immer noch nicht zugelassen. Das Gesetz wird nichts an der Verfolgung von GewerkschafterInnen und der sexuellen Gewalt an Frauen ändern.

Um diesen Bedingungen etwas entgegenzusetzen, haben sich Betriebsräte aus dem Einzelhandel in Deutschland, Gewerkschaften aus Bangladesch, Sri Lanka und Indien, ver.di und das TIE Bildungswerk im ExChains-Netzwerk zusammengeschlossen. Sie wollen gemeinsam die Arbeitsbedingungen in der Produktion und im Verkauf verbessern und internationale Solidarität aufbauen. Anknüpfungspunkte für die Beschäftigten an beiden Enden der Wertschöpfungskette ist die gemeinsame Erfahrung prekärer Beschäftigung. Selbstredend sind trotz Niedriglohn, flexibler Teilzeitarbeit und krank machenden Arbeitsbedingungen die Verhältnisse im deutschen Einzelhandel weniger drastisch als in der Bekleidungsproduktion Bangladeschs, aber es gibt doch gemeinsame Erfahrungen und Tendenzen, auf denen die Zusammenarbeit beruht.[1] Entlang der Produktionskette in der Bekleidungsindustrie treffen sich Beschäftigte, die die Kleidung im globalen Süden produzieren und die die Kleidung im globalen Norden verkaufen und tragen. In dem Netzwerk werden gemeinsame Kampagnen geplant und Forderungen aufgestellt, wie z.B. nach einem Gebäudesicherheits- und Brandschutzabkommen für Bangladesch, höheren Löhnen in der Produktion oder Gewerkschaftsrechten. In den Einzelhandelsfilialen informieren die Betriebsräte über die Kampagne, verabschieden gemeinsame Erklärungen, wie jüngst die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara, sammeln Unterschriften oder Spenden, um gewerkschaftliche Organisierung in Produktionsländern zu unterstützen, und verbreiten Forderungen der Gewerkschaften aus den Produktionsländern an die Abnehmer. Die Gewerkschaften aus den Produktionsländern solidarisieren sich mit den Kämpfen der Beschäftigten im Einzelhandel, wie z.B. jüngst in den Tarifverhandlungen, die mit besonderer Härte geführt werden, da die Unternehmer den Manteltarifvertrag gekündigt haben, und vernetzen sich untereinander, um Organisierungsstrategien zu entwickeln.

Ein unmittelbarer Erfolg des Netzwerkes war die Unterzeichnung des Gebäude- und Brandschutzabkommens für Bangladesch. Als Folge des Einsturzes von Rana Plaza unterzeichneten es mittlerweile 70 multinationale Bekleidungsunternehmen wie H&M, Zara/Inditex oder Primark. An seiner Entstehung waren maßgeblich Betriebsräte aus dem Einzelhandel, Nichtregierungs-

– mit Transparenten, Flugblättern und Unterschriftsaktionen informierte und mobilisierte sie dabei die Öffentlichkeit. Über 5 000 Menschen – darunter viele Prominente – solidarisierten sich mit der Forderung nach Wiedereinstellung. Und jeden Mittwochabend trafen sich alle im Gewerkschaftshaus mit den Vertretern der Gewerkschaft NGG und des Unterstützungskommitees, um entstandene Probleme zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu beraten.

Die Gewerkschaft NGG stand hinter der Belegschaft und deren Aktionen. Sie übernahm vor allem die logistischen Aufgaben, organisierte die Öffentlichkeitsarbeit und beriet die Beschäftigten in allen Fragen, die die Arbeitsagentur und andere Behörden betrafen.

Eine besondere Rolle spielten die Aktivitäten des – weiterhin im Amt gebliebenen – Betriebsrates, auch wenn die Betriebsleitung ihm alle möglichen Steine in den Weg legte, um ihn zu hindern, seinen Pflichten nachzukommen. Hier sah sich der Betriebsrat immer wieder gezwungen, Einspruch gegen Entscheidungen der Betriebsleitung einzulegen und daran anknüpfend Einigungsstellen anzurufen, die offensichtlich langsam »ins Geld gingen« und dem Betrieb auf die Dauer zu teuer wurden. Das Fernbleiben von Gästen – vor allem auch von ehemaligen Stammgästen – lässt zudem auf einen Umsatzrückgang schließen, der die Firma nicht gleichgültig ließ.

Alte Erkenntnis: Wer nicht kämpft, hat schon verloren ...

Für den letztlich erfolgreichen Ausgang des Konflikts entscheidend war aber der Zusammenhalt und die Solidarität unter der Mehrheit der Beschäftigten. Über lange Jahre hinweg war so etwas wie eine Gemeinschaft entstanden, die über die betrieblichen Arbeitszusammenhänge hinaus auch soziale Kontakte einschloss. Das ist in den anderen Maredo-Filialen und darüber hinaus in vielen anderen Betrieben insbesondere bei prekärer Beschäftigung nicht der Fall. Das »Abstoßen« der in langjähriger Kooperation erfahrenen Beschäftigten und deren Ersatz durch häufig wechselnde Beschäftigte mit befristeten Verträgen erschweren naturgemäß eine kollektive Interessenvertretung und die Entwicklung über längere Zeit stabiler Widerstandsformen.

Insofern hat das Unternehmen sein gewerkschaftsfeindliches Ziel durchsetzen können. Andererseits haben die Kolleginnen und Kollegen aber auch unter Beweis gestellt – und sind deshalb auch Beispiel und Vorbild für andere Belegschaften –, dass Widerstand und ein langer Atem von Erfolg gekrönt sein können. In diesem Sinne trug die geschasste, aber kämpfende Belegschaft einen Sieg davon.

** Edwin Schudlich ist promovierter Diplomsoziologe. Er arbeitete über 20 Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung und anschließend über 10 Jahre beim DGB Hessen. Er lebt nunmehr als Rentner in Frankfurt am Main und ist dort weiterhin gewerkschaftlich, politisch und in der Bildungsarbeit aktiv.*

*** Werbeslogan auf der Maredo Homepage.*

Wahlkampf ist wurstig,
Wetter macht durstig,
und was haste im Kopp?

Angesichts des so wohl halbwegs treffend umrissenen Kopfzustandes der express-Redaktion auf den letzten Metern zur Fertigstellung dieser Ausgabe ist es wohl im Interesse von Euch, geneigte Leserinnen und Leser, dieses Gedicht hier nicht fortzusetzen und Euch zu versichern, dass die entscheidenden Beiträge außer Haus gefertigt wurden – oder zumindest von der Mitwirkung unserer Interviewpartnerinnen leben: Von Mechthild Middeke haben wir uns erklären lassen, wie der Arbeitskampf bei Amazon zustande kommen konnte. Rosina Henning erläutert, warum sie und ihre Kolleginnen von Dona Carmen die Neufassung des Prostitutionsgesetzes so entschieden ablehnen. Edwin Schudlich blickt zurück auf den Konflikt bei der Steakhousekette Maredo, der trotz eines unbefriedigenden Kompromisses ein schönes Beispiel für den Zusammenhalt in der Belegschaft und die Arbeit eines Unterstützerkreises ist. Weniger positiv fällt der Rückblick der Bremer Daimler-Kollegen auf die Tarifrunde aus: Sie können – ausdrücklich und mit guten Gründen – nichts anderes sagen als schon vor den Verhandlungen. Manch ein Blick in die Vergangenheit führt ohnehin in die Irre – so sieht es zumindest Michael Wendl in seiner Antwort auf Rudi Schwab, vor einer Idealisierung früherer Formen der Krankenhausökonomie warnend.

Jenseits des nationalen Tellerrands bleibt insofern alles beim Alten, als die europäische Austeritätspolitik zwar die Krise nicht löst, aber zuverlässig für soziale Verheerungen sorgt. Wir dokumentieren einen Auszug aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in dem die Konsequenzen für Tarifautonomie, Löhne und Arbeitsverhältnisse analysiert werden. In Indien sieht Industriearbeit schon jetzt so aus, wie es die Troika für Europa gern hätte – in der Autoindustrie regt sich allerdings auch entschlossener Widerstand.

Der Aufmacher dieser Ausgabe stammt von Michael Fütterer. Er beleuchtet Zustandekommen und Bedeutung des Brandschutzabkommens in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs. Diese ist auch Thema der Fotografien von Gordon Welters, mit denen wir diese Ausgabe bebildert haben.

organisationen wie die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC), internationale Gewerkschaftsverbände, AktivistInnen und Gewerkschaften aus Bangladesch beteiligt. Seit langem forderten sie dieses Abkommen, allerdings ohne den Widerstand der Unternehmen brechen zu können. Durchgesetzt wurde es letztlich gegen eine Initiative der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, die deutlich schwächer gewesen wäre. Nur durch Zusammenarbeit von internationalen Gewerkschaftsverbänden, dem ExChains-Netzwerk, ver.di, der CCC und anderen Nichtregierungsorganisationen konnte die GIZ-Initiative abgewendet werden.

Das Abkommen stellt einen deutlichen Fortschritt gegenüber allen bisherigen Verpflichtungen der Unternehmen dar. Die Unternehmen sind jetzt zu Sanierungen verpflichtet, die Gewerkschaften und Beschäftigten sind an Sicherheitsschulungen und Mängelfeststellung beteiligt und erhalten Zugang zu den Fabriken. Das Abkommen wird von einem von Unternehmen und Gewerkschaften paritätisch besetzten Gremium überwacht. Im Konfliktfall wird zwingend ein Schlichtungsverfahren nach UN-Recht abgehalten. Auch das Ergebnis dieser Schlichtung ist rechtlich bindend und kann am Sitz des auf Einhaltung verpflichteten Unternehmens eingeklagt werden. Trotz des Fortschrittes gegenüber bisherigen Abkommen ist es jedoch allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ändert nichts an den katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Produktion, umfasst längst nicht alle Fabriken und gilt nur für Bangladesch. Unmittelbar gilt es deshalb weiterhin, EU-weite gesetzliche Regelungen einzufordern, die Importe überhaupt an sozial- und arbeitsrechtliche Standards binden.

Besonders die im ExChains-Netzwerk aktiven Betriebsräte der Einzelhandelsriesen H&M, Zara und Metro/real konfrontierten die Unternehmensleitungen immer wieder mit den katastrophalen Bedingungen und forderten die Unterschrift unter das Abkommen ein. Die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara verabschiedeten kurz vor Bekanntwerden des Fabrikeinsturzes eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Unternehmen zur Unterschrift des Abkommens aufriefen. Sie leisteten einen zentralen Beitrag in der Auseinandersetzung um das Abkommen. Doch letztlich brachte erst der Tod von 1 127 Näherinnen die Unternehmen zum Einlenken.

Letztlich ist aber jede Regelung nur so gut, wie die Kräfte vor Ort fähig sind, sie einzufordern. Die Gewerkschaften in Bangladesch sehen in dem Abkommen eine Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Selbstorganisation der ArbeiterInnen zu unterstützen. Das Beschwerdeverfahren, die Schulungen für Beschäftigte unter Beteiligung der Gewerkschaften sowie der Zugang zu den Fabriken eröffnen Spielräume für die Gewerkschaften. In den vergangenen Wochen gelang es der kämpferischen Gewerkschaft NGWF, eine Reihe von neuen Betriebsgewerkschaften zu gründen. Zwar sind dies noch nicht unmittelbar die Auswirkungen des Abkommens, sondern eher Früchte der langjährigen Basisarbeit der Gewerkschaft und der veränderten Bedingungen nach dem Fabrikeinsturz, aber es zeigt, wohin die Richtung gehen muss: Nur gewerkschaftliche Organisierung kann dauerhaft etwas an den Arbeitsbedingungen verbessern. Das Abkommen ist aus dieser Perspektive ein Erfolg. Ob es ein Auftakt für weitergehende Veränderungen ist oder nur eine Regulation, die die schlimmsten Folgen des globalen Kapitalismus etwas eindämmt, ist eine Frage, die in sozialen Kämpfen entschieden wird.

Die Gewerkschaften bei ihren Organisierungsbemühungen zu unterstützen, ist eine vordringliche Aufgabe internationaler Solidarität. In aktuellen Auseinandersetzungen um Entschädigungszahlungen für getötete bzw. verletzte ArbeiterInnen und ihre Angehörigen zeigt sich, dass die Gewerkschaften vor Ort große Belastungen zu stemmen haben. Dies bindet Kräfte, die für Organisierung genutzt werden könnten. Jede Unterstützung ist deswegen hilfreich.

Spenden für gewerkschaftliche Organisierung in der Bekleidungsproduktion an:

TIE Internationales Bildungswerk e.V.
Konto 861685
Frankfurter Sparkasse 1822
BLZ 500 502 01

Internationale Bankdaten:
IBAN: DE76 5005 0201 0000 861 685
SWIFT/BIC: HELADEF1822
Stichwort: ExChains

Michael Fütterer lebt in Frankfurt und arbeitet beim TIE Bildungswerk e.V..

Anmerkung:

1 *Was prekäre Beschäftigung im Einzelhandel bedeutet, lässt sich sehr gut an den derzeitigen Tarifauseinandersetzungen sehen. Während die Einzelhandelsarbeitgeber mit der Kündigung des Manteltarifvertrages einen Generalangriff auf die Beschäftigten gestartet haben, kämpfen die Beschäftigten bei Amazon um die Anwendung des Einzelhandelstarifs statt der deutlich schlechteren Bezahlung aus der Logistikbranche. (S. Interview zu Amazon in dieser Ausgabe, S. 4f.)*

Keine Pause in Sicht

»Unberechenbar bleiben« – ein Gespräch mit Mechthild Middeke über die Streiks der Amazonier

»Make History«, diesen Slogan haben die Beschäftigten des weltgrößten Online-Versandhändlers Amazon sich zueigen gemacht und neu interpretiert.

Für keinen der mittlerweile acht bundesdeutschen Standorte mit jeweils 1 200 bis 1 500 Beschäftigten gibt es bislang einen Tarifvertrag. Amazon bezahlt die Beschäftigten nach einem eigenen ›Amazon-Vergütungssystem‹, das – je nach Standort – unterschiedlich ausfällt, überall aber deutlich unter dem Tarifentgelt liegt, das für den Einzel- und Versandhandel gilt. Das soll sich ändern, wenn es nach den Beschäftigten in den Werken bei Bad Hersfeld und in Leipzig geht: In Hessen beträgt der Einstiegslohn bei Amazon 9,83 Euro, nach Tarif müssten es 12,18 Euro sein – in Leipzig wären es 10,66 statt der bislang gezahlten 9,30 Euro. Darüber hinaus geht es um ein tarifliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld, das Amazon bislang gar nicht zahlt, und einen einheitlichen Beginn für die Zahlung von Nachtarbeitszuschlägen ab 20 Uhr.

Amazon dagegen ist bestenfalls bereit, einen Anschluss an den niedrigeren Logistik-Tarif herzustellen. Für Verhandlungen mit ver.di sieht das Unternehmen derzeit »zu wenig Gemeinsamkeiten«. Was die Durchsetzung der Forderungen für die Beschäftigten und ver.di darüber hinaus zu einer Herausforderung macht: Jeder Standort bildet eine eigenständige GmbH mit eigener Unternehmensführung. Interessenvertretungsstrukturen und Arbeitskampffähigkeit müssen also Standort für Standort entwickelt – und unter Beweis gestellt werden. Immerhin: An allen acht Standorten haben die Beschäftigten mittlerweile Betriebsräte gewählt. In Bad Hersfeld und Leipzig haben sie zudem bereits mehrfach gestreikt. »Das hat es weltweit noch nicht gegeben bei dem Marktführer im Versandhandel«, schreibt ver.di im Amazon-Blog. Wir sprachen mit Mechthild Middeke, Gewerkschaftssekretärin im Fachbereich Handel und zuständig für die beiden Werke bei Bad Hersfeld, über Voraussetzungen und Perspektiven dieses Arbeitskampfes.

express: *Rund 50 Prozent der Betriebe und Beschäftigten im Handelsbereich fallen nicht mehr unter die Tarifbindung, viele Unternehmen wählen eine Verbandsmitgliedschaft ohne Tarifbindung, treten ganz aus den Arbeitgeberverbänden aus oder waren noch nie Mitglied. Angesichts der Vielzahl möglicher Kandidaten für verstärkte gewerkschaftliche Organizing-Bemühungen stellt sich die Frage, wieso Amazon von Euch als ein Schwerpunktbetrieb für gewerkschaftliches Engagement ausgewählt wurde. Gab es spezielle Kriterien und Gründe dafür?*

Mechthild Middeke: In Hersfeld gibt es Amazon schon seit 1999. Wir sind recht früh in den Betrieb reingegangen und haben dort auch die Gründung eines Betriebsrats unterstützt. Immer wieder haben wir dann versucht, neue Mitglieder zu gewinnen und den Organisationsgrad zu erhöhen. So haben wir u.a. die Bildung eines Aktivenkreises angeregt, der seit 2007 regelmäßig zusammenkommt. Aus dem Aktivenkreis heraus wurde dann auch das Bedürfnis formuliert, mehr zu tun. Die Einschätzung war, dass wir mit der bisherigen Arbeitsweise an unsere Grenzen stoßen. Eine Handvoll Aktiver reicht einfach nicht aus, um in einem Betrieb dieser Größe weiter zu kommen. Um Amazon zu ›knacken‹, müsste das Unternehmen stärker in den Fokus genommen werden, so die Überzeugung der Aktiven. Daraus entstand 2009 die Idee eines Organizing-Projekts, für das wir Mittel beim Landesbezirk beantragt haben. 2011 wurde das Projekt dann ins Leben gerufen mit zwei hauptamtlichen Organizern, die sich um Amazon kümmerten. Der Zeitpunkt für die organisationspolitische Entscheidung, Amazon zum Schwerpunktbetrieb zu machen, passte gut, denn er fiel zusammen mit einer enormen Expansion des Unternehmens. Von einer strategischen Entscheidung zu sprechen, wäre aber vielleicht doch etwas übertrieben. Amazon ist zwar der weltgrößte Versandhändler, aber letztlich auch nur eines von vielen Unternehmen, das unsere Aufmerksamkeit braucht. Gleichwohl erhoffen wir uns natürlich eine Signalwirkung von den Aktivitäten bei Amazon in die boomende Branche des Online-Versandhandels. Ab 2012 hat ver.di auch auf Bundesebene Mittel freigemacht, um weitere Niederlassungen von Amazon anzugehen.

Wie ist es mit dem Organizing-Projekt bei Euch in Bad Hersfeld weitergegangen?

Das Projekt lief letztes Jahr aus. Danach ist die Betreuung der beiden Werke wieder in die reguläre Betreuung des Fachbereichs Handel übergegangen. Zur Zeit arbeiten wir hier mit zwei SekretärInnen, die für den Handel in Nordhessen zuständig sind. Einer der Organizing-Sekretäre steht uns aber wegen seiner engen Verbindungen zur Amazon-Belegschaft auch weiterhin als Ansprechpartner im Hintergrund zur Verfügung.

Organizing und Arbeitskampffähigkeit müssen nicht identisch sein. Wie ist es gelungen, in diesem Unternehmen streikfähig zu werden? Was waren die wichtigsten Schritte auf dem Weg dahin, was die größten Schwierigkeiten?

Das Fundament für die aktuellen Streiks ist durch das Organizing gelegt worden. Nach dem Auslaufen des Schwerpunktprojekts haben wir dann im vergangenen Jahr damit begonnen, betriebliche Strukturen zu entwickeln: Wir haben Vertrauensleute gebildet und einen Vertrauensleutekörper aufgebaut, aus dem heraus dann auch die Tarifkommission und entsprechende Forderungsdiskussionen entstanden sind. Die Tarifkommission hat Sondierungsgespräche mit dem Arbeitgeber geführt, aber der wollte nicht. Am Anfang der folgenden Auseinandersetzung standen zunächst niedrig niederschwellige Aktionen, z.B. Warnstreiks von zwei Stunden und die Aktion »Outdoor-Meeting« – eine Anspielung auf den Jargon von Amazon –, bei der die Belegschaft von ver.di informiert wurde. Die Beteiligung von rund 300 Beschäftigten hat Mut gemacht, weiter zu gehen und auch ganztätige Streiks zu probieren. Derzeit nehmen an den Streiks zwischen 600 und 800 Beschäftigte teil – von insgesamt rund 3 500 Beschäftigten an den beiden Hersfelder Standorten.

Das klingt nach Minderheit. Wie ist denn die Stimmung in Belegschaft gegenüber den streikenden bzw. streikbereiten KollegInnen? Gibt es Spaltungen?

Amazon wird ganz unterschiedlich wahrgenommen – je nach Erfahrungshintergrund der ArbeiterInnen. Die Beschäftigtenstruktur ist insgesamt sehr heterogen, es gibt die Gruppe der Älteren, dann die Langzeitarbeitslosen oder auch Menschen, die bisher nur prekär beschäftigt waren. Bei vielen von ihnen steht Amazon als Arbeitgeber hoch im Kurs. Neulich lag auch eine Unterschriftensammlung gegen die Aktivitäten von ver.di auf den Tischen, von der wir nicht genau wissen, wie es um die Urheberschaft bestellt ist.

Allerdings gibt es in der Belegschaft auch viele, die einen anderen Background haben und vorher bei Unternehmen, hier in der Region z.B. bei Babcock, gearbeitet haben, wo sie besser bezahlt wurden und auch gewerkschaftliche Erfahrungen gesammelt haben. Ein Problem bleibt, dass Amazon – für viele attraktive – Vollzeitarbeitsplätze anbietet, zugleich aber alle Möglichkeiten des Teilzeit- und Befristungsgesetztes nutzt. Die Beschäftigten befinden sich also bei Ausschöpfung aller Befristungsmöglichkeiten in einer bis zu zweijährigen ›Probezeit‹ und sind damit erpressbar. Die Geschäftsführung selbst betont immer, dass das Recht auf Streik respektiert werde – umgekehrt müsse aber auch das Recht, nicht zu streiken, respektiert werden. Gezielte Repressalien gegenüber den organisierten Beschäftigten, etwa Versetzungen auf schlechtere Arbeitsplätze, ließen sich bislang nicht nachweisen.

Im Frühjahr hat die ARD-Dokumentation »Ausgeliefert« über Leiharbeit bei Amazon für Furore gesorgt. Wie ist diese Sendung bei den Beschäftigten aufgenommen wurden? Hat Euch die öffentliche Empörung Rückenwind gegeben?

Die mediale Aufmerksamkeit und die öffentliche Empörung haben schon geholfen. Viele wurden dadurch bewegt, sich mit ihrem Arbeitgeber intensiver auseinandersetzen. Allerdings bezog sich die Dokumentation hauptsächlich auf die Situation der Leiharbeiter, deren Unterbringung und die Sicherheitsfirma, die die Leiharbeitskräfte kontrolliert. In der Praxis von Amazon spielen Saisonkräfte jedoch ‚nur' im Vorweihnachtsgeschäft eine Rolle. Die Beschäftigungsverhältnisse sind wesentlich stärker vom Problem der Befristungen geprägt. Zudem hat Amazon in Hersfeld angekündigt, künftig ganz auf LeiharbeiterInnen verzichten zu wollen.

Der Konflikt bringt ver.di offenbar einige Erfolge in der Mitgliedergewinnung. Wie sind die Neumitglieder auf die verschiedenen Beschäftigtengruppen verteilt? Ist auch eine nennenswerte Zahl von befristet Beschäftigten darunter?

Wir haben nicht erfasst, wer von den neuen Mitgliedern befristet ist und wer nicht. Es lässt sich aber sagen, dass je nach Schicht und Werk durchaus auch viele Befristete dabei

Vor wie nach der Tarifrunde

Vom Ergebnis enttäuscht? Eher nicht. Kollegen von Daimler Bremen zum Metall-Abschluss

Trotz intensiver Bemühungen und diverser Anfragen ist es uns leider nicht gelungen, einen Kommentar zum Tarifabschluss der IGM zu erhalten. Fast scheint es, als sei er der Rede nicht wert... Doch halt, beim Stöbern im Betriebsspiegel-Archiv des Labournet findet sich etwas. KollegInnen, Betriebsräte und Vertrauensleute aus dem Daimler-Werk in Bremen haben sich tatsächlich zu einer Flugschrift hinreißen lassen. Die wiederum ist hinreißend, weil sie nahtlos an die Einschätzung der Kolleginnengruppe vor dem »Tarifritual« anschließen kann – und so auf elegante Weise die Frage nach dem Sinn von Tarifpolitik in der Krise aufwirft. Wir dokumentieren:

Wir wollen uns nicht dazu äußern, dass unsere Gewerkschaft mitunter behauptet hat, wir hätten in dieser Tarifrunde 5,6 Prozent durchgesetzt. Wir sind alle erwachsen und können alle rechnen. Wir hatten 5,5 Prozent für zwölf Monate gefordert und wir haben für die ersten zwölf Monate 3,4 Prozent bekommen, wobei davon zwei Monate Nullrunden sind. Macht im Durchschnitt für zwölf Monate 2,83 Prozent. Außerdem werden wir dann im Mai 2014 nicht um eine neue Erhöhung streiten, sondern sind für weitere acht Monate auf eine Erhöhung von 2,2 Prozent festgelegt. Aber haben wir etwas anderes erwartet? Als die Tarifrunde gerade erst begonnen hatte, haben wir genau das in unserem Flugblatt geschrieben und auch die Gründe dafür genannt:

»Was ist das für eine Tarifrunde?

sind. Das wichtigste ›Instrument‹ dabei sind persönliche Kontakte und die kollegiale Vernetzung im Betrieb: Beschäftigte selbst sprechen andere an, diskutieren mit ihnen und versuchen, sie für die Auseinandersetzung und den Eintritt in die Gewerkschaft zu gewinnen.

Das Unternehmen hat sich bislang hartnäckig geweigert, mit ver.di zu verhandeln. Ist auf Seiten der Geschäftsleitung trotzdem Bewegung zu erkennen, und wie schätzt Ihr die Aussichten ein, dass noch Verhandlungen über einen Tarifvertrag zustande kommen?

ver.di hat Amazon nach den drei aufeinander folgenden Streiktagen am 22. Juli nochmals aufgefordert, sich zu bewegen – wenn das Unternehmen eine weitere Eskalation vermeiden wolle. Amazon sieht aber auch nach dem insgesamt neunten Streiktag zu wenig Gemeinsamkeiten mit ver.di, um über den geforderten Tarifvertrag zu verhandeln. Neben dieser Abwehrhaltung bestand die Reaktion darin, den Beschäftigten ein Weihnachtsgeld anzubieten. Das soll bei 400 Euro für die »Picker«und andere auf diesem Level, also das Gros der Versandbeschäftigten, liegen und bei 600 Euro für sog. »Leads«, d.h. Vorgesetzte. Laut Tarifvertrag Versandhandel müssten die Picker 1.240 Euro erhalten – man sieht an der enormen Differenz, die ja auch für die Löhne gilt, was von diesem großzügigen »Angebot« zu halten ist.

In Bad Hersfeld hattet Ihr am 19. Juli zu einer großen Streikversammlung eingeladen, um die Situation gemeinsam mit allen Aktiven zu besprechen. Man hat den Eindruck, dass hier eine neue Offensive gestartet wurde, ablesbar etwa an den von Dir erwähnten aufeinanderfolgenden Streiktagen. Wie ist die Stimmung unter den KollegInnen, und habt Ihr Beschlüsse zum weiteren Vorgehen gefasst?

Eigentlich war für den 19. Juli nur eine Streikversammlung angesetzt, bei der wir gemeinsam auswerten wollten, welche Resonanz wir in der Öffentlichkeit haben, wie die Einschätzung der KollegInnen zu den bisherigen Erfahrungen ist, wo wir stärker werden müssen etc. Daraus ist aber eine Stimmung entstanden, die dazu geführt hat, weitere Streiktage dran zu hängen: den Samstag und dann auch den darauf folgenden Montag. Die Beschäftigten sind, auch nach dem »Angebot« von Amazon bereit, weiter zu streiken – und wir setzen dabei auf das Überraschungsmoment. Der Arbeitgeber kann sich nicht auf Ruhe einstellen, und er kann nicht kalkulieren, wann und wie wir weiter machen. Wir haben beschlossen, unberechenbar zu bleiben. Ein anderes wichtiges Thema der Streikversammlung war die Frage, wie wir weiter daran arbeiten können, den innerbetrieblichen Zusammenhalt zu stärken.

Wie steht es denn um die Unterstützung durch Öffentlichkeit, soziale Bewegungen oder Politik, gibt es sie überhaupt? Nordhessen ist ja eher als strukturschwache Region bekannt und Amazon ein Arbeitgeber, der für die kommunale Politik und für die Angehörigen der Amazonier durchaus Relevanz hat…

Der Einzugsbereich, aus dem Amazon Beschäftigte rekrutiert, ist sehr groß. Viele kommen nicht von hier, sondern wohnen 60, 70 Kilometer entfernt und pendeln jeden Tag. Das lokale Erpressungspotenzial ist insofern nicht so hoch. Andererseits bedeutet das auch, dass die Belegschaft sehr weit verstreut lebt, was z.B. Konsequenzen für die Streikorganisation hat. Schon die beiden Werke in Hersfeld liegen ziemlich weit auseinander, und man muss den Kontakt und die Verständigung zwischen den beiden Belegschaften organisieren. Bislang ist das aber ganz gut gelungen: Bei den Streiks bilden sich Fahrgemeinschaften, wir organisieren Tagesstreiks mal vor dem einen, mal vor dem anderen Werk, und mit der »Schildehalle« haben wir ein zentrales Streiklokal gefunden, das einen Treffpunkt bildet, um sich auszutauschen. Darüber hinaus haben wir auch Kundgebungen in Hersfeld organisiert, und ich hatte den Eindruck, dass unser Anliegen in der Öffentlichkeit schon ankommt. Nichts gehört haben wir bislang allerdings vom Bürgermeister der Stadt, der zur CDU gehört.

Auch Amazon bemüht sich allerdings um die Politik und um das Image des Unternehmens. Im Mai hat die PR-Abteilung der Luxemburger Zentrale zu einem Tag der Offenen Tür in Hersfeld eingeladen und dabei auch ein paar Politiker organisiert. ver.di hatte das zum Anlass genommen, parallel zu einem zweistündigen Warnstreik aufzurufen. Vertreter von SPD, den Grünen und der Linken haben dabei auch mit den Streikenden gesprochen und ihre Unterstützung für deren Anliegen signalisiert. Der FDPler hat die Streikenden zwar begrüßt, sah sich aber nicht zu einer Stellungnahme in der Lage – und der CDUler hat sich durch die Hintertür ins Werk geschlichen.

Was erwarten die Belegschaften und ver.di denn an Unterstützung durch die Öffentlichkeit?

Es gab schon früher, aber insbesondere nach der Ausstrahlung der Dokumentation breitere Diskussionen über einen Boykott von Amazon. ver.di selbst ruft dazu nicht auf. Es schadet aber auch nichts, dem Unternehmen zu schreiben, dass man als Kunde bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stress und Leistungskontrolle oder faire Tarife für die Beschäftigten fordert. Darüber hinaus hatten wir vor einer Weile einen Versand-Beileger entwickelt – eine Idee, die wir wieder aufgreifen könnten.

Eine letzte Frage: Gibt es Verbindungen zwischen den streikenden Belegschaften in Leipzig und Bad Hersfeld – oder gar zu anderen Niederlassungen? Wenn es gelänge, den Anschluss an den ver.di-Tarifvertrag Handel herzustellen, wäre dies doch sicher auch für die derzeit nicht streikenden Belegschaften attraktiv, oder?

Ja, aber so weit sind wir noch nicht. Das hängt damit zusammen, dass die Logistikzentren in Graben, Werne, Rheinberg, Pforzheim und Koblenz alle erst seit zwei bis drei Jahren ›am Netz sind‹ – nur die erste Niederlassung in Hersfeld und das Zentrum in Leipzig haben eine längere Tradition. Diese beiden Belegschaften haben sich auch wechselseitig während der Streiks besucht. Darüber hinaus und jenseits der Treffen von Tarifkommissionsmitgliedern gibt es auch direkte kollegiale Verbindungen zu den Beschäftigten anderer Werke, es gab ein gemeinsames Wochenende und mittlerweile auch ein werksübergreifendes Facebook-Forum. Aber wir haben das erwähnte Problem, dass es sich um jeweils selbstständige Unternehmen handelt, dass die neuen Vertriebszentren noch nicht lange existieren und dass die Mehrzahl der Beschäftigten nur befristete Verträge erhält.

Am 14. Juli fand ein Vernetzungstreffen statt, an dem Tarifkommissionsmitglieder beider Streikstandorte und VertreterInnen der anderen Niederlassungen teilgenommen haben. Deutlich wurde, dass wir eine bundesweite Vernetzung brauchen und die Tarifbewegung in die anderen Standorte tragen wollen. Daran wollen wir arbeiten. Bis die Belegschaften dort soweit sind, werden wir die Geschichte von Amazon in Hersfeld und Leipzig noch ein bisschen umschreiben und weiter treiben.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Künstliche Aufregung darüber, dass der Einkommens-Viertelmillionär, der IG Metall-Vorsitzende Huber, wieder mal rechtzeitig seine Vorgabe macht, die helfen soll, den Standort Deutschland als Billiglohnland zu erhalten, um so den Rest der Welt niederkonkurrieren zu können. Die dann auch brav von allen Tarifkommissionen ganz demokratisch so abgenickt wird.

Die Kollegen an den Bändern winken ab. Sie ballen die Faust in der Tasche und bleiben stumm. Warum bleiben sie stumm? Nicht, weil sie zufrieden sind. Sondern, weil sie nichts mehr erwarten von dieser abgekarteten Inszenierung. Und sie haben Recht, die Kollegen. Sie wissen sehr wohl, dass Millionen draußen vor dem Tor stehen, die ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können.

Sie können sie nicht verkaufen, weil die Kapitalisten tagtäglich Tausende auf die Straße setzen. Weil sie Fabriken und Anlagen vernichten in dieser Weltwirtschaftskrise. Und weil sie die übrigen Arbeiter arbeiten lassen bis zum Umfallen, weil sie den Arbeiter immer mehr zum Tagelöhner degradieren, zum Leiharbeiter unter der Regie eines Sklavenhändlers oder eines sogenannten Werkvertrages. Sie haben Recht, die Kollegen, wenn sie nichts erwarten von dieser Tarifrundenzeremonie, weil sie wissen, dass es nicht die läppische Fünfeinhalb-Prozent-Forderung ist, die ihr Lohnarbeiterdasein erträglich macht. Müssten es nicht 20, 30 oder mehr Prozent sein, um über die Runden zu kommen und um vor allem nicht mehr zum Streikbrecher Europas gemacht zu werden?

Nein, ein solcher Kampf ist nicht zu gewinnen in dieser Krise. Worum müssen wir dann heute in erster Linie kämpfen, zumindest mit der Aussicht auf einen Sieg? Wir können und wir müssen streiken gegen die Leiharbeit, gegen die Vergabe von Arbeiten an Billigausbeuter (Werkverträge), gegen die Degradierung zum Zwangsarbeiter, der so flexibel geknetet wurde, dass er nicht mehr weiß, was ein normaler Arbeitstag ist, dass er nicht mehr weiß, wo vorne und hinten ist. Dieser Kampf kann nicht in einem einzelnen Betrieb gewonnen werden. Das ist es, was Aufgabe der IG Metall wäre, diesen Streik flächendeckend endlich zu organisieren.

Und genau da sind wir wieder beim Punkt: Sie tut es nicht, und sie will es nicht tun, weil sie den Arbeitern vorgaukelt, dass sie in diesem Kapitalismus doch noch irgendwie überleben können mit zarten Forderungen nach ein paar Cent mehr – trotz Krise, trotz einer riesigen Reservearmee vor den Toren. Ein Berthold Huber denkt gar nicht daran, gegen die Schließung von Opel in Bochum zu kämpfen. Er glaubt, den Kapitalismus dadurch zu retten, dass er einer Lohnkürzung nach der anderen, dass er »Standort-Verträgen« zustimmt, die schon wieder gebrochen werden, bevor die Tinte drunter trocken ist. Der letzten Endes auch bereit ist, lebendige Arbeiter auf dem Altar des großen Geldes zu opfern, wenn das Kapital, in dessen Aufsichtsräten er sitzt, es verlangt. Die IG Metall-Führung weiß sehr wohl, dass sie eine Lohnerhöhung, die den Namen tatsächlich verdient, so nicht durchsetzen kann.

Sie haben Recht, die Kollegen, wenn sie unter solchen Bedingungen von dieser Tarifrunde nichts erwarten. Sie haben Recht, weil sie Realisten sind. Sie sehen, wie es das Kapital selbst ist, das die Lohnarbeit, also den freien Verkauf der Arbeitskraft, mehr und mehr aufhebt und durch Leiharbeit und Tagelöhnerei ersetzt, wie es in den »Strategiepapieren« des Daimler-Vorstands oder »Ideensammlungen« der Bremer Werkleitung zu lesen ist. Und weil die Kollegen Realisten sind, erkennen sie langsam, aber sicher, dass es so nicht weiter geht mit diesem Wahnsinn namens Kapitalismus. Seien wir also Realisten und führen wir einen noch entschiedeneren Kampf gegen Leiharbeit und Werkverträge. Führen wir den Kampf gegen dieses menschenvernichtende Lohnsystem. Es ist allerhöchste Zeit.«

Quelle: »Kollegen von Daimler informieren«, Flugblatt der KollegInnengruppe im Werk Bremen vom Juni 2013

Wo steckt der Kapitalismus?

Gegen eine »Ökonomie von Gut und Böse« – Michael Wendl* zur Kontroverse um die Privatisierung von Krankenhäusern

Im letzten express hatte Rudi Schwab eine Kritik an Michael Wendls Position zur Privatisierung und Ökonomisierung der Krankenhäuser formuliert. Zentral an seiner Kritik ist der Vorwurf, dass Wendl die kapitalistische Produktionsweise und ihre Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und damit auf Beschäftigte und PatientInnen nicht thematisiere. Dies versucht Michael Wendl nun in seiner Replik auch mit Rückgriff auf Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie von Marx. Deutlich wird, dass die Unterwerfung des Gesundheitswesens unter kapitalistische Logik nicht allein an der Eigentumsform festzumachen ist. Auf jeden Fall zeigt die Debatte, dass es an der Zeit ist, sich genauer damit zu befassen, was es heißt, dass ehemals nicht kapitalistische Bereiche dieser Gesellschaft nun dem Kapital unterworfen werden – nicht nur im Gesundheitswesen.

1. Die Überschrift des Beitrags von Rudi Schwab (»Kein Wort über die kapitalistische Produktionsweise« in *express 6/2013*) ist reine Irreführung. Ich rede in den angesprochenen Zeitschriftenaufsätzen und Buchbeiträgen seit dem Jahr 2005 nur von kapitalistischen Krankenhäusern. Es geht darum zu erklären, wie Krankenhäuser durch den Übergang auf die Finanzierung über diagnoseorientierte Fallpauschalen gezwungen werden, ihre Arbeitsorganisation, ihre Abschreibungen und ihre Investitionstätigkeit wie kapitalistische Unternehmen zu gestalten: In den beiden letzten Beiträgen von mir, einmal in der Zeitschrift *Sozialismus 4/2013* (Wendl 2013a), zum zweiten in der ver.di-Zeitschrift *Infodienst Krankenhäuser Nr. 60* (Wendl 2013b) geht es zentral um die Darstellung der Folgen dieser Finanzierungsmethode für die Kliniken. Mit den G-DRGs (*German Diagnosis Related Groups*, diagnosebezogene Fallpauschalen; d. Red.) werden bestimmten Diagnosen Bewertungsrelationen, anders gesagt: Preise, zugeordnet, die aus einer halbwegs repräsentativen Kostenerhebung unter rund 220 Krankenhäusern stammen. Diese DRGs sind als »lernendes System« konzipiert. Ihre Größen werden Jahr für Jahr durch das Institut für die Entgeltsysteme in Krankenhäusern (InEK) fortgeschrieben und entsprechend den Kostensenkungen in den Krankenhäusern abgesenkt. Es ist ein Produktionskostenwettbewerb, der sich gerade nicht mehr an den Selbstkosten der Krankenhäuser orientiert, sondern an durchschnittlichen Kosten von sich betriebswirtschaftlich effizient und kostenminimierend verhaltenden Kliniken. Dass meine Darstellung des kapitalistischen Charakters von Krankenhäusern als ein Nichtreden über die kapitalistische Produktionsweise missverstanden wird, liegt wohl daran, dass diese Erklärung des Krankenhauses als eines kapitalistischen Unternehmens als eine Art von politischer Rechtfertigung kapitalistischer Krankenhäuser interpretiert wird. Deshalb habe ich diese Sicht auf die Krankenhäuser und ihre Transformation auch als eine »Krankenhausökonomie von Gut und Böse« kritisiert. An die Stelle der ökonomischen Analyse tritt ein moralisierendes Urteil. Zugleich wird eine Idylle von öffentlichen Krankenhäusern gezeichnet, die sich früher an den Bedürfnissen der Patienten orientiert hätten (siehe dazu Busch 2013, Böhm 2013), eine Idylle, die der Krankenhausökonomie der Zeit vor der Finanzierung über die DRGs nicht gerecht wird.

2. Die Kontroverse, um die es hier geht, wird zuerst in einem Sammelband über die Folgen der Privatisierung der Krankenhäuser (Böhlke u.a. 2009) dokumentiert. Im Gegensatz zu den Einschätzungen der Sozialwissenschaftler des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung hatte ich die Kostenvorteile privater Krankenhäuser gegenüber den öffentlichen Kliniken nicht mit den niedrigeren Lohnkosten erklärt, sondern mit den höheren Investitionen und einer effizienteren Arbeitsorganisation (Wendl 2009). Diese These lässt sich auch empirisch an den Jahresabschlüssen der privaten Kliniken, an ihren Personalkosten- und Sachkostenquoten wie am Umfang ihrer Investitionen belegen. Die öffentlichen Krankenhäuser haben in diesem Wettbewerb zwei signifikante Nachteile: zum einen die völlig unzureichenden Investitionen aus den Länderhaushalten und zum zweiten die Dominanz des *Rent-Seeking* durch die leitenden Ärzte, ursprünglich institutionalisiert durch die private Abrechnung der privat versicherten Patienten, später ersetzt durch ein entwickeltes Boni-System, um die leitenden Ärzte zu einem ökonomischen Verhalten der Nutzenmaximierung zu motivieren, das dem gesamten Krankenhaus höhere Einkommen über Mengeneffekte beschert. In den privaten Kliniken wurde diese Strategie mit der betriebswirtschaftlichen Entmachtung der leitenden Ärzte zu verbinden versucht, was aber in einer ganzen Reihe von westdeutschen Kliniken, die von privaten Klinikbetreibern übernommen wurden, nur unzureichend gelungen ist. In den ostdeutschen Kliniken hat sich diese Machtfrage mit den leitenden Ärzten nicht gestellt, weil dort das westdeutsche Chefarztsystem mit seiner ausgeprägten Hierarchie unbekannt war. Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg steht stellvertretend für die enormen Schwierigkeiten, die die Rhön-Klinikum AG in diesem Prozess der Entmachtung der leitenden Ärzte hat, die hier zugleich Universitätsdozenten sind, was ihre Machtposition weiter stabilisiert. Mit *Rent-Seeking* ist gemeint, dass sich die leitenden Ärzte und die mit ihnen eng verbundenen Oberärzte einen Teil des vom gesamten Klinikpersonal geschaffenen »Mehrwerts« als eine Art von institutionalisierter Rente aneignen können, die auf ihrer Macht basiert, das Monopol der ärztlichen Tätigkeiten zu definieren. Bei einer effizienten Arbeitsorganisation und einem entsprechend höheren Beitrag der Ärzte zur Wertschöpfung des gesamten Beitrags ist dieser Abzug einer ärztlichen Rente vom gesamten ›Mehrwert‹ des Krankenhauses relativ so gering, dass es zu einer positiven Rendite des Krankenhauses kommt. Sie ist so hoch, dass daraus die Abschreibungen, die Zinsen und ein Teil der notwendigen Investitionen finanziert werden können. Insbesondere bei den öffentlichen Krankenhäusern gelingt dies nur einem Teil der Häuser: Rund ein Drittel von ihnen arbeitet nicht nur mit laufenden Defiziten, sondern investiert darüber hinaus zu wenig, weil bereits ihre Abschreibungen zu niedrig sind. Höhere Abschreibungen können sie aus den relativ niedrigen EBITDA-Margen[1] nicht finanzieren. Bei diesen Kliniken können wir aber einen relativ hohen Anteil der ärztlichen Personalkosten an den Gesamtpersonalkosten der Krankenhäuser feststellen.

3. Die Verlierer in diesem Prozess waren zunächst die Beschäftigten in den sog. patientenfernen Bereichen, deren Tätigkeiten entweder direkt privatisiert oder über Ausgründung in Bereiche mit niedrigerem tarifvertraglichem Niveau verlagert wurden. Die zweite Gruppe der Verlierer waren die Pflegekräfte, deren Anteil an der gesamten Krankenhausbeschäftigung deutlich zurückgegangen ist. Die Gruppe der Ärztinnen und Ärzte konnte ihre relative Position und ihre Quote an den gesamten Arbeitsentgelten dagegen ausbauen. Diese Resultate sind nicht überraschend. Der Kostendruck auf die Krankenhäuser, der durch diesen Produktionskostenwettbewerb ab 2004 ausgelöst wurde, wurde durch den Filter der internen Hierarchie in den Kliniken gepresst. Die Ärzteschaft war insgesamt der relative und auch der absolute Gewinner in diesen Auseinandersetzungen, nicht zuletzt, weil der Marburger Bund durch die Trennung von ver.di in der Tarifauseinandersetzung 2005 und die damit verbundene Verselbständigung der Tarifpolitik für die ärztlichen Beschäftigten durch einen eigenen Ärztetarifvertrag auch höhere Entgeltsteigerungen durchsetzen konnte.

Für ver.di ist das eine schwierige Situation: Die Pflegekräfte können bei Arbeitskämpfen mit dem Mittel des Streiks objektiv wie subjektiv nicht die gleiche Arbeitskampfmächtigkeit aufbauen wie der Marburger Bund. Dazu verläuft ein Teil der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in einer gemeinsamen Front: in der Auseinandersetzung gegen die drohende Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser, in der dann wieder die Ärzteschaft und die übrigen Krankenhausbeschäftigten sich vereinen sollen, die einen als Verteidiger ihrer ständischen Privilegien, die anderen als subalterne Unterstützer gegen Prozesse, die gegenwärtig als noch abschreckender beurteilt werden als die aktuelle Misere in den öffentlichen Krankenhäusern. An diesem Punkt hat Rudi Schwab Recht: Ich habe nicht über das Arbeitsleid in kapitalistischen Krankenhäusern berichtet. Ich bestreite dieses Arbeitsleid auch nicht, aber die Kontroverse in dieser Frage dreht sich nicht darum, ob dieses Arbeitsleid in den privaten kapitalistischen Kliniken größer ist als in den öffentlichen kapitalistischen Kliniken, sondern darum, ob auch die öffentlichen Kliniken gezwungen sind, wie kapitalistische Kliniken zu agieren. Um das feststellen zu können, müssen ihre wirtschaftlichen Ergebnisse, also ihre Rechnungslegung und ihre Jahresabschlüsse, untersucht werden. Das wird auch getan. Hier sind die Befunde eindeutig. Für die somatischen Kliniken gelten die gleichen Regeln

Überlastungsanzeige

Tarifverhandlungen über Personalstandards an der Charité

Mehrfach haben wir im *express* über die fatalen Konsequenzen der Ökonomisierung der Krankenhäuser berichtet, die sich vor allem in einem massiven Personalabbau in der Pflege zeigen – bei gleichzeitigem Ansteigen der zu behandelnden Fälle. Nachdem die KollegInnen im Jahr 2011 mit ihrem offensiven Streikkonzept erfolgreich waren, trauten sie sich nun zu, das Problem an einer der Wurzeln zu packen und riefen zu Tarifverhandlungen über Personalstandards an der Charité auf – ein unglaublicher Eingriff in die unternehmerische Freiheit! Erstmals wird jetzt an einem deutschen Krankenhaus über einen solchen Tarifvertrag verhandelt. Anfang August kamen Vertreter des Vorstands der Charité und von ver.di zusammen, um über die Einführung personeller Mindestbesetzungen sowie über Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigtengesundheit und der Ausbildungsqualität zu beraten. Dass es so weit kam, ist nicht selbstverständlich. Zunächst hatte sich die Charité-Geschäftsführung nämlich geweigert, dieses Thema überhaupt zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

Aber die Drohung mit einem Warnstreik vor dem Hintergrund der Millionenverluste durch den letzten Streik und eine juristische Prüfung durch ver.di-Experten sowie durch den wissenschaftlichen Dienst des Bundestags zeigten ihre Wirkung. Die KollegInnen an der Charité sind sich durchaus bewusst, dass selbst ein erfolgreicher Abschluss an der Charité noch nicht das Ziel wäre. Im Rahmen der Kampagne »Der Druck muss raus!« fordern auch die Berliner dringend eine gesetzliche Regelung der Personalbemessung in Krankenhäusern auf Bundesebene. Sie wollen allerdings nicht auf ein Gesetz warten, das vielleicht in ein paar Jahren kommt. Meike Jäger, zuständige ver.di-Sekretärin und Leiterin des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg berichtet in einem Interview mit der *jungen welt* vom 30. Juli 2013, dass in vielen Krankenhäusern die Belegschaftsvertreter auf Berlin schielten und wissen wollen, was betrieblich durchsetzbar ist. »Wenn wir hier etwas Gutes hinbekommen, kann das womöglich anderswo Schule machen. Auch das würde uns aber nicht davon abhalten, eine gesetzliche Personalbemes-

und es gelten die gleichen Preise, die Rechtsform und das Eigentum sind demgegenüber weitgehend nachgeordnet. Über diese empirischen Befunde wird (leider) nicht gestritten. Würden wir dies tun, dann wäre diese Kontroverse geklärt.

4. Es geht in dieser Kontroverse aber um etwas anderes, und deshalb bleibt sie vorläufig auch bestehen. Es geht darum, dass hinter diesem Konflikt zwischen öffentlichen und privaten Kliniken im Kern gegen die Ökonomisierung der Krankenhäuser zu kämpfen versucht wird. Dieser Konflikt kann aber nicht dadurch entschieden werden, dass erzählt wird, öffentliche Kliniken seien die besseren Krankenhäuser, sondern die Kritik muss auf dieses System der dualen Finanzierung der Krankenhäuser zielen, einerseits die laufenden Betriebskosten über diagnoseorientierte ›Produktionspreise‹ und andererseits die Investitionen über öffentliche Mittel zu finanzieren. Es wird inzwischen nicht mehr bestritten, dass das Volumen der öffentlichen Investitionen völlig unzureichend ist und sich kumulativ eine Investitionslücke von rund 30 Mrd. Euro für die Krankenhäuser geöffnet hat. Die Politik wird dies nicht ändern, sondern darauf setzen, dass die Krankenhäuser einen großen Teil ihrer zukünftigen Investitionen aus dem Cash Flow oder einem ausreichenden EBITDA ihres laufenden Betriebs finanzieren. Die aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Umsetzung und die Folgen des G-DRG-Systems deuten darauf eindeutig hin[2]. Das System gilt inzwischen als grundsätzlich tauglich, es geht zukünftig nur noch um Modifikationen in Richtung von Zuschlägen für die Versorgung von Patienten in strukturschwachen Regionen – und es geht um zusätzliche Mittel, die für die Einstellung von Pflegekräften durch politischen Druck mobilisiert werden. Damit wird in Zusammenhang stehen, dass das ärztliche Berufsbild in Krankenhäusern und damit auch die Figur des Chefarztes in den Blick von Rationalisierungsprozessen rücken wird. Die Krankenhäuser haben die Neuregelung der Liquidation bei Privatpatienten nicht genutzt, um damit auch die Kompetenzen der leitenden Ärzte neu zu regeln und ihr Direktionsrecht gegenüber den nachgeordneten Ärzten einzuschränken. Dieses Versäumnis fällt ihnen jetzt wieder auf die Füße, weil der Druck auf andere Personalkosten in den Krankenhäusern inzwischen weitgehend an Grenzen stößt. Wir sind inzwischen an dem Punkt angelangt, dass die tradierte Arbeitsorganisation und die Hierarchie innerhalb der Ärzte zur Disposition gestellt werden, zum Teil allerdings unzureichend und halbherzig, weil der Widerstand der leitenden Ärzte gegen Veränderungsprozesse zu ihren Lasten zugleich heftig und nachhaltig bleiben wird. Die Rhön-Klinikum AG macht diese Erfahrung gerade mit der Uniklinik Gießen-Marburg. Große öffentliche Kliniken werden in den nächsten Jahren zur Privatisierung ausgeschrieben werden, weil sie vor dieser Auseinandersetzung zurückweichen und ihre Defizite sich so kumulieren, dass die kommunalen Gesellschafter das notwendige Eigenkapital nicht mehr nachschießen können. Dieser Widerstand wird als Protest gegen die Ökonomisierung und weitere Verbetriebswirtschaftlichung der Krankenhäuser geführt werden.

Dafür ist es notwendig, das öffentliche Krankenhaus als Gegenbild, als eine Art gemeinwirtschaftlicher Idylle zu skizzieren, die gegen die drohende Profitorientierung in der Medizin verteidigt werden muss. Doch die Skizze stimmt nicht. Große Teile des Gesundheitssystems waren von Anfang an so organisiert, dass ihre Dienstleistungen gekauft werden mussten. Erst die Durchsetzung einer allgemeinen Krankenversicherung hat den Warencharakter von Gesundheitsdienstleistungen wieder eingeschränkt. Jetzt drängen die gesetzliche Krankenversicherung einschließlich der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften bzw. die Versicherten auf eine Rationalisierung der Erstellung der medizinischen Dienstleistungen. Deswegen werden diese aber noch nicht zur Ware, deren Wert durch die Geldform auf dem Gesundheitsmarkt festgesetzt wird. Die Ware muss sich in Geld verwandeln, wie Marx dies im 3. Kapitel des 1. Bands des ›Kapital‹ (MEW 23: 109ff.) herausarbeitet.

Wir haben hier ein hybrides System, eine Produktion nach kapitalistischen Regeln, aber keine Warenzirkulation dieser Dienstleistungen, weil diese nicht über einen Gesundheitsmarkt verkauft werden, sondern es einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen gibt, der von einer öffentlich-rechtlichen Institution garantiert wird. Sie werden keine Waren, sondern bleiben Leistungen, die von einer Versicherung finanziert werden. Mit diesem politisch gesetzten Produktionskostenwettbewerb findet aber kein Ausgleich zu Marktpreisen statt, weil die Krankenhausversorgung auf politischen Planungen basiert. Krankenhäuser, deren Produktionskosten höher sind als der Durchschnitt der Produktionskosten, bekommen diesen Teil ihrer Kosten nicht erstattet. An die Stelle des Marktes und dessen Preisbildung sind hier die festgesetzten Preise der DRG getreten. Durch den dadurch ausgelösten Kostendruck in den Krankenhäusern werden medizinische Dienstleistungen kostengünstiger gemacht. Wäre dies nicht der Fall, würden steigende Kosten bei der Leistungserbringung durch die Rationierung dieser Leistungen aufgefangen, was zu einer offenen »Klassenmedizin« und zum Ausschluss einkommensschwacher Gruppen aus diesen Leistungen führen würde. Krankenversicherung und Politik haben sich gegen diesen Weg entschieden. Diese Entscheidung ist aber bereits 2004 bis 2010 in der sog. Konvergenzphase der Anpassung der Krankenhäuser an die DRGs gefallen, sie wird in absehbarer Zeit auch nicht mehr korrigiert werden. Die Effizienz kapitalistischer Methoden der Produktion wird genutzt, um eine möglichst breite Versorgung mit medizinischen Dienstleistungen auf hohem Niveau sicherstellen zu können. Das führt klinikintern zu sozial problematischen Verteilungseffekten zulasten der Beschäftigten, die eine schwache Position in der Krankenhaushierarchie haben. Das muss auch politisch korrigiert werden: Es war ein Konstruktionsfehler des DRG-Systems der Fallpauschalen von Anfang an, dass die Kosten für die Pflege zu niedrig kalkuliert waren. Und weil das System ein empirisch orientiertes System ist, führt die moderate Lohnpolitik für die Pflegekräfte dazu, dass die Arbeitskosten in der Pflege auch weiter niedrig geblieben sind. Da die Preisanstiege bei den Bewertungsrelationen gedeckelt werden, muss diese Deckelung aufgehoben werden.

5. Völlig utopisch sind die Hoffnungen, privatisierte Krankenhäuser wieder in öffentliches Eigentum überführen zu können. Einmal müssten diese zurückgekauft werden, was in dem angesprochenen Fall der Uniklinik Gießen-Marburg auf einen Kaufpreis von 750 bis 800 Mio. Euro hinauslaufen würde, da der private Eigentümer neben dem Kaufpreis seit dem Kauf rund 530 Mio. Euro investiert hat. Aber der neue Eigentümer, das Land Hessen, müsste zusätzlich bereit sein, diese Unikliniken jährlich mit einem Beitrag von 20 bis 50 Mio. Euro zu subventionieren, weil diese Kliniken strukturell defizitär sind und der Eigentümerwechsel zurück zum Land dieses Defizit weiter erhöhen und nicht senken würde. Öffentliche Kliniken werden privatisiert, wenn die Eigentümer nicht in der Lage sind, den Kostenanstieg, der auf den Fortschritten der Medizin und der demografischen Entwicklung beruht, in den Griff zu bekommen.

Es ist das völlige Fehlen einer politischen Ökonomie der Krankenhäuser auf Seiten der linken Kritiker des gegenwärtigen Prozesses, das kritisiert werden muss. An die Stelle der Kritik der politischen Ökonomie sind ein bloßes Moralisieren und das Erzählen von Schauergeschichten getreten.

** Michael Wendl war stellvertretender ver.di-Landesbezirksvorsitzender in Bayern und saß bis 2010 als Gewerkschaftsvertreter für ver.di im Aufsichtsrat und ist heute im Beirat der Rhön-Klinikum AG.*

Anmerkungen:

1 *EBITDA: Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization – Rohprofit vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen, eine Kennziffer, die für die Krankenhäuser zu einer zentralen Steuerungsgröße wird, weil die Krankenhäuser ungeachtet ihrer Rechtsform eine bestimmte Mindestmarge des EBITDA erwirtschaften müssen.*

2 *Das IGES-Institut hat diese Folgen des DRG-Systems aktuell untersucht. Siehe IGES-Institut, G-DRG-Begleitforschung gemäß § 17b Abs. 8 KHG, Endbericht des dritten Forschungszyklus, März 2013*

Literatur:

Thomas Böhm: »Nachholende Modernisierung oder neoliberaler Umbau. Fatale Folgen von Privatisierung und Marktsteuerung im Gesundheitswesen«, in: Sozialismus, Nr. 3/2013

Nils Böhlke u.a. (Hg.): »Privatisierung von Krankenhäusern«, Hamburg 2009

Günter Busch: »Öffentliche Daseinsvorsorge bei Privatisierung?«, in: Sozialismus, Nr. 1/2013

Michael Wendl: »Eine neue innere Landnahme – wie öffentliche Krankenhäuser zu kapitalistischen Unternehmen werden«, in: Nils Böhlke u.a. Hamburg 2009

Michael Wendl: »Eine Krankenhausökonomie von Gut und Böse«, in: ver.di-Infodienst Krankenhäuser, Nr. 60/213

Michael Wendl: »Klage über den Verlust eines fiktiven Paradieses«, in: Sozialismus, Nr. 4/2013

sung zu fordern. Denn ein Gesetz, das personelle Mindeststandards für alle Kliniken verbindlich vorschreibt, würde den ruinösen Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern entspannen und bedeuten, dass die Häuser mehr Geld für Personal bekommen.«

Wir dokumentieren hier das Info Nr. 6 der ver.di-Tarifkommission für die Charité:

Tarifverhandlungen an der Charité aufgenommen

Am Mittwoch, den 31. Juli 2013, wurden die Tarifverhandlungen an der Charité über Mindestbesetzung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und Ausbildungsqualität nach vielen Gesprächen und einer Warnstreikdrohung endlich aufgenommen. »Wir waren positiv überrascht. Die Verhandlungen fanden in einer angenehmen und konstruktiven Atmosphäre statt. Die Verhandlungskommission ist mit dem Auftakt zufrieden.«

»Wir konnten die neuralgischen Themen Mindestbesetzung und Quotenregelung gut platzieren und mit der Arbeitgeberseite erste Lösungsansätze andiskutieren«, so Meike Jäger, Verhandlungsführerin für ver.di. Die Tarifparteien haben nun weitere Verhandlungstermine für August und September verabredet. In diesen soll die angespannte Arbeitssituation der Beschäftigten untersucht und unsere Lösungsvorschläge eingehend diskutiert werden.

Trotz der guten Stimmung im Auftakt geht die ver.di-Tarifkommission von schwierigen Verhandlungen aus, da es sich um komplexe Regelungszusammenhänge handelt.

Betrieblicher Ansprechpartner:
carsten.becker@charite.de

Planstaatsspiele für mehr Markt

FES-Studie zu Folgen von Euro-Plus-Pakt, Six Pack & Co

Die Antikrisenpolitik der EU ist vor allem in Südeuropa mit einer harten Austeritätspolitik verbunden, die wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne, Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme und eine Privatisierung öffentlichen Eigentums mit sich bringt. Der hier in Ausschnitten dokumentierte Text von Klaus Busch, Christoph Hermann, Karl Hinrichs und Thorsten Schulten stellt die einzelnen Maßnahmen dieser Austeritätspolitik in den GIPS-Staaten in den Bereichen Lohn-, Renten- und Privatisierungspolitik vor und diskutiert die Konsequenzen dieser Entwicklungen für das Europäische Sozialmodell. Wir haben ihn der Broschüre »Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht«, die die Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2012 herausgegeben hat, entnommen.

Neuer »lohnpolitischer Interventionismus«

Mit der Austeritätspolitik in Europa gehen weitreichende Veränderungen in der Lohn- und Tarifpolitik einher, die in vielen europäischen Ländern zu einer Radikalisierung neoliberaler Arbeitsmarktreformen und einer grundlegenden Infragestellung unternehmensübergreifender Flächentarifvertragssysteme geführt haben. Vor dem Hintergrund eines teilweise dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit steht einmal mehr die Forderung nach »strukturellen Reformen« auf dem Arbeitsmarkt im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen (Allard / Everaert 2010). Für das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen sind Arbeitsmarktreformen sogar »der Schlüssel, wenn ein Land im Euro bleiben möchte« (zitiert nach *Märkische Allgemeine* vom 3. Juli 2012). Die aktuelle ökonomische Krise in Europa wird hierbei als eine Krise mangelnder Wettbewerbsfähigkeit angesehen, in der es primär darauf ankommt, durch mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und geringere Arbeitskosten neue Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Als vermeintlicher Beleg für die Richtigkeit dieser Sichtweise wird mittlerweile in ganz Europa auf die Entwicklung in Deutschland verwiesen, dessen umfassende Strukturreformen in den 2000er Jahren als wesentliche Ursache für die derzeit vergleichsweise robuste Position der deutschen Wirtschaft gelten (vgl. dazu kritisch: Dauderstädt / Dederke 2012). Bereits im Jahr 2010 hat zum Beispiel der ehemalige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet die »moderate Lohnstückkostenentwicklung« und die »Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt« als Motor des deutschen Erfolgs gelobt und als »Vorbild« für die europäischen Nachbarstaaten gepriesen (Trichet 2010).

Die europaweiten Forderungen nach »strukturellen Reformen« auf dem Arbeitsmarkt zielen neben dem Abbau des Kündigungsschutzes und der weiteren Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen vor allem auf die Lohnpolitik und die Struktur der Tarifvertragssysteme (für einen Gesamtüberblick vgl. Clauwaert / Schömann 2012). Die Entwicklungen auf nationaler Ebene werden dabei von einem neuen europäischen Interventionismus angetrieben, bei dem die EU in bislang ungekannter Weise in nationale Strukturveränderungen eingreift.

Bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 beschränkte sich die EU im Wesentlichen darauf, als Teil ihrer wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien mehr oder weniger unverbindliche Empfehlungen für die nationalen Lohn- und Arbeitsmarktpolitiken auszusprechen. Bestenfalls bemühte sie sich, unter Anwendung »weicher« Steuerungsformen wie der »Methode der offenen Koordinierung« durch die Propagierung internationaler Best-Practice-Vergleiche die nationale Entwicklung zu beeinflussen. Während in der Praxis der Einfluss dieser Initiativen auf die nationalen Arbeitsmarktsysteme eher begrenzt blieb, war die EU lange Zeit kaum zu einer verbindlicheren Form der Intervention in der Lage. Bis heute ist die Zahl europäischer Gesetzesinitiativen zur Regulierung des Arbeitsmarktes äußerst überschaubar. Am ehesten konnte sich noch der Europäische Gerichtshof als ein relevanter Akteur auf der EU-Ebene etablieren. Dessen Rechtsprechung hat sich jedoch gerade in jüngster Zeit vor allem darauf konzentriert, den Vorrang ökonomischer Freiheiten vor den als protektionistisch interpretierten nationalen Regulierungen des Arbeitsmarktes zu betonen.

Der neue europäische Interventionismus im Bereich der Lohnpolitik zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, dass er europäische Vorgaben für nationale Lohn- und Arbeitsmarktpolitiken mit der Androhung ökonomischer Sanktionen verbindet. Die rechtliche Grundlage für diese neue Form eines »autoritären Neoliberalismus« (Bruff 2012) bildet vor allem der auf Initiative von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy im März 2011 verabschiedete Euro-Plus-Pakt, mit dem eine »neue Qualität« der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa erreicht werden soll (Europäischer Rat 2011). Zur wirtschaftspolitischen Koordinierung wird hierbei explizit auch die Lohnpolitik gezählt, die sogar zur wichtigsten Anpassungsvariable für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit erklärt wird. Während im EU-Vertrag eine europäische Regelungskompetenz für den Bereich der Lohnpolitik noch ausdrücklich ausgeschlossen wird (Artikel 153, Abs. 5), wird mit dem Euro-Plus-Pakt erstmals der Grundstein für eine lohnpolitische Intervention auf EU-Ebene gelegt.

Mit dem so genannten »Sixpack« hat die EU ein umfassendes Gesetzespaket verabschiedet, mit dem die Ziele des Euro-Plus-Paktes umgesetzt werden sollen. Hierzu gehören auch die EU-Verordnungen »über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte« sowie die »Verordnung über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum« (Europäischer Rat / Europäisches Parlament 2011a, 2011b). Mit diesen beiden Verordnungen wird ein neues europäisches Koordinationsverfahren etabliert. Im Rahmen eines jährlich wiederkehrenden Zyklus (Europäisches Semester) wird zunächst die ökonomische Entwicklung der einzelnen EU-Staaten anhand zuvor festgelegter ökonomischer Zielmarken überprüft, auf deren Grundlage die EU Empfehlungen für die nationale Wirtschaftspolitik ausspricht, deren Umsetzung dann wiederum von der EU kontrolliert wird. Die Wirksamkeit dieses Verfahrens soll dadurch sichergestellt werden, dass Länder, die längerfristig bestimmte Zielmarken verfehlen und die wirtschaftlichen Empfehlungen der EU nicht umsetzen, mit finanziellen Sanktionen belegt werden können.

Zu den derzeit auf EU-Ebene regelmäßig überprüften ökonomischen Kennziffern gehört auch die Entwicklung der Lohnstückkosten, für die relativ willkürlich eine einheitliche Höchstzuwachsrate (maximal neun Prozent über drei Jahre für die Länder der Eurozone und zwölf Prozent für die übrigen EU-Staaten) festgelegt wurde. Die EU unternimmt hiermit erstmals den Versuch, die Lohnpolitik zu koordinieren, wobei sie lediglich das Überschreiten, nicht jedoch das Unterschreiten des vorgegebenen Orientierungsrahmens für ein Problem hält und damit einen asymmetrischen Ansatz verfolgt.

Der neue lohnpolitische Interventionismus der EU will jedoch nicht nur die Höhe der allgemeinen Lohnentwicklung beeinflussen, sondern nimmt auch die historisch gewachsenen nationalen Lohn- und Tarifvertragssysteme ins Visier. Zwar hat sich die EU explizit verpflichtet, im Rahmen der europäischen Koordinierung der Wirtschaftspolitik die Rolle der Sozialpartner sowie die Unterschiede in den nationalen Systemen der Lohnbindung »uneingeschränkt zu achten« (Europäischer Rat / Europäisches Parlament 2011a). Dies hält sie jedoch nicht davon ab, für die einzelnen Mitgliedstaaten umfangreiche Empfehlungen zur Reform der Tarifvertragssysteme auszusprechen (Europäische Kommission 2011).

Short Cuts – eine Bilanz

Die Politik des harten Sparens, mit der die offizielle Politik die Eurokrise überwinden will, hat Europa 2012 erneut in eine Rezession gestürzt. Die Austeritätspolitik erweist sich in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien (GIPS) vor allem als ein Angriff auf die Löhne, die Sozialleistungen und das öffentliche Eigentum. Die EU hat eine neue Form des lohnpolitischen Interventionismus (Euro-Plus-Pakt, Six Pack) entwickelt. Die Prinzipien des Flächentarifvertrags und der Allgemeinverbindlichkeit werden in den GIPS-Staaten unterminiert, die Tarifvertragssysteme dezentralisiert. Die Reallöhne sind in diesen vier Staaten von 2010 bis 2012 überdurchschnittlich abgebaut worden. In der Rentenpolitik haben die GIPS-Staaten Reformen eingeleitet, die das Ausgabenwachstum für die Rentensysteme deutlich abbremsen. Die relativen Rentenniveaus werden in diesen Staaten bis 2040 – gemessen an der Lohnersatzrate – drastisch sinken. Durch die Eurokrise hat die Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums in den GIPS-Staaten einen neuen Schub erfahren. Griechenland ist am stärksten betroffen, es plant einen regelrechten staatlichen Ausverkauf. Durch die genannten Eingriffe in Südeuropa wird der Prozess der Liberalisierung des Europäischen Sozialmodells, der bis zur Krise vor allem in West- und Osteuropa zu beobachten war, in der gesamten EU durchgesetzt. Sollte der ökonomische Pfad der Austerität trotz aller Widerstände bis 2014/2015 durchgehalten werden und dann in eine neue Aufschwungsphase münden, wäre das politische Desaster für die europäische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften perfekt.

Volin »Die unbekannte Revolution«

Neuausgabe aller 3 Bände in einem Buch

Als 1974 endlich eine deutsche Ausgabe von Volins Vermächtnis »Die unbekannte Revolution« erschien, wurde dies durch die Lautsprecher der Zeit übertönt. Für die großen politischen Strömungen des linken Antikapitalismus stand damals außer Zweifel, dass der zukünftige Sozialismus nur in der Nachfolge der Bolschewiki siegen könne. Gestritten wurde nur um deren Erbe. Doch spätestens nach der Implosion der Sowjetunion und der Auflösung bzw. Marginalisierung der an diesem Modell orientierten Parteien sind diese Gewissheiten erschüttert. Um die Ursachen des letztlich gescheiterten bolschewistischen Revolutionskonzepts zu begreifen, ist Volins Zeitzeugnis immer noch eine lohnenswerte Quelle. Seine Analyse eröffnet einen Zugang zur sozialen Revolution aus dem »Gedächtnis der Besiegten« und macht begreifbar, warum der Bolschewismus selbst und nicht erst seine stalinistischen Auswüchse zum Problem der sozialen Emanzipationsbewegungen Russlands und der Ukraine wurde. Volins dreibändiges Werk ist jetzt neu gesetzt in einem Band wieder verfügbar.

680 Seiten, 23,50 € (+ 2,15 € Porto und Verpackung)

Direktbestellungen: ★ Mail: diebuchmacherei@gmx.net – Fax: 03212-103 29 81

Die Buchmacherei

Lampedusa in Hamburg

ver.di Hamburg nimmt Flüchtlinge aus Libyen auf

ver.di Hamburg hat einen Konflikt: Seit einigen Monaten leben in Hamburg etwa 300 Flüchtlinge, die vorher in Libyen gearbeitet hatten und vor dem Krieg dort geflohen waren. Da sie über Lampedusa (Italien) in die EU gekommen sind, fühlte sich der Hamburger SPD-Senat nicht für sie verantwortlich - die Flüchtlinge saßen wochenlang auf der Straße. Erst durch die Initiative von Flüchtlingsorganisationen und das Engagement der evangelischen Kirche ist es zwischenzeitlich gelungen, wenigstens Unterkünfte und Verpflegung zu organisieren.

Im Juli hat der Fachbereich 13 (Besondere Dienstleistungen) in ver.di einen Teil der Flüchtlinge in die Gewerkschaft aufgenommen. Selbst im Hamburger Abendblatt *wurde dieser Schritt positiv kommentiert. Im ver.di-Landesbezirk Hamburg gibt es dazu jedoch einen Konflikt, der bisher nicht inhaltlich ausgetragen wurde. Dieser Konflikt reiht sich ein in andere politische Auseinandersetzungen innerhalb von ver.di-Hamburg, wie beispielsweise die Position zur Elbvertiefung (offiziell: »Fahrrinnenanpassung«) oder zum vollständigen Rückkauf der Energienetze durch die Freie und Hansestadt Hamburg. In diesen Fällen hatte der Landesbezirksleiter Wolfgang Abel die Position des Senats unterstützt und dies damit begründet, dass ver.di »Arbeitnehmerinteressen« vertrete. Man darf gespannt sein, ob er eine Diskussion darüber zulässt, was »Arbeitnehmerinteressen« im Falle der Flüchtlinge und anderer ArbeitsmigrantInnen in Hamburg konkret bedeuten. Im Folgenden dokumentieren wir eine Presseerklärung der Flüchtlinge, in der diese ihre Fluchtmotive und ihr Anliegen darstellen, und einen Aufruf von ver.di mit der Bitte, für die Gewerkschaftsbeiträge der Flüchtlinge zu spenden. Ganz im Sinne der Wahrnehmung des gesellschaftspolitischen Mandats und eines erweiterten Verständnisses von Gewerkschaften als sozialer Bewegung, aber auch vor dem Hintergrund unserer eigenen Erfahrungen aus der*

Die Umsetzung des in der Folge des Euro-Plus-Paktes entwickelten Verfahrens zur wirtschaftspolitischen Koordinierung und der damit verbundenen neuen Rolle der Lohnpolitik befindet sich insgesamt noch am Anfang und wird ihre volle Wirkung erst in den nächsten Jahren entfalten. Die volle Tragweite des neuen lohnpolitischen Interventionismus der EU zeigt sich hingegen schon heute in denjenigen Staaten, in denen unmittelbar ökonomischer und finanzieller Druck zur Durchsetzung bestimmter Strukturreformen angewendet werden kann. Dies gilt zum einen für die Länder Griechenland, Irland und Portugal, die aktuell Gelder aus dem Euro-Rettungsschirm EFSF erhalten und sich im Gegenzug in sogenannten »Memorandum of Understanding« mit der Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfangreichen strukturellen Veränderungen verpflichten mussten. In einer ähnlichen Situation befinden sich auch viele osteuropäische Staaten, die zum Teil bereits seit Längerem Kredite vom IWF erhalten und deshalb gezwungen sind, verschiedenste politische Auflagen zu erfüllen. In Ländern wie Italien und Spanien ist es schließlich vor allem die EZB, die den Kauf von nationalen Staatsanleihen dafür nutzt, um massiv in die Politik dieser Staaten zu intervenieren. So ist zum Beispiel im Herbst 2011 ein vertraulicher Brief der EZB-Spitze an die Öffentlichkeit geraten, in dem die italienische Regierung zu weitreichenden politischen Strukturreformen (einschließlich einer weitgehenden Dezentralisierung der Tarifverhandlungen) aufgefordert wird (Draghi / Trichet 2011). Ähnliche Interventionen der EZB wurden auch aus Spanien berichtet (*El País* 2011).

Massenarbeitslosigkeit als Legitimation und Machtressource zur Umsetzung von Strukturreformen

Der neue lohnpolitische Interventionismus der EU vollzieht sich vor dem Hintergrund eines rasanten Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit. Gab es Anfang 2008 in der gesamten EU offiziell etwa 16,1 Millionen Arbeitslose, so hat sich deren Anzahl bis Mitte 2012 um mehr als 50 Prozent auf 24,8 Millionen erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg im gleichen Zeitraum von 6,1 Prozent auf 10,3 Prozent (EUROSTAT-Daten). Allerdings nahm die Entwicklung der Arbeitslosigkeit innerhalb der EU einen sehr unterschiedlichen Verlauf. Während einige Länder (vor allem in Nord- und Westeuropa) lediglich einen moderaten Zuwachs erlebten und Deutschland als einziges Land in der EU sogar sinkende Arbeitslosenquoten verzeichnete, war der Anstieg in einigen osteuropäischen Staaten (darunter insbesondere die Baltischen Staaten sowie Bulgarien, Ungarn und die Slowakei) sowie in der Gruppe der sogenannten GIPS-Staaten besonders hoch. Die mit Abstand höchsten Arbeitslosenquoten in der EU bestehen Anfang 2012 mit 23,8 Prozent in Spanien und 21,5 Prozent in Griechenland. In beiden Ländern ist die Arbeitslosenquote damit mehr als zweieinhalbfach so groß wie Anfang 2008. Auch Portugal hat mit einer Arbeitslosenquote von knapp 15 Prozent einen besonders hohen Anstieg erlebt. Lediglich Italien weist aus der Gruppe der GIPS-Staaten noch eine Arbeitslosenquote auf, die sich mit 9,8 Prozent etwa auf dem EU-Durchschnittsniveau bewegt.

Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern zeigen die GIPS-Staaten ein sehr uneinheitliches Bild. In Portugal und Spanien liegen die Arbeitslosenquoten beider Geschlechter sehr eng beieinander. Frauen sind vor allem in Griechenland deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre Arbeitslosenquote beträgt 25,5 Prozent und liegt damit ganze sieben Prozentpunkte über der der Männer. Eine höhere Arbeitslosenquote von Frauen gibt es auch in Italien, wo der Unterschied aber lediglich bei etwas mehr als zwei Prozentpunkten liegt.

Besonders dramatisch stellt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren dar. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen lag in den GIPS-Staaten auch vor der Krise schon deutlich oberhalb des EU-Durchschnittes. Seither ist die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern jedoch förmlich explodiert. Mit Arbeitslosenquoten von über 50 Prozent ist mittlerweile jeder zweite Jugendliche in Griechenland und Spanien arbeitslos. Bei griechischen Frauen liegt die Jugendarbeitslosenquote sogar bei über 60 Prozent. In Italien und Portugal ist hingegen durchschnittlich jeder dritte Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen. Angesichts der drohenden Verfestigung dieser Zahlen wird bereits heute vielfach von einer »verlorenen Generation« gesprochen (ILO 2012).

Inzwischen wird auch innerhalb der EU kaum mehr bestritten, dass der krisenbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in den GIPS-Staaten durch die von der EU verordnete Austeritätspolitik erheblich beschleunigt wurde. Einzelne Vertreter wie der EZB-Präsident Mario Draghi haben sich mittlerweile sogar ganz offen dafür ausgesprochen, dass kurzfristig die negativen Effekte der Austeritätspolitik hingenommen werden müssen, um langfristig wieder zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu gelangen (Draghi 2012).

Die hohe Arbeitslosigkeit kommt den Verfechtern eines neoliberalen Umbauprogramms dabei gleich in doppelter Hinsicht entgegen. Zum einen dient sie als Legitimationsgrundlage für die Durchsetzung »struktureller Reformen«, indem sie die Ursache der Arbeitslosigkeit letztendlich in den »verkrusteten Strukturen« und »institutionellen Rigiditäten« des Arbeitsmarktes verortet. Zum anderen führt sie zu einer substantiellen Schwächung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften und schafft damit erst die machtpolitischen Voraussetzungen, um einen radikalen Umbau der Arbeitsmarktinstitutionen auf nationaler Ebene durchzusetzen. Erst die massenhafte Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene soziale Perspektivlosigkeit fördern die Akzeptanz von Lohnkürzungen und die Bereitschaft zu betrieblichen Konzessionen, mit der eine weitreichende Dezentralisierung und Verbetrieblichung der Tarifpolitik durchgesetzt werden kann.

Die Aushöhlung des Flächentarifvertrages

Zu den wahrscheinlich weitreichendsten strukturellen Veränderungen, die sich derzeit unter dem Einfluss der europäischen Austeritätspolitik vollziehen, gehört die Entwicklung der Tarifvertragssysteme. Dies gilt insbesondere für die GIPS-Staaten, die traditionell über sehr entwickelte Flächentarifvertragsstrukturen verfügen und gestützt auf direkte oder indirekte Erga-Omnes-Regelungen und staatliche Allgemeinverbindlicherklärungen im internationalen Vergleich eine recht hohe Tarifbindung von 80 bis 90 Prozent aufweisen.

Entgegen der weit verbreiteten Erwartung, dass sich die Tarifvertragsstrukturen im Standort- und Regimewettbewerb des europäischen Binnenmarktes in Richtung auf ein angelsächsisches Tarifsystems mit weitgehend dezentralen Tarifvertragsstrukturen annähern würden, haben sich die Flächentarifvertragssysteme der GIPS-Staaten lange Zeit als außerordentlich stabil erwiesen (Schulten 2010). Veränderungen vollzogen sich – wenn überhaupt – in der Regel pfadabhängig, d.h. innerhalb der jeweils bestehenden Systeme, ohne jedoch einen grundlegenden Systemwechsel zu vollziehen. Im Gegensatz zu Deutschland spielten auch Öffnungsklauseln, die den Unternehmen die Möglichkeit bieten, von sektoralen Standards nach unten hin abzuweichen, in den GIPS-Staaten lange Zeit kaum eine Rolle (Keune 2011).

Im Zuge der Krise kommt es nun in all diesen Staaten in kürzester Zeit zu sehr weit reichenden Veränderungen, die alle in Richtung einer mehr oder weniger radikalen Dezentralisierung der Tarifvertragssysteme weisen und damit das Potenzial eines grundlegenden tarifpolitischen Systemwechsel in sich tragen, der zur vollkommenen Aushöhlung des Flächentarifvertrages führt. Die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung ist einmal mehr die Troika aus EU, EZB und IMF, deren neoliberal geprägte Stabsabteilungen bereits seit Längerem über entsprechende Blaupausen zum Umbau der Tarifvertragssysteme verfügen. Die EU hat sich mit dem Euro-Plus-Pakt sogar explizit das Recht zur »Überprüfung der Lohnbildungsverfahren

Fortsetzung auf Seite 10 oben

Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Anlaufstelle MigrAr freuen wir uns über die beispielhafte Aktion des Fachbereich 13 und wünschen ihr viele Nachahmer. Unser Dank und unsere ausdrückliche Gratulation gehen auch an den Landesbezirksleiter Wolfgang Abel und den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske - dafür, dass diese beispielhafte Aktion in ver.di möglich ist und dass sie hoffentlich ein Zeichen setzt für die vielzitierte »Willkommenskultur«.

»An die Gewerkschaft ver.di und alle ArbeiterInnen, die offen dafür sind, uns zuzuhören! Seitdem wir nach Hamburg gekommen sind, haben wir viele Menschen und Organisationen der Zivilgesellschaft getroffen. Als die PolitikerInnen ihre Ohren und Augen gegenüber unseren Leiden verschlossen, organisierten wir uns selbst und erhoben unsere Stimme in der Öffentlichkeit. Von Ressourcen und Rechten abgeschnitten, fochten wir für das Überleben – nicht zum ersten Mal in unserem Leben – und wir fanden eine große Anzahl von Menschen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die das verstanden und sich mit uns solidarisierten. Die humanitäre Hilfe, die der Hamburger Senat uns verweigerte, bekamen wir von der Kirche, von Moscheen, Initiativen und vielen einfachen Leuten, BürgerInnen von Hamburg. Dafür sind wir sehr dankbar. Aber unser Hauptziel ist es, dass unsere Rechte hier anerkannt werden, Grundrechte, die jeder Mensch braucht, um sein Leben wieder aufzubauen. In engem Kontakt mit ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitgliedern entschlossen wir uns dazu, uns in der Gewerkschaft zu organisieren, weil wir alle ArbeiterInnen waren auf unserem Kontinent. Wir wissen die Unterstützung der Gewerkschaft im Sinne internationaler Solidarität sehr zu schätzen.

Während einige PolitikerInnen falsche Informationen über uns verbreiteten, um die Solidarität zu brechen und uns in ein schlechtes Licht zu rücken, gingen die Gewerkschaft und viele Menschen, die uns direkt kennenlernten, gegen diese falsche und heimtückische Propaganda gegen uns an. Was wir seit dem Beginn des Krieges in Libyen, verstärkt durch die NATO-Intervention, erlebten, war für niemanden leicht zu ertragen. Wir hatten das Glück zu überleben, während viele andere von uns ihr Leben verloren. Alles wurde bombardiert unter der Parole »Schutz der Zivilbevölkerung in Libyen«. Wir waren Teil dieser Zivilbevölkerung. Aber nach unserer erzwungenen Flucht von Libyen Richtung Lampedusa blieb uns nichts außer einem Dokument, das unseren humanitären Schutz garantiert. Konkret wurden wir in Italien auf die Straße gesetzt ohne jede Möglichkeit, unsere Situation zu stabilisieren. Da wir die Verantwortung für unsere verheerende Situation bei der Europäischen Union als ganzer sehen, sind wir jetzt in verschiedenen europäischen Ländern, ohne Ressourcen und Rechte. Deshalb müssen wir für unsere Rechte kämpfen.

In Libyen haben wir alle in verschiedenen Bereichen und Berufen gearbeitet. Wir alle kamen mit unserem Leben zurecht, konnten unsere Familie ernähren und die Gemeinschaft unterstützen. Es gab viele Investitionen in Libyen. Wir arbeiteten auf dem Bau als Zimmerleute, Maurer, Gipser oder Fliesenleger, Klempner und Elektriker, wir arbeiteten in den Fabriken als Mechaniker, wir verdienten unser Geld als Automechaniker, Schweißer und Dienstleister wie als Friseure, im Sicherheitsdienst oder als Software-Techniker, einige von uns hatten ihre eigenen Läden. Wir hatten nie die Absicht, nach Europa zu gehen. Nach verschiedenen Schwierigkeiten in unseren Herkunftsländern fanden wir in Libyen eine offene Gesellschaft, die unsere Arbeitskraft brauchte.

Wir waren nicht involviert in den politischen Konflikt, der im Land entstand und sich zu einem offenen Krieg entwickelte, als Frankreich, die USA und dann die NATO sich dafür entschieden, militärische Kräfte für einen Regierungswechsel einzusetzen. Wir saßen in der Falle und wurden zum Angriffsziel der Konfliktparteien, angeheizt durch

Fortsetzung auf Seite 10 unten

Fortsetzung von Seite 9 oben

und erforderlichenfalls des Grads der Zentralisierung im Verhandlungsprozess« zusichern lassen (Europäischer Rat 2011). Im Rahmen des Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik hat die EU von dieser neu gewonnenen Kompetenz bereits umfangreich Gebrauch gemacht und etwa der Hälfte aller EU-Staaten Reformen in den Tarifvertragssystemen empfohlen (Europäische Kommission 2011).

Im Fall der GIPS-Staaten vollzieht sich die Einflussnahme der EU jedoch noch einmal auf deutlich direkterem Wege. Bei Griechenland und Portugal sind die Zusagen für eine Veränderung der nationalen Tarifvertragssysteme ein fester Bestandteil der gemeinsamen Memoranden mit der Troika. Bei Italien und Spanien hat vor allem die EZB sich für Reformen der Tarifvertragssysteme stark gemacht und den Kauf von Staatsanleihen hierfür als politisches Pfand verwendet. Der Kern aller Tarifvertragsreformen liegt in einer weit reichenden Verbetrieblichung der Tarifpolitik, von der im Sinne der neoklassischen Lehrbuchökonomie angenommen wird, dass sie den Anforderungen und Anpassungsmöglichkeiten der Unternehmen am besten gerecht wird.

In den GIPS-Staaten sind die Flächentarifvertragsstrukturen bislang formal zwar bestehen geblieben. Tatsächlich wird ihre Reichweite und Funktionsfähigkeit durch zahlreiche Gesetzesreformen jedoch zunehmend unterminiert. Zu den bereits vollzogenen oder für die nahe Zukunft geplanten Veränderungen gehören u.a.:

- die gesetzliche Ausdehnung von Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen von Branchentarifverträgen (Italien, Portugal, Spanien),
- der uneingeschränkte Vorrang von Haustarifverträgen vor allen anderen Tarifverträgen bei gleichzeitiger Aufhebung des Günstigkeitsprinzips (Griechenland, Spanien),
- die Möglichkeit von abweichenden betrieblichen Vereinbarungen durch nichtgewerkschaftliche Arbeitnehmervertretungen (Griechenland, Portugal),
- die Verkürzung der Nachwirkung von Tarifverträgen (Griechenland, Spanien),
- die formale Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen (Portugal).

Was der ökonomische Wettbewerb in Europa allein nicht vermocht hat, wird nun durch den neuen europäischen Interventionismus der EU exekutiert: Die Konvergenz der nationalen Tarifvertragssysteme hin zu deutlich stärker betrieblich orientierten Verhandlungsstrukturen vollzieht sich über mehr oder weniger autoritäre Vorgaben der EU. Dabei mussten insbesondere die italienischen und spanischen Gewerkschaften die Erfahrung machen, dass ihr Versuch, über Tarifvereinbarungen zu einer eher vorsichtigen Reform der »organisierten Dezentralisierung« zu gelangen, durch eine deutlich radikalere Dezentralisierungspolitik des Staates konterkariert wurde (Meardi 2012).

Gerade in den nach wie vor stark klein- und mittelständisch geprägten Ökonomien Südeuropas wird eine zunehmende Aushöhlung des Flächentarifvertrages jedoch über kurz oder lang zu einem radikalen Wandel der Lohnpolitik führen, die mit einem rasanten Rückgang der Tarifbindung einhergehen wird. In Spanien deutet sich eine solche Entwicklung bereits heute schon an (Gomez 2011). Im Ergebnis käme es demnach nicht nur zu einer Dezentralisierung, sondern zugleich auch zu einer weit reichenden Individualisierung der Lohnverhandlungen (Ortiz 2012).

Staatliche Interventionen in die Entwicklung der Löhne

Neben der grundlegenden Veränderung der Tarifvertragssysteme haben zahlreiche europäische Staaten im Zuge der Austeritätspolitik auch direkt in die Entwicklung der Löhne eingegriffen. Dabei boten sich ihnen prinzipiell drei Ansatzpunkte: die Löhne im öffentlichen Sektor, die gesetzlichen Mindestlöhne, der direkte Eingriff in bestehende Tarifverträge.

Der erste Ansatzpunkt für eine direkte Intervention in die Lohnentwicklung lag bei der Mehrzahl der europäischen Staaten im Einfrieren oder Kürzen der Löhne im öffentlichen Sektor (Labour Research Departement 2010, 2012). Dieser Eingriff war auch deshalb vergleichsweise leicht möglich, da die Löhne für öffentliche Bedienstete zumeist nicht durch Tarifverträge, sondern per Gesetz geregelt werden. Hinzu kommt, dass in vielen Ländern die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor auch eine gewisse Signalwirkung für den privaten Sektor hat. Letzteres wird insbesondere von Seiten der EU betont, der seit dem Euro-Plus-Pakt die Aufgabe zukommt, zu überprüfen, ob »die Tarifabschlüsse im öffentlichen Sektor den auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind« (Europäischer Rat 2011).

Alle Länder unter dem EU-Rettungsschirm mussten sich in den Memoranden mit der Troika zu Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor verpflichten. Mit Abstand am stärksten war der Rückgang in Griechenland, wo sich die verschiedenen Lohnkürzungen auf etwa 30 Prozent summieren. In allen anderen Ländern schwankte der Rückgang zwischen fünf Prozent und zehn Prozent, wobei die Löhne anschließend auf dem gekürzten Niveau eingefroren wurden.

Außer den Löhnen im öffentlichen Sektor bot sich in vielen europäischen Staaten auch der gesetzliche Mindestlohn als Ansatzpunkt für eine politische Intervention an, zumal letzterer in vielen Fällen ebenfalls die allgemeine Lohnentwicklung beeinflusst (Schulten 2012). In Portugal und Spanien wurde Anfang 2012 erstmals seit Jahrzehnten die sonst übliche Anpassung des Mindestlohns ausgesetzt.

Der radikalste Einschnitt bei den Mindestlöhnen wurde von der Troika einmal mehr Griechenland verordnet, das seinen nationalen Mindestlohn im Februar 2012 um 22 Prozent und für Jugendliche unter 25 Jahren sogar um 32 Prozent gekürzt hat. Hierbei handelt es sich auch deshalb um eine neue Qualität, da der Mindestlohn in Griechenland nicht gesetzlich festgelegt, sondern in einem nationalen Tarifvertrag vereinbart wird. In einem Appell an die Regierung hatten sich die griechischen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sogar gemeinsam gegen die Kürzung ausgesprochen, was den direkten Eingriff in die Tarifautonomie jedoch auch nicht verhindern konnte (Lanara 2012).

Konsequenzen für die Lohnentwicklung

Mit der Krise hat sich das lohnpolitische Entwicklungsmuster in Europa grundlegend verändert. Im letzten Jahrzehnt konnten bis zum Jahr 2009 alle EU-Staaten eine positive Reallohnentwicklung verzeichnen, die in Griechenland eher stärker, in Spanien, Portugal und Italien hingegen eher moderater ausfiel. Einzig in Deutschland mussten die Beschäftigten innerhalb der letzten Dekade deutliche Reallohnverluste hinnehmen (Schulten 2011).

Seit dem Jahr 2010 hat sich das Bild hingegen nahezu umgekehrt. Nur noch wenige Länder können (zumeist leichte) Reallohnzuwächse verzeichnen, während in 18 von 27 EU-Staaten die Reallöhne zurückgegangen sind. Mit Abstand am stärksten ist der Rückgang mit minus 20 Prozent in Griechenland, gefolgt von Portugal mit minus 10 Prozent. Neben einigen osteuropäischen Ländern haben sich auch in Spanien die Reallöhne deutlich vermindert.

Resultate: Deflation, Stagnation, Destruktion

Die Folgen des neuen lohnpolitischen Interventionismus der EU sind damit klar erkennbar. Sie führen einerseits direkt in eine lohnpolitische Absenkungsspirale, fördern eine deflationäre Entwicklung und tragen somit dazu bei, die ökonomische Stagnation in Europa weiter zu verfestigen. Andererseits kommt es zu einem radikalen Umbau der Tarifvertragssysteme in Südeuropa, bei dem in kürzester Zeit historisch gewachsene Institutionen zerstört und nach einem neoliberalen Masterplan der Troika neu gestaltet werden. In der Folge kommt es zu einer weitgehenden Aushöhlung des Flächentarifvertrages und einer umfassenden Dezentralisierung der Tarifpolitik, die perspektivisch auch zu einer deutlichen Verringerung der Tarifbindung führen dürften.

Quelle: Klaus Busch, Christoph Hermann, Karl Hinrichs, Thorsten Schulten: »Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht«, Berlin, November 2012.
Download: http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf

Fortsetzung von Seite 9 unten

die zweifelhafte Geschichte von Gaddafis Söldnern. Die Rebellen begannen Schwarze überall anzugreifen, zu berauben und zu töten. Heute erleben wir diese niederträchtige Anschuldigung, die vollkommen haltlos ist, wieder von einigen PolitikerInnen. Sie bestreiten ihre Verantwortung und machen stattdessen zum wiederholten Mal die Opfer nieder. Es ist leicht für sie, falsche Informationen zu lancieren, um ihre eigene Bevölkerung in die Irre zu führen.

Um uns selbst zu verteidigen und unsere Rechte zu erlangen, müssen wir kämpfen. In der Gewerkschaft haben wir eine Partnerin gefunden, die die Ungerechtigkeit, die uns angetan wurde, realisiert und diesen Kampf mit uns zusammen führt. Wir möchten alle Mitglieder über die wahre Geschichte, die uns widerfahren ist, informieren, warum wir hier sind und warum wir das Recht haben zu bleiben.

Es gibt keine andere Möglichkeit mehr. Wir fordern die Anerkennung unserer Gruppe »Lampedusa in Hamburg – ArbeiterInnen und Kriegsüberlebende aus Libyen« nach §23 des Aufenthaltsgesetzes. Wir hoffen, mit den Gewerkschaftsmitgliedern und der Arbeiterbewegung starke und bewusste PartnerInnen an unserer Seite zu haben. Zusammen mit der breiten Solidarität unter den Hamburger BürgerInnen werden wir die Traumatisierungen von Krieg und Flucht überwinden, um ein neues Leben anzufangen, auf eigenen Füßen zu stehen, zu arbeiten und unsere Familien zu unterstützen.

United we stand, divided we fall.

Wir wollen der Gewerkschaft ver.di noch einmal unsere Dankbarkeit ausdrücken und all den Menschen, die die Werte ihrer Grundsatzerklärung teilen, die besagt, dass jeder Mensch frei von Armut und Elend, von Unterdrückung und Ausbeutung leben sollte. Jeder Mensch hat das Recht auf physische und psychische Unversehrtheit, auf humane Arbeits- und Lebensbedingungen, Akzeptanz und Respekt.

Und wie wir immer sagen: Das Gesetz wurde für den Menschen gemacht, nicht der Mensch für das Gesetz. Wenn das Gesetz unsere Menschenrechte verletzt, muss es verändert oder abgeschafft werden.

Führt den Kampf zusammen mit uns, ladet uns ein, um unsere Erfahrungen zu hören und mit uns zu diskutieren.

»Lampedusa in Hamburg«, 10. Juli 2013, SprecherInnen: Affo Tchassei, Anane Kofi Mark, Asuquo Udo, Friday Emitola

Spendenaufruf libysche Flüchtlinge in ver.di

Liebe Freundinnen und Freunde der gewerkschaftlichen Organisationskultur und der antirassistischen Praxis!

In Hamburg sind 300 Menschen obdachlos auf der Straße gelandet, die vor dem Krieg in Libyen und schlechten Bedingungen in italienischen Auffanglagern geflohen sind. Die Stadt Hamburg verweigert ihnen mit Verweis auf die Drittstaatenregelung ein Bleiberecht nach §23 Aufenthaltsgesetz. Ein Teil der Kollegen hat in einer Kirche, in einer Moschee und bei Privatpersonen Aufnahme gefunden. Andere müssen weiterhin auf der Straße leben. Diese Kollegen haben sich jetzt in ver.di organisiert, um in und mit der Gewerkschaft gemeinsam ihre Forderung nach Wohnung, freiem Zugang zum Arbeitsmarkt, freiem Zugang zu Bildung, freiem Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung und freier Wahl des Aufenthaltsortes bzw. Wohnortes innerhalb der EU, durchzusetzen.

Spenden für die Mitgliedsbeiträge der vollkommen mittellosen Kollegen können auf folgendes Konto überwiesen werden:

Santander Bank
BLZ: 500 333 00
KTO: 9 1000 100 60
Kontoinhaber: Frank Teichmüller
Stichwort »Lampedusa«

Kein Erbarmen

Initiative »Solidarität für alle« – Teil II

Der Zustand der sozialen Infrastruktur in Griechenland nach vier Jahren vermeintlicher »Griechen-Rettung« ist katastrophal. Während Arbeitslosigkeit und Armut dramatische Ausmaße annehmen, werden das Gesundheits- und Bildungssystem unter Aufsicht der Troika ebenso demontiert wie die Unterstützungsleistungen für Bedürftige. Einen genaueren Blick auf diese Verhältnisse bot im express 6/2013 die Initiative »Solidarität für alle«, ein landesweites Netzwerk solidarischer Basisinitiativen mit Unterstützung der Partei Syriza. Der folgende zweite Teil ihres Textes befasst sich mit den (Infra-)Strukturen solidarischer Gegenwehr, die sich in der und gegen die Krise gebildet haben. In den letzten Jahren sind an vielen Orten Initiativen mit ebenso vielen Tätigkeitsschwerpunkten entstanden, die darum ringen, die selbstorganisierte Bewältigung der sozialen Probleme mit dem Widerstand gegen die Austeritätspolitik zu verbinden: »Vier Jahre Widerstand und Solidarität – Niemand wird in der Krise allein gelassen!«

Während der vier Jahre der Plünderung durch die Memoranden hat sich das griechische Volk gewehrt, sich geweigert, das Versuchskaninchen der »Schocktherapien« zu werden, und damit die Pläne und Erwartungen der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Griechenland und der ganzen Welt durchkreuzt. Von Kreta bis Evros und von Rhodos bis Florina haben tausende Menschen – Männer und Frauen, jung und alt, GriechInnen und MigrantInnen mit verschiedenen politischen Überzeugungen und ideologischen Ausrichtungen – eine Massenbewegung des Widerstands und der Solidarität geschaffen. Sie rufen den Slogan »Niemand wird in der Krise allein gelassen!« und handeln danach. Schon mit den Volksversammlungen auf den Plätzen und den Stadtteilkomittees der »Wir zahlen nicht«-Bewegung in den Jahren 2009-2011 gab es eine Massenbewegung, die sich der erhöhten Autobahnmaut und den Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr widersetzte. Nach der massenhaften Besetzung der Plätze im Jahr 2011 war der erste Ausdruck der Solidaritätsbewegung der Widerstand gegen die Zusatzsteuer auf Immobilien und die praktische Hilfe zur Zahlungsverweigerung. Parallel zu dieser Aktion des zivilen Ungehorsams, die von vielen linken und fortschrittlichen Bürgermeistern unterstützt wurde, entwickelte sich eine ganze Galaxie aus Netzwerken und Strukturen praktischer Solidarität. Auch der zehnmonatige Streik bei Hellenic Halybourgia, dem größten Stahlproduzenten des Landes, und die riesige Solidaritätsbewegung, die er mit sich brachte, stellen ein weiteres wichtiges Moment der Solidaritätsbewegung dar, da sie zu einer weiteren sprunghaften Verbreitung der Theorie und Praxis der Solidarität im ganzen Land führten. Die Solidaritätsbewegung besteht nun aus Hunderten selbstorganisierter Kollektive und Initiativen, die sich vielfältigen Aktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen widmen. Nach dem anfänglichen Versuch, die wichtigsten Notwendigkeiten zum Überleben und zur kollektiven Organisierung anzugehen und nur ein relativ abgestecktes Gebiet zu bearbeiten (wie Gesundheit, Nahrung und Bildung), haben sie sich schrittweise in eine mächtige Triebfeder der gesellschaftlichen Transformation entwickelt und erschließen sich immer neue Arbeitsfelder. Die wichtigste Basis dieser Projekte ist die Nachbarschaft und deren Organisierung in offenen Versammlungen, an der sowohl die OrganisatorInnen einer Struktur als auch die Menschen, an die sich eine Struktur wendet, teilnehmen. Das Element der Partizipation und Selbstorganisation der direkten Betroffenen ist eines der hauptsächlichen politischen Ziele der Solidaritätsbewegung. (…) Eine jüngere Entwicklung ist die Initiative der Gewerkschaften, ihre eigenen Solidaritätsstrukturen für Gewerkschaftsmitglieder aufzubauen. Diese Verbindung zwischen der Solidaritätsbewegung und den Gewerkschaften kann, obwohl sie viel zu spät kommt, der Bewegung eine neue Perspektive und Dynamik verleihen und den Ausgang der sozialen und politischen Kämpfe in Griechenland entscheidend beeinflussen. Es folgen einige Beispiele aus den grundlegendsten Bereichen und Arbeitsweisen gesellschaftlicher Solidarität.

Kollektivküchen – Essensverteilung

Neben den Kollektivküchen, die Aktionen zur Unterstützung der Arbeits- und Obdachlosen machen und Solidaritätskochen für streikende ArbeiterInnen organisieren, sind Bewegungen entstanden, die Nahrungsmittel einsammeln und an Haushalte verteilen, die

anders nicht überleben könnten. In jedem Fall geht es um die Partizipation und Aktivierung der von dem Problem betroffenen Menschen, darum, die soziale Isolation und die Individualisierung des Problems zu überwinden und der Verzweiflung, dem Eigennutz und der Vereinzelung, die nur dem Faschismus nutzen, entgegenzuwirken, den sozialen Zusammenhalt und Nachbarschaftsgeist in jedem Stadtteil zu stärken und zu verteidigen. Einige Beispiele für solche Interventionen sind das Solidaritätsnetzwerk Vyronas (Athen), das es seit Juli 2012 geschafft hat, 240 Familien zweimal im Monat mit Essen zu versorgen. Das ganze Projekt wurde von vier Personen gegründet, mittlerweile beteiligen sich 30 Personen aktiv. Genauso der Solidaritätsclub von Neos Kosmos, einem armen Athener Stadtteil, der im September 2011 zunächst kostenlosen solidarischen Nachhilfeunterricht für SchülerInnen anbot, ein Jahr später eine Volksküche für zehn Personen aufbaute, heute jeden Tag 45 Menschen bekocht und zweimal im Monat einen Sack voll Lebensmittel an 36 Haushalte liefert. Ein anderes interessantes Beispiel ist der »Partizipative Tisch der Solidarität und Emanzipation« in Kavala (Nordgriechenland). Der »Partizipative Tisch« wurde zur Weihnachtszeit 2011 aufgebaut und findet seit Ostern 2012 jeden Freitagabend statt. Seit letztem Oktober gibt es zusätzlich dreimal in der Woche ein Mittagessen. Eingeladen sind alle, die bedürftig sind oder etwas beisteuern können (Essen, Teller, Tischtücher, Hilfe beim Auf- und Abbau etc.). Normalerweise werden die Lebensmittel gespendet. Dem Abendessen folgt Musik oder eine Diskussionsrunde, weil das Projekt nicht nur Almosen, sondern auch Raum für Zusammenkommen und Unterhaltung bieten will. Bis jetzt hat der »Partizipative Tisch« den Bedarf von 200 Personen gedeckt und die Zahl der Freiwilligen von zehn auf 40 erhöht. Zurzeit wird an der Bereitstellung eines täglichen Mittagessens gearbeitet.

Bewegung ohne Zwischenhändler – solidarische Lebensmittelläden

Ein wichtiger Beitrag zur Deckung des Lebensmittelbedarfs ist die sogenannte »Kartoffel-Bewegung« oder auch »Bewegung ohne Zwischenhändler«. Diese Initiative richtet sich u.a. gegen die steigenden Preise. Das kann erreicht werden, indem die ProduzentInnen von Agrarprodukten ihre Produkte direkt an die KonsumentInnen in den urbanen Zentren verkaufen. So ist es den ProduzentInnen möglich, ihre Produkte im Vergleich zu Geschäften und Supermärkten zu günstigeren Preisen direkt an die EndverbraucherInnen zu verkaufen. Die EndverbraucherIn wiederum erhält so frischere und billigere Produkte. Gleichzeitig verdienen die ProduzentInnen besser, weil sie die Produkte, nicht wie sonst üblich, zu niedrigeren Preisen an die ZwischenhändlerInnen verkaufen müssen. Die Kartoffelbewegung (sie wurde nach dem ersten Produkt, das auf diese Weise vertrieben wurde, benannt) ist eine erfolgreiche Strategie, die sich mittlerweile in Form von Hunderten gleich gearteter Initiativen über ganz Griechenland ausgebreitet hat. Die Bewegung unterstützt und fördert die lokale Produktion für die lokale Bedarfsdeckung, sie setzt die Forderung nach Ernährungssouveränität und die Entwicklung dezentralisierter landwirtschaftlicher Strukturen bislang erfolgreich in

Fortsetzung auf Seite 12 oben

Wo guter Rat nicht teuer ist

Ralf Hoffrogge über Workerscontrol.net – ein Online-Archiv für Räte und mehr

Workerscontrol.net ist eines von mehreren Internetprojekten zur Geschichte des Widerstands und der Arbeiterbewegung, die wir hier und in den nächsten Ausgaben des express vorstellen werden. Ralf Hoffrogge stellt uns das Online-Archiv für Räte und mehr vor.

»Die Tatsache, dass Arbeiterinnen und Arbeiter in verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten immer wieder spontan die Kontrolle über Produktion und Arbeitsumgebung übernommen haben, hat eine theoretische und politische Relevanz, die weit über die Sphäre von Arbeitsplatz und Produktion hinausreicht. Sie verweist vielmehr auf eine alternative Art der Organisation von Gesellschaft insgesamt. Indem Arbeiterinnen und Arbeiter die Idee des Privateigentums verneinten und eigenständig Kontrolle über ihre Arbeit übernahmen, stellten sie die gesamte Struktur kapitalistischer Produktionsbeziehungen auf den Kopf. Sie öffneten dabei, wenn auch meist nur für kurze Zeit, Räume für eine Neuerfindung der Produktion unter eigener Kontrolle.«

So heißt es im Mission-Statement des seit November 2011 existierenden Online-Archivs *workerscontrol.net*. Das Archiv versteht sich als »virtuelle offene Bibliothek« für wissenschaftliche und journalistische Texte rund um das Themenfeld Selbstverwaltung und Produktionskontrolle durch Arbeiterinnen und Arbeiter. Anlass für das Projekt war die Veröffentlichung eines Sammelbandes von Immanuel Ness und Dario Azzellini unter dem Titel *Ours to Master and to Own*. Die Herausgeber griffen dort den Ansatz der *Global Labour History* auf und formulierten erstmals den Anspruch, eine Art Weltgeschichte selbstverwalteter Produktion anzustoßen.

Das letzte Projekt, das sich in ähnlich vergleichender Perspektive diesem Thema gewidmet hat, ist bereits 40 Jahre alt: eine 1971 von Ernest Mandel zusammengestellte Anthologie zu *Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung*. Mandel hatte neben der Russischen Revolution und den Räten in der Novemberrevolution auch über den westeuropäischen Tellerrand hinausgeschaut und Beispiele aus Indonesien, Polen und Jugoslawien vorgestellt. Das Buch wurde dadurch zur praktischen Kritik nicht nur des Kapitalismus westlichen Zuschnitts, sondern auch und gerade des Staatssozialismus in Osteuropa. In der Zwischenzeit gab es zahlreiche Forschungen zu Räten und Selbstverwaltung, jedoch trotz aller Diskurse über Globalisierung nie wieder den Versuch, das Phänomen weltweit zu verfolgen. Wahrscheinlich war es erst die prominente Welle von Betriebsbesetzungen in Argentinien nach dem Zusammenbruch von 2001, die das Thema Produktionskontrolle wieder auf die Tagesordnung setzte.

Die globalisierungskritische Bewegung ab den 1990er Jahren hatte sich trotz ihres oft zitierten Mottos »Global denken, lokal handeln« kaum an sozialen Kämpfen in und um Betriebe orientiert, sie bezog ihre Sichtbarkeit hauptsächlich aus spektakulären Protesten gegen Gipfeltreffen hochrangiger Politiker. Obwohl Gewerkschaften

Fortsetzung auf Seite 12 unten

www.Sozialismus.de

N. Paech: Wohin geht's vom Taksim-Platz? | S. Sjöberg/K. Willkomm-Wiemer: Gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln durch Kollektivfonds | J. Köhlinger/W. Ott/U. Zabel: Betriebs- und Tarifpolitik im IGM-Bezirk Mitte | T. Lakies: Mindestlohnkonzepte auf dem Prüfstand | Supplement: S. Schmalz/N. Weinmann: Gewerkschaftliche Kampfzyklen in Westeuropa 1968-73 und 2008ff. im Vergleich

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Fortsetzung von Seite 11 oben

die Praxis um. Entstanden ist die Bewegung erst vor etwa einem Jahr zu einem Zeitpunkt, als die Kräfte, die für das Memorandum arbeiteten, die Menschen mit offen erpresserischen Methoden dazu zu zwingen versuchten, durch ihr Wahlverhalten das Sparprogramm nicht zu gefährden. Den Menschen wurde angedroht, dass ein Wahlsieg der Kräfte, die gegen das Memorandum arbeiteten, zu einem Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone (dem sogenannten »GRexit«) damit zu einer massiven Nahrungsmittelkrise führen würde. Die Bewegung hat bewiesen, dass ein Mangel an Nahrungsmitteln vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Warenhäusern liegen bleiben, weil der Markt sich weigert, sie zu kaufen und zu verteilen. (…) Der Recherche von GSEVEE (dem Verband kleinerer und mittlerer Unternehmen, Anm. d. Red.) zufolge gaben 22 Prozent der Haushalte an, dass sie sich über Netzwerke ohne Zwischenhandel und sechs Prozent über soziale Lebensmittelgeschäfte mit den grundlegenden Waren versorgten. Als kleines Beispiel für ihre Popularität und die kollektiven Bemühungen, diese alternative Form der Distribution ohne Zwischenhandel zu ermöglichen, möchten wir die Widerstands- und Solidaritätsbewegung von Galatsi (Athen) vorstellen, deren Anfänge auf den Oktober 2012 zurückgehen. In der ersten von bisher vier Aktionen wurden damals Waren im Wert von 30 000 Euro an 650 Haushalte verteilt. Heute werden bereits Waren im Wert von 50 000 Euro an 1 250 Haushalte verteilt. Die Bemühungen gingen ursprünglich von lediglich 15 Personen aus. Die erste Verteilungsaktion wurde noch von 50 Freiwilligen aus der Bevölkerung unterstützt, denen die Aktion auch zu Gute kam. Mittlerweile verfügt das Kollektiv bereits über mehr als 140 Mitglieder.

Freies Tauschen – Soziale Ökonomie

Neben diesen alternativen sozio-ökonomischen Projekten gibt es noch eine Reihe anderer, teils schon vor der Krise initiierter Projekte, die sich in der jüngsten Zeit weiter entfaltet haben. Zu diesen Projekten gehören die Umsonst-Märkte, die meist auf öffentlichen Plätzen stattfinden und nur wenige dauerhafte Strukturen haben. Andere Beispiele für Methoden des direkten und geldlosen Austauschs von Dienstleistungen sind Initiativen für lokale Alternativwährungen und Zeitbanken. Schon vor der Krise gab es 2-3 Zeitbanken, die als geschlossene Strukturen in größeren Gruppen existierten. Seit den Memoranden gibt es davon ungefähr zwölf, die verschiedene Organisationsmodelle anwenden. Der größte Unterschied zu den früheren Projekten besteht darin, dass die Kollektive, die sie initiiert haben, sie als Werkzeuge zur Organisation, zum Widerstand gegen die Krise und zur Verteidigung des öffentlichen Raums konzipiert und sie in die Entwicklung der Solidaritätsstrukturen in den Nachbarschaften integriert haben. Parallel dazu gibt es eine Reihe Kooperativen, von Kaffeehäusern und Tavernen über Kurierdienste, Computerwerkstätten und Buchläden bis hin zu landwirtschaftlichen Produktionskollektiven arbeitsloser Frauen. Diese realen Beispiele haben massiv zur Verbreitung der Idee und Praxis vergesellschafteter und selbstverwalteter Formen der Arbeit und solidarischer Ökonomie beigetragen. Bis zum November 2012 haben sich 93 genossenschaftliche Unternehmen beim Arbeitsministerium angemeldet, die Hälfte davon in Athen. In den letzten zwei Jahren hat es eine Entwicklung sozialer Betriebe gegeben, die jetzt nicht mehr wie bisher als simple Kooperativen, sondern als gemeinsam geleitete Arbeitskollektive fungieren, die zugleich eine klare Antwort auf die Arbeitslosigkeit bieten. Am 12. Februar fand die Eröffnung des ersten selbstverwalteten Betriebes unter ArbeiterInnenkontrolle statt: VIO.ME, ein ehemaliges Tochterunternehmen der Philkeram-Johnson, produziert Baustoffe in Thessaloniki.

Kostenloser Nachhilfeunterricht

Gewerkschaftlich organisierte, arbeitslose LehrerInnen haben zusammen mit Elternvereinen und Studierenden begonnen, solidarischen, kostenlosen Nachhilfeunterricht zu organisieren, um Kinder aus bedürftigen Familien, die sich sonst den teuren Nachhilfeunterricht nicht leisten könnten, zu unterstützen. Viele dieser kostenlosen Lehrinstitute werden durch eine gemeinsame Versammlung von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen organisiert. Sie betonen dabei, dass es ihnen nicht darum geht, das kränkelnde öffentliche Schulsystem zu ersetzen, sondern darum, die Ungleichheiten zu bekämpfen, die von einem Bildungssystem produziert werden, das unter dem Druck der Austeritätspolitik schrumpft und zerfällt, dabei Klassenunterschiede verschärft und die Chancen von Kindern aus den Unterklassen auf ein Minimum reduziert. Die Solidaritätsschule von Nikaia, einer der ärmsten Arbeiterviertel von Piräus, wurde im März 2012 mit dieser Perspektive gegründet. Es gab eine Initiative einer LehrerInnengruppe, die Kontakt mit dem örtlichen Elternverein aufnahm, der die Initiative begrüßte. Im ersten Schuljahr meldeten sich 50 Kinder an. Im September begann der Unterricht mit 25 LehrerInnen, 100 Kindern (eine Zahl, die sich mittlerweile auf 120 erhöht hat, nun gibt es auch eine Warteliste) und 25 Freiwilligen für administrative Aufgaben, die nach dem Rotationsprinzip von den Eltern der teilnehmenden Kinder übernommen werden.

Alternative Kulturprojekte

Die Entwicklung dutzender alternativer sozialer Räume durch unabhängige BürgerInneninitativen, soziale Bewegungen, linke und radikale Gruppen, die vor mehr als einem Jahrzehnt begonnen hat, hat zur Entstehung eines informellen Netzwerks geführt, das als Brutstätte für viele der oben genannten Ideen und Aktivitäten fungiert. (…) Eines der interessantesten Projekte ist das Soziale Musikkonservatorium, ein Versuch von MusiklehrerInnen, der im Februar 2012 durch einen Aufruf auf Twitter initiiert wurde, um kostenlos Musik zu unterrichten. Letztes Jahr hatte das Konservatorium an drei verschiedenen Standorten 80 SchülerInnen, während es dieses Jahr schon an fünf Standorten 120 SchülerInnen hat, die unter 1 000 BewerberInnen ausgewählt werden mussten, weil es nicht genug Platz und LehrerInnen gibt. Im Sozialen Konservatorium gibt es mehr als 50 MusiklehrerInnen und ungefähr 30 Freiwillige für administrative Aufgaben. LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern nehmen an den Generalversammlungen teil. Es wurden drei Bands verschiedener Genres gegründet, die auf Soliveranstaltungen andere Solidaritätsinitiativen unterstützen.

Rechtshilfe

Während die wirtschaftliche Krise Löhne und Eigentum der ArbeiterInnen und der unteren Mittelschicht ausplündert, werden sie systematisch ihrer Rechte entledigt. Als Folge können sie sich nicht mehr gegen diese ständigen Attacken wehren. Gruppen von freiwilligen AnwältInnen wurden gegründet, um NormalbürgerInnen Zugang zu freier Rechtshilfe zu ermöglichen. Sie bieten Hilfe an in Fällen von Lohnzahlungsrückständen, in Bezug auf Arbeitsrechte und -verträge, bei Schwierigkeiten mit der Zahlung von Krediten und Hypotheken sowie bei Zwangsräumungen. Die am häufigsten gestellten Fragen bezogen sich laut Angaben des Rechtshilfeteams »Solidarität für Alle« auf Arbeitsrechte, Rentenzahlungen, Migration und Asylrecht, Polizeiwillkür und staatliche Repression, Zahlungsrückstände bei der Einkommenssteuer sowie gegenüber den Energieversorgern (aufgrund der enormen Immobiliensteuer). Bei 35 Prozent der Beratungsanfragen ging es um sehr hoch verschuldete Haushalte, bei 25 Prozent um Pensionsantragsverfahren.

Unterstützung von ImmigrantInnen

Die Erfahrungen, die aus dem Aufbau von Unterstützungsstrukturen für nach Griechenland Eingewanderte entstanden waren, bildeten auch die Voraussetzung für Solidaritätsleistungen gegenüber bedürftigen GriechIn-

Fortsetzung von Seite 11 unten

immer mal wieder als Bündnispartner auftraten, waren Betriebskämpfe oder Arbeiterbewegung kein Bezugspunkt.

Diese Bewegung zeigt bis heute stets starke Sympathien und großes Interesse an Betriebsbesetzungen, sofern nur eine Nachricht davon durchdringt. Meist bleiben die Informationen jedoch sporadisch, und die Bewegung arbeitet sich an Einzelereignissen ab, die dann ohne Ergebnis wieder verschwinden. Ein Beispiel ist vielleicht die Besetzung bei Bike Systems in Nordhausen, über deren Beginn sicher viele etwas gehört haben, deren Ende sich aber in der linken Presse kaum widerspiegelte. Damit neigt die Wahrnehmung zu einem gewissen Voluntarismus: Eigentlich könnten wir, wenn wir nur wollten, aber irgendwie weiß keiner wie genau. Umso spannender ist der globale und langfristige Vergleich im Band von Ness und Azzellini. Die Beiträge reichen von der Pariser Kommune 1871 bis ins Venezuela der Gegenwart, die Autorinnen und Autoren scheuen sich dabei nicht, Gründe für das Scheitern betriebs- und rätedemokratischer Modelle zu untersuchen. Ergebnis der Zusammenstellung ist, dass trotz des oftmaligen Scheiterns die Forderung nach Selbstverwaltung immer wieder neu erhoben und durchgesetzt wird – eine Konstante jenseits aller Revolutionsromantik, die politisch und wissenschaftlich weit mehr Beachtung verdient, als ihr bisher zukommt. Obwohl der Band bald mit Parallelausgaben in Deutsch und Spanisch erscheint, ist eine Buchveröffentlichung kaum das Medium, die Bandbreite von Phänomenen der selbstverwalteten Produktion voll abzudecken.

Aus diesem Grund setzt sich ein internationales Kollektiv um die Herausgeber des Bandes zum Ziel, weitere Texte auf der Webseite *workerscontrol.net* zu sammeln. Der bereits im Sammelband formulierte Internationalismus wurde in die Webseite gleich eingebaut: Sie startete dreisprachig mit englischem, deutschem und spanischem Menü und entsprechenden Texten, jüngst wurde sie um ein portugiesisches Interface ergänzt; ein serbo-kroatisches ist in Planung.

Als politischen Anspruch formuliert das Gründungskollektiv: »Es ist dieser an sich emanzipatorische Charakter der Arbeiterkontrolle, der Dokumentationen und Analysen zu den dabei gemachten Erfahrungen ihre Bedeutung verleiht. Ihre Kenntnis und Verbreitung ist nicht nur aus theoretischer, sondern auch aus politischer Perspektive wichtig. Wenn wir daher das Sammeln und Verbreiten von Texten zum Thema Arbeiterkontrolle zum Zweck dieser Seite machen, wollen wir damit anregen, diese Praktiken der Selbstverwaltung in den Mittelpunkt politischer und gewerkschaftlicher Praxis zu stellen. Die Sicht auf historische Alternativen und Praktiken soll ein Beitrag zur Gegenhegemonie sein in einer Gesellschaft, die nach wie vor vom Dogma der Alternativlosigkeit kapitalistischer Verhältnisse durchdrungen ist.«

Der hohe Anspruch ist nicht leicht zu erfüllen – nach dem Start der Webseite im November 2011 war erst mal ein gigantisches Chaos im Sprachmenü geboren, weil die englische Grundstruktur immer wieder durchschlug. Da alle Redaktionsmitglieder ehrenamtlich arbeiten, dauerte es einige Zeit, die Fehler zu beheben. Danach fehlte es an Texten: Obwohl in den letzten Jahrzehnten einiges zum Thema formuliert wurde, braucht es doch die Zustimmung der Autorinnen und Autoren zur Übernahme ins Netz, und diese wissen oft nichts von der Webseite. Beharrliches Herumfragen half hier weiter, und je mehr Kinderkrankheiten beseitigt und je mehr Einträge vorhanden waren, desto mehr setzte sich bei den AutorInnen die Meinung durch, dass ihre Texte auf *workerscontrol.net* gut aufgehoben sind. Die Beiträge stehen dort in einem thematischen Kontext nach Sprachen, Regionen und Schlagwörtern geordnet und sind vor allen Dingen öffentlich und frei zugänglich. Das ist alles andere als selbstverständlich, denn viele akademische Veröffentlichungen sind heutzutage oft versteckt. In Deutschland existiert eine recht unübersichtliche Landschaft an links-akademischen Zeitschriften mit oft nur wenigen hundert AbonnentInnen. Angesichts fehlender Leitmedien übernehmen oft Internetportale wie *Linksnet* in Verbindung mit Facebook oder E-Mail die Funktion, Inhalte ans Publikum zu bringen. In den angelsächsischen Län-

nen. Einige der Strukturen, die für die Unterstützung der ImmigrantInnen geschaffen worden waren, helfen nun einer großen Zahl von griechischen BürgerInnen. Diese Strukturen der Solidaritätsbewegung stehen allen Menschen offen, die sie brauchen, unabhängig von Hautfarbe, Religion, Herkunft oder sexueller Orientierung. Die Freiwilligkeit und das Prinzip der Gleichwertigkeit im Angebot von Solidarität fördern das Entstehen von Begegnungen und Austausch zwischen allen von der Krise Betroffenen und wenden sich so gegen die Politik der Fragmentierung der Armen, die zu sozialer Barbarei führt. Die Unterstützung der ImmigrantInnen setzt sich als Teil einer größeren sozialen Bewegung fort, verstärkt den Kampf gegen Rassismus und stellt sich so gegen die Entwicklung des Faschismus. Für uns, diese breite und vielseitige Solidaritätsbewegung, geht es nicht nur um Linderung von Not, sondern um den Weg, eine andere Welt aufzubauen, jenseits der Regeln von Markt und Profit. Auf die Zerstörung (sogar noch der letzten Reste) des Wohlfahrtsstaats und des sozialen Zusammenhalts antworten wir mit der Entwicklung neuer solidarischer Strukturen und neuartiger sozialer Verbindungen, neuer Nachbarschaften, einer neuen Öffentlichkeit, den Grundlagen einer generellen sozialen Veränderung. Für uns bedeutet Solidarität eine politische Auseinandersetzung, Verbindung durch Beteiligung anstelle des philanthropischen Gebens der Besitzenden an die Bedürftigen, die Eigeninitiative und Organisation all derer in Not, um auf eigenen Füßen stehend all das fordern zu können, was ihnen zusteht. Für uns sind Solidarität, Selbstorganisation und der Kampf für einen politischen und sozialen Sturz der Regime und des Systems, die solch schlimme soziale Bedingungen fördern und zulassen, drei sich bedingende und einander ergänzende Säulen unseres Widerstands und die Grundlagen, um eine Welt jenseits des Kapitalismus zu bauen.

Solidarität für alle

In diesem Rahmen wurde »Solidarität für Alle« als Initiative entwickelt, um:

- die Kommunikation zwischen allen Netzwerken und Strukturen praktischer Solidarität zu fördern und ihr Wissen auszutauschen. Als offenes Kollektiv spricht es alle an, die vom Dreiklang Solidarität – Widerstand – Selbstorganisation inspiriert sind. Sie möchte die ganze Vielzahl von Projekten weder repräsentieren noch koordinieren, sondern versucht, ein Knotenpunkt auf nationaler Ebene zu sein, der einen gemeinsamen öffentlichen Raum für Begegnung und Kommunikation der Netzwerke und Strukturen praktischer Solidarität schafft.
- Allen bestehenden Projekten in jeder möglichen Art zu helfen (Ausrüstung, technische Anlage, materielle Unterstützung, Menschen und gegenseitige Hilfe) sowie beim Austausch von Erfahrungen und Wissen, um neue Projekte auch in anderen geographischen Regionen oder Themenbereichen anzukurbeln.
- Das politische Konzept, unser Leben in unsere Hände zu nehmen, zu verbreiten an alle, die von der Krise und den aggressiven Auswirkungen der Memoranden getroffen werden. Wir können und wollen den kollabierenden »Sozialstaat« nicht ersetzen, sondern wir kämpfen im Gegenteil für das Überleben einer Bevölkerung, und wir verlangen unser Recht auf Zugang zu allen Dienstleistungen. (…)
- In enger Kooperation mit den lokalen Solidaritätsstrukturen landesweite Solidaritätskampagnen zu organisieren. Ein Beispiel ist die laufende Aktion »eine Flasche Olivenöl für jeden Arbeitslosen«, die ÖlproduzentInnen auffordert, in ihren Olivenmühlen Öl in Fässern zur Verfugung zu stellen, das wir selbst weiterverarbeiten und das durch lokale Solidaritätsnetzwerke an Haushalte in den städtischen Gebieten verteilt wird, die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind.
- Die internationale Kampagne für Solidarität mit der griechischen Bevölkerung zu fördern, politisch und finanziell, durch Mobilisierung, internationale Aktionstage, materielle Unterstützung, auch durch Nahrungsmittel und Medizin sowie den Aufbau horizontaler Verbindungen zwischen internationalen und griechischen Netzwerken und Strukturen. (…)

Internationale Solidaritätskampagne für Griechenland

Trotz der Massenmobilisierung in einer Gesellschaft, die darum kämpft, die Verallgemeinerung und Stabilisierung der humanitären Krise abzuwenden, erfordert die Härte der sozialen Zerstörung, die in unserem Land stattfindet, die Entwicklung einer internationalen Solidaritätskampagne. Es wäre falsch, wenn eine derartige Aktion nur auf die Deckung materieller Bedürfnisse beschränkt bliebe, ohne die Notwendigkeit für eine gemeinsame politische Anstrengung einzubeziehen. Wenn Griechenland das Versuchskaninchen für die zukünftige Politik der EU beim Auftreten der Krise – auch im Norden und Westen – sein soll, hat gegenseitige Unterstützung einen hohen Wert, und es ist notwendig, unsere Erfahrung mit dem Widerstand der Bevölkerung zu teilen. Auch haben wir die Verpflichtung, uns durchzusetzen und eine gemeinsame Front zur Abwehr und Umkehr der neoliberalen Politik aufzubauen.

Initiativen politischer Solidarität

(…) Die fortschreitenden Versuche der Herrschenden, einen politischen und sozialen Ausnahmezustand zu erzwingen, zielen darauf ab, die Bereitschaft der griechischen Gesellschaft, den Widerstand zu organisieren, zu brechen und die Infrastruktur dieser Massenbewegung zu unterdrücken. Während der letzten Monate gab es eine Reihe Schikanen und Angriffe gegen Solidaritätsstrukturen und Freiräume, die von Institutionen und halbstaatlichen Akteuren unter dem Vorwand der Steuerfahndung verübt wurden. Dazu kommen Polizeirazzien und faschistische Angriffe. Zu den angegriffenen Strukturen gehören der selbstverwaltete Markt von Kypseli und das von SchauspielerInnen wiederangeeignete Theater Empros (»Vorwärts«) in Athen, das Alternativwährungsprojekt TEM in Volos, das soziale Zentrum Istos in Haidari sowie besetzte Häuser in Athen, Thessaloniki und Xanthi. Darüber hinaus wurde versucht, die weit verbreite Praxis, Waren ohne ZwischenhändlerInnen zu verteilen, zu kriminalisieren. Das jüngste Beispiel ist der Angriff von 70 Neonazis der »Goldenen Morgenröte« auf die Organisation »Doctors of the World« in Perama, der ärmsten Gegend im Großraum Athen, weil diese eine herkunftsunabhängige Solidarität anbieten. Parallel dazu gibt es eine Reihe von Streiks und Mobilisierungen verschiedener Branchen und der Landwirte, die sich der Implementierung des dritten Memorandums verweigern, und die von den Gerichten auf verfassungswidrige Weise für illegal erklärt werden. Die Verachtung der Demokratie durch die »parlamentarische« Junta der Memoranden versucht eine Terroratmosphäre herzustellen und eine »Strategie der Spannung« anzuwenden, um die gewaltsame Intervention der Repressionsorgane und die Staatsführung durch Präsidialdekrete zu rechtfertigen. Gleichzeitig finanzieren dieselben nationalen und internationalen Organisationen, die Griechenland in

Fortsetzung auf Seite 14 oben

dern ist die akademische Zeitschriftenlandschaft zwar breiter und über Datenbanken sehr professionell im Netz präsent. Diese Zeitschriften und Datenbanken sind jedoch fast völlig in der Hand großer Verlagskonzerne, die sich ihre Dienste teuer bezahlen lassen. Wer nicht an einer Universität mit entsprechendem Abo-Paket eingeschrieben ist, erhält die Informationen nicht.

Workerscontrol.net will auch hier eine demokratische Alternative darstellen, die es den Autorinnen und Autoren erleichtert, ihre Inhalte in die Diskussion zu bringen, anstatt nur auf einen virtuellen »impact-factor« für den akademischen Lebenslauf zu schielen. Ob dies gelingt, hängt wesentlich vom Rücklauf ab – neue Manuskripte werden ständig gesucht, die Kontaktadressen finden sich auf der Webseite selbst!

(mehr dazu: www.workerscontrol.net/de)

Per Tarifvertrag gegen Werkvertrag?

IGM Küste will Tagelöhnerei begrenzen, Urteil gegen »Scheinwerkvertrag«

Mitte Juli waren in Papenburg zwei rumänische Arbeiter in ihrer Unterkunft verbrannt. Zwei von insgesamt 38 Menschen, die auf 200 qm des Einfamilienhauses ›lebten‹. Pro Mensch sind das 5,26 qm – weniger als jene 6 qm, die das Tierschutzgesetz für die Größe eines Hundezwingers vorschreibt.

Dort untergebracht hatte sie die Dienstleistungsfirma SMS, die als Subunternehmer der Meyer-Werft (die mit dem Kuss-Mund an ihren »Traumschiffen«) Werkvertragsbeschäftigte von einer rumänischen Firma bestellt und ›ausgeliehen‹ hatte. Auf dem Weg eines regulären Anstellungsverhältnisses ist das gar nicht möglich, denn Rumänen unterliegen sowohl in Bezug auf die Dienstleistungsfreiheit, unter die auch die grenzüberschreitende Verleihung fällt, als auch im Hinblick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch bis Ende diesen Jahres Einschränkungen – es sei denn, sie gelten als Hochqualifizierte, für die von der Arbeitsagentur eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann.

Die nicht oder gering Qualifizierten, die das Gros der Beschäftigten stellen, können und dürfen hier jedoch nur als Selbständige im Rahmen der Niederlassungsfreiheit arbeiten. Als Nachweis dafür reicht ein Gewerbeschein, der leicht erhältlich, weil mit keinerlei Prüfungen verbunden ist und lediglich deklaratorischen Charakter hat. De facto handelt es sich dann um Scheinselbständigkeit, also verdeckte Leiharbeit, auch »illegale Arbeitnehmerüberlassung« genannt, wenn die Beschäftigten in die Betriebsabläufe eingebunden und weisungsgebunden sind. Genau das war nach Angaben der *Süddeutschen Zeitung* auf der Meyer-Werft der Fall: Neben 3 100 festen MitarbeiterInnen waren rund 290 LeiharbeiterInnen und 1 500 Werkvertragsarbeiter mit dem Bau des neuen Luxusliners beschäftigt. (SZ, 23. Juli 2013) Laut einer Studie der IGM Küste aus dem Jahr 2012 arbeitet mehr als ein Fünftel der Werftbeschäftigten als Werkvertragsbeschäftigte, mit 44,9 Prozent habe die Meyer-Werft den höchsten Anteil von Werkverträglern unter den Werften. (SZ, 18. Juli 2013)

Das Vermögen der Meyer-Familie wird auf 500 Millionen Euro geschätzt. Rund 15 000 Menschen arbeiten für die Werft, in der Region ist man dem Familienunternehmen dankbar. Von den Zuständen in den Unterkünften und bei der Bezahlung der Werkverträgler will die Unternehmensführung nichts

Fortsetzung auf Seite 14 unten

Fortsetzung von Seite 13 oben

die Armut gestürzt und an den Rand einer humanitären Krise gebracht haben, die Entwicklung einer Industrie zur Ausbeutung des Elends und der Armut. Mit Geldern, die durch hohe Besteuerung der griechischen Bevölkerung selbst abgepresst wurden, werden neue Nester der Korruption und der Klientelwirtschaft hochgezüchtet, die sich als offizielle, staatliche Solidaritätsstrukturen ausgeben, nur Krümelchen verteilen und die vollständige Verwandlung Griechenlands in ein »richtiges« Land der dritten Welt, in eine zerrissene Gesellschaft, begleiten. Die dringende Notwendigkeit, auf diese neue und schwierigere Runde im sozialen Konflikt zu reagieren, stellt die politische Dimension unseres Kampfes in den Vordergrund. Die Notwendigkeit, den Widerstand inklusiv zu gestalten, um Spaltungstaktiken abzuwehren, stellt nun einen integralen Aspekt der Solidaritätsbewegung dar. Aus diesem Grund möchten wir die außerordentliche Nützlichkeit von regelmäßigen internationalen Veröffentlichungen unterstreichen.

Die wirklichen Gründe und gesellschaftlichen Konsequenzen der Wirtschaftskrise in Griechenland sowie die vielfältigen Kämpfe der griechischen Bevölkerung um Befreiung von der katastrophalen Sparpolitik der Memoranden müssen national wie international verbreitet und erklärt werden. Wir glauben, dass der vielfältige und überzeugte Widerstand der griechischen Bevölkerung bisher nicht ausreichend bekannt geworden ist. (…) Nicht nur die stärkere Verbreitung von Informationen und Pressemitteilungen sind dringend notwendig, auch eine Reihe anderer Aktionen:

- Konzerte, Filmvorführungen und kulturelle Veranstaltungen jeder Art.
- Solidaritätserklärungen für Streiks oder bei Repressionsversuchen in Griechenland sowie Proteste vor griechischen Botschaften und internationalen Organisationen.
- Internationale Solidaritäts- und Mobilisierungstage für Griechenland
- Schaffung eines Netzwerks der Solidaritätsinitiativen.

»Solidarität für Alle« bietet Euch Unterstützung jeder Art für Aktionen an, die Ihr organisieren möchtet.

Direkte Solidaritätsaktionen – materielle Unterstützung

Im Folgenden einige praktische Wege, sich an der internationalen Solidaritätskampagne für Griechenland zu beteiligen, die von »Solidarity for All« initiiert wurde:

1. In der momentanen Phase halten wir es für am sinnvollsten, Geld für konkrete Projekte und Solidaritätsstrukturen zu sammeln, die in sehr heruntergekommenen Gegenden des Landes aktiv sind. »Solidarität für Alle« steht in direktem und konstantem Kontakt mit Solidaritäts-Basisgruppen im ganzen Land und unterstützt sie auf Anfrage materiell. Es ist leicht zu verstehen, dass unsere ökonomischen Mittel nicht ausreichen, um den sich ständig erhöhenden Bedarf zu decken. Es ist uns sehr wichtig, eine faire geographische und thematische Verteilung der Gelder sicherzustellen. Falls Ihr der internationalen Solidaritätskampagne helfen wollt, schlagen wir vor, dass ihr Euch mit uns in Verbindung setzt, damit wir zusammen entscheiden können, wem genau Euer Geld letztendlich zugute kommen soll. (Kontoverbindung s. unten) Ihr könnt auf folgendes Konto spenden:

2. Was das Essen betrifft, stoßen Solidaritätsstrukturen auf immer größere Probleme, das

Nötige zu bekommen, weil es einen starken Anstieg an Bedürftigen gibt. Strukturen, die Essen verteilen, bekommen ihr Essen hauptsächlich durch öffentliche Interventionen in Supermärkten, bei denen die Leute aufgefordert werden, kleine Mengen an Lebensmitteln zu spenden, die anschließend an bedürftige Haushalte in der Gegend verteilt werden. Wir haben auch einen landesweiten Aufruf zur Unterstützung der Essensverteilungsstrukturen veröffentlicht, bei dem es um Sammlungen und Verteilung direkt in den einzelnen Initiativen geht. Deshalb könnten Aktivitäten, um Geld zu sammeln für die Kosten von Lebensmittelpaketen in Griechenland, eine sehr wichtige Hilfe für unsere kämpfende Bevölkerung sein.

3. Es gibt eine nationale, aber auch internationale Kampagne, um die Versorgung der Sozialkliniken mit Impf- und Arzneistoffen sicherzustellen. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass es ein großes Problem mit Impfungen für Kinder gibt, da sich viele Eltern, nachdem sie ihre Krankenversicherung verloren haben, diese nicht mehr leisten können. Es gibt darüber hinaus Tausende von RenterInnen und PatientInnen mit ernsthaften und chronischen Krankheiten, die mit dem ständigen Anstieg der medizinischen Kosten und der fehlenden Unterstützung durch den öffentlichen Gesundheitssektor völlig überfordert sind. Man kann sich an dieser Kampagne beteiligen, indem man Spenden für den Kauf solcher Arzneistoffe leistet.

4. Ein zweites Hauptthema unserer internationalen Kampagne sind Spenden für Kindernahrung und Milch für Säuglinge. Nach Angaben von LehrerInnen und ÄrztInnen der Sozialkliniken hat die ökonomische Situation zum Auftreten von Unterernährungssymptomen bei Säuglingen und Schulkindern geführt. Was wir in diesem Bereich einsammeln, wird durch die örtlichen Solidaritätsstrukturen und Sozialklinken an die Haushalte verteilt. Ihr könnt auch helfen, indem ihr eine eigene Kampagne auf die Beine stellt. Wir bitten allerdings darum, dabei nicht die Dienste ethisch bedenklicher Unternehmen in Anspruch zu nehmen.

Eine Situation wie die, die wir in den letzten paar Jahren in Griechenland erleben, gab es noch nie, daher schreiten wir Schritt für Schritt fragend voran. Und wir glauben, dass das der beste Weg ist, um innerhalb und außerhalb Griechenlands gemeinsam voranzukommen. Wir müssen das Beste aus jeder Gelegenheit machen, unsere Verbindungen zu stärken. Es kann sein, dass wir von Zeit zu Zeit ineffizient oder »klein« erscheinen. Aber wir können Euch versichern, dass nur eine Bevölkerung mit viel Würde und Kraft einen solchen Kampf leisten kann. Und wir kämpfen mit allen nötigen Mitteln, leidenschaftlich und lächelnd, und stützen uns dabei auf eine lange, kämpferische Tradition. Die Bedürfnisse sind riesig, die Teilnahmemöglichkeiten auch. Wir laden Euch ein, uns zu kontaktieren und zu versuchen, zusammen einen Weg in unsere gemeinsamen Zukunft aufzubauen.

März 2013

Kontoverbindung »Solidarity for all«:
IBAN: GR5901100400000040434352 /
BIC: ETHNGR AA

Kontakt:
international@solidarity4all.gr
Weitere Informationen unter:
www.solidarity4all.gr

Fortsetzung von Seite 13 unten

gewusst haben – wie so oft in den letzten Jahren, wenn die Verantwortung abgeschoben wurde mit Verweis auf vereinzelte »Auswüchse«, »schwarze Schafe« oder »missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen« in großen Schlachtunternehmen Norddeutschlands oder jetzt auch bei Daimler. Auf den Lohnzetteln der Rumänen, die für SMS arbeiteten, standen 1 800 Euro netto – doch Beschäftigte und Angehörige berichteten von Stundenlöhnen um drei Euro bei Arbeitszeiten zwischen zehn und zwölf Stunden an sechs Tagen pro Woche. Wo die Differenz geblieben ist? Der deutsche Dienstleister SMS, der im letzten Jahr vier Mio. Euro Umsatz mit dem Vermakeln von Arbeitskräften für die Meyer-Werft gemacht hat, verweist auf den rumänischen Vertragspartner…

Soweit, so klassisch das Gewirr aus Subunternehmerketten, die letztlich nur dazu dienen, Verantwortung zu verschleiern und Gewinne in Branchen möglich zu machen, die ohne solche sklavenähnlichen Arbeitsverhältnisse längst nicht mehr »konkurrenz- und wettbewerbsfähig« wären. Für betriebliche Interessenvertretungen ist es schwer, hier durchzublicken. Werkverträge fallen unter Sachkosten und insofern nicht unter informationspflichtige Mitbestimmungstatbestände. Es bedürfte schon eines erheblichen politischen Interesses und Engagements, um beispielsweise § 90 des Betriebsverfassungsgesetzes kreativ zu nutzen, etwa durch die Anforderung von Informationen über die Planung von Arbeitsverfahren, Arbeitsabläufen und Arbeitsplätzen und die Beratung über deren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer.

Während man gespannt sein darf, was dem DGB vorschwebt, wenn er an den Gesetzgeber appelliert, die »missbräuchliche Praxis bei Werkverträgen« zu unterbinden (schließlich geht es bei der Gewerbefreiheit an die Grundfreiheiten bürgerlicher Ökonomie), gab es in den letzten Wochen zwei Ansätze, die ahnen lassen, in welche Richtung sich Bewegung entfalten könnte. Das Landesarbeitsgericht Hamm hat in einem Urteil vom 24. Juli d.J. gegen die Bertelsmann-Tochter Arvato Systems einen Werkvertrag für einen Hausmeister für unwirksam erklärt. Dem Kläger stehen nun Lohnnachzahlungen zu, weil er, so das Gericht, als Hausmeister mehr geleistet habe, als in dem Werkvertrag vereinbart war und dies stets arbeitsteilig mit den Festangestellten. Der Arbeitsrechtler Wolfgang Hamann von der Universität Duisburg-Essen sprach gegenüber dem WDR von einer »Signalwirkung«, die das Urteil haben könnte, wenn Beschäftigte nachweisen könnten, dass eine illegale Arbeitnehmerüberlassung vorliege. Doch schon allein, dass es einem Beschäftigten gelungen sei, sich gegen einen großen Konzern durchzusetzen, sei erwähnenswert (»Landesarbeitsgericht kippt ›Scheinwerkvertrag‹, www1.wdr.de, 24. Juli 2013).

Und die IGM Küste will, erstmals in der Geschichte, einen Tarifvertrag für Werkverträge abschließen. In einem Gespräch zwischen Meinhard Geiken (Bezirksleiter IGM Küste), Bernard Meyer (Meyer Werft GmbH), Olaf Lies (Wirtschaftsminister) und Thomas Gelder (Betriebsratsvorsitzender Meyer Werft) wurden am 22. Juli folgende Punkte vereinbart:

1. Das Unternehmen legt eine Sozialcharta vor.
2. Das Unternehmen und die IG Metall Küste werden zeitnah einen

»Grober Unfug«

Rosina Juanita Henning im Gespräch über die Reform des Prostitutionsgesetzes

In Debatten um Moral, Recht und Ausbeutung im Sexgewerbe kann man schnell den Eindruck haben, niemand habe etwas anderes im Sinn als das Wohl der dort Beschäftigten. Ganz wider den Zeitgeist kommt hier auch niemand auf die Idee, die Behebung von Missständen dem freien Markt zu überantworten. Diejenigen, um die es gehen soll, kommen dennoch selten zu Wort. Einige SexarbeiterInnen haben daher begonnen, eine neue Interessenvertretung aufzubauen (s. Interview mit Johanna Weber in express 5/2013). Der Bundestag hat unterdessen die allseits umstrittene Reform des Prostitutionsgesetzes verabschiedet – kritisiert wurde es aus verschiedenen Gründen von der Opposition und von einer Expertenrunde, die der Rechtsausschuss kurz vor der Abstimmung geladen hatte. Rosina Henning (Doña Carmen – Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten) schildert im Interview ihre Sicht auf den Streit ums Prostitutionsgesetz und die Interessenlage der SexarbeiterInnen.

express: In der Bundespolitik wird derzeit über eine Verschärfung der Überwachung von Prostitutionsstätten und eine Revision des Prostitutionsgesetzes, das unter Rot-Grün 2002 verabschiedet wurde, diskutiert; einige Bundesländer haben bereits Schritte in diese Richtung unternommen. Mit diesem Gesetz sollte eine »Liberalisierung« und »Entkriminalisierung« des Prostitutionsgewerbes auf den Weg gebracht werden. Was ist so verkehrt an diesen Ansätzen, und woher kommt der Druck, das Gesetz von 2002 zu revidieren?

Das ProstG von 2002 wurde von den damaligen rot-grünen Politikern über den grünen Klee gelobt und mit Erwartungen an eine »Liberalisierung« und »Entkriminalisierung« des Prostitutionsgewerbes überfrachtet. Tatsächlich sind diese Erwartungen mit dem ProstG nie eingelöst worden. Das Gesetz selbst ist dazu in vieler Hinsicht strukturell untauglich. Zudem fehlte der politische Wille, die Sache konsequent voranzutreiben. Wie kann man von »Entkriminalisierung« reden, wenn trotz ProstG am diskriminierenden strafrechtlichen Sonderschutz für Prostitution nie substantiell gerüttelt wurde? Sperrgebiete, Werbeverbot, die Kriminalisierung »jugendgefährdender« Prostitution sowie die Kriminalisierung von »Zuhälterei« auch und insofern sie nur Synonym für Arbeitgeberfunktionen im Kontext von Sexarbeit ist – all das gibt es nach wie vor.

Wenn nun das ProstG die Position der Prostituierten in der Öffentlichkeit lediglich (aber immerhin) symbolisch gestärkt hat und größtenteils nur zu einer gefühlten Verbesserung ihrer Lage geführt hat, bedeutet das selbstverständlich nicht, dass die Erwartungen einer »Liberalisierung« bzw. »Entkriminalisierung« an sich verkehrt wären, wie es die rechte, von der polizeilichen Sicht geprägte Kritik am ProstG lautstark behauptet. Das Perverse ist: Der gegenwärtige öffentliche Druck auf das ProstG macht sich die rot-grüne Schaufensterpolitik im Zusammenhang mit Prostitution zunutze und lastet das tatsächliche Versagen des Gesetzes der vermeintlich mit ihm einhergehenden »Liberalisierung« und »Entkriminalisierung« an.

Das ist natürlich grober Unfug, hat aber einen realen Hintergrund: Die mit der nunmehr gewerberechtlichen Reglementierung einhergehenden Verschärfungen der Prostitutionsüberwachung zielen im Kern auf die Prostitutionsmigrantinnen. Im Vorfeld der für Anfang 2014 vorgesehenen vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien dienen verschärfte behördlich-polizeiliche Kontrollrechte im Prostitutionsgewerbe der Migrationsüberwachung und -eindämmung.

Gibt es schon klare Informationen über die Inhalte der geplanten Revision? Worin genau soll die Verschärfung bestehen?

Es geht im Kern um die Aufnahme von Prostitutionsstätten in den Katalog »überwachungspflichtiger Gewerbe« nach §38 Gewerbeordnung. Hier ist automatisch eine Zuverlässigkeitsüberprüfung des Gewerbetreibenden erforderlich. Anders als bei der großen Masse »anzeigepflichtiger Gewerbe« (nach §14 GewO), wo diese »Zuverlässigkeitsprüfung« nicht vorgesehen ist, handelt es sich hierbei um einen Generalverdacht. Seit 2002 hat der »Bund-Länder-Ausschuss Gewerberecht« für Prostitutionsbetriebe den Status als »anzeigepflichtiges Gewerbe« empfohlen. Was nunmehr den Generalverdacht des »überwachungsbedürftigen Gewerbes« begründen soll, bleibt im Dunkeln. Im Dunkeln bleibt auch, woran die »Zuverlässigkeit« im Einzelnen festgemacht wird. Die nach wie vor bestehende spezielle straf- und ordnungsrechtliche Reglementierung der Prostitution dürfte im Falle von Verstößen dagegen zudem vor allem dazu dienen, Personen im Prostitutionsgewerbe die erforderliche Zuverlässigkeit abzusprechen. Gegenüber anderen Gewerben liegt damit eine glasklare Ungleichbehandlung vor.

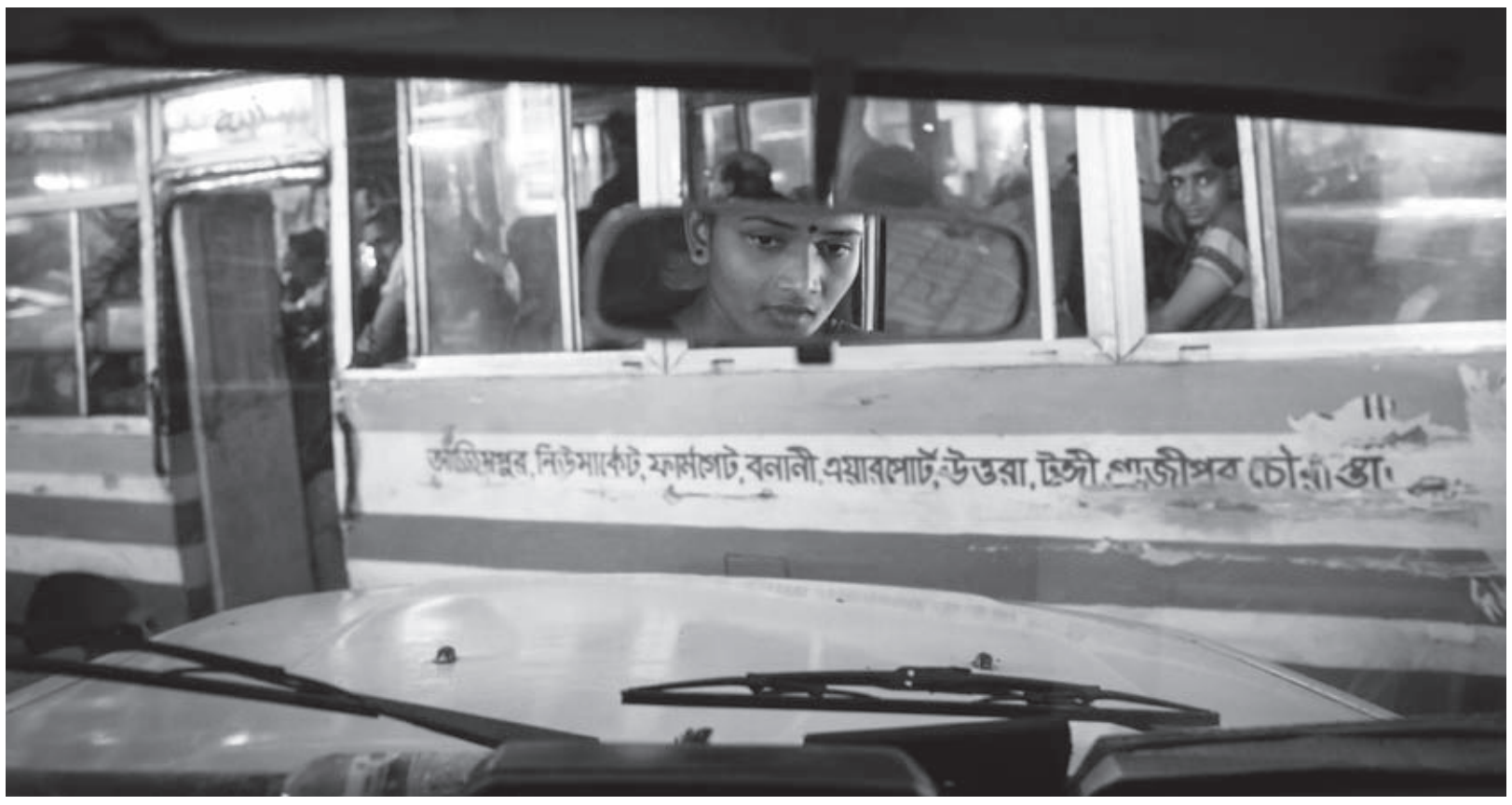
Als Folge der Einstufung als »überwachungsbedürftiges Gewerbe« greifen die Auskunfts- und Nachschaurechte des §29 GewO: Die »zuständigen Behörden« bzw. deren »Beauftragte« sind ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss befugt, jederzeitige, anlasslose »Prüfungen und Besichtigungen« vorzunehmen. Es ist zu erwarten, dass die Kontrollpraxis gegenüber dem Prostitutionsgewerbe noch mehr ausgeweitet wird, als dies bisher schon der Fall ist.

Als weitere Folge der Einstufung von Prostitutionsstätten als »überwachungsbedürftige Gewerbe« ist nach §38 Absatz 3 GewO den Landesregierungen erlaubt zu bestimmen, »in welcher Weise die Gewerbetreibenden ihre Bücher zu führen und dabei Daten über einzelne Geschäftszweige, Geschäftspartner, Kunden und betroffene Dritte aufzuzeichnen haben.« Damit ist die behördliche Registrierung der in »überwachungsbedürftigen Prostitutionsstätten« tätigen SexarbeiterInnen vorprogrammiert.

Folgt man den Kritikern des Prostitutionsgesetzes, war die Liberalisierung mit einem Anstieg der sog. »Begleitkriminalität« verbunden, die doch gerade unterlaufen werden sollte. Zu diesem Ergebnis kommen auch einige wissenschaftliche Auftragsstudien. Ihr betont in Euren Pressemitteilungen dagegen, dass es kaum ein Gewerbe gibt, das bereits jetzt so intensiven polizeilichen Kontrollen unterliegt wie die Sexarbeit. Was ist dran an der These einer steigenden Begleitkriminalität? Wie erklärt Ihr Euch vor diesem Hintergrund das Zustandekommen der neuen Gesetzesinitiative?

Die These von der angeblich mit Prostitution grundsätzlich einhergehenden und mit der Legalisierung von Prostitution »steigenden Begleitkriminalität« ist ein durch nichts belegtes Ammenmärchen. Laut offizieller Kriminalstatistik sinkt die Zahl der Opfer, die man zu schützen vorgibt, seit Jahren kontinuierlich: von 776 (2002) auf 58 (2012) mutmaßliche Opfer jährlich bei §180a StGB (»Ausbeutung von Prostituierten«); von 793

Fortsetzung auf Seite 16 oben



Tarifvertrag vereinbaren, in dem folgende Punkte geregelt werden:
- verbindliche Festlegung von sozialen Mindeststandards (Verhinderung von Lohndumping)
- Stärkung der Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei Werkverträgen

3. Alle Beteiligten begrüßen die geplante Zertifizierung und stärkere Kontrolle von Wohnraum.
4. Es wird unmittelbar eine Taskforce eingerichtet, die die aktuelle Situation von Arbeitnehmern mit Werkvertrag überprüft.

Der Tarifvertrag soll bis Anfang September stehen, doch noch liegen zwischen der Forderung von IGM nach Equal Pay für Werkverträgler und dem Angebot des Unternehmens, 8,50 zu zahlen, Welten. Wir dokumentieren im Folgenden aus einer Presseerklärung der IGM vom 23. Juli zu dem geplanten Tarifvertrag. ***KH***

Meyer Werft: Belastbare Vereinbarung zu Werkverträgen

Nach dem Tod von zwei Leihbeschäftigten, die für eine Fremdfirma auf der Meyer Werft in Papenburg gearbeitet hatten, haben sich der IG Metall-Bezirk Küste und das Unternehmen darauf verständigt, in einem Tarifvertrag soziale Mindeststandards festzulegen und die Kontroll- und Mitspracherechte des Betriebsrats bei Werkverträgen zu stärken.

Die IG Metall Küste und die Meyer Werft werden einen Tarifvertrag vereinbaren, in dem soziale Mindeststandards verbindlich festgelegt und Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei Werkverträgen gestärkt werden. Darauf einigten sich Gewerkschaft und Geschäftsführung am 22. Juli bei einem Gespräch im niedersächsischen Wirtschaftsministerium.

Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste, sagte im Anschluss: »Wir belassen es nicht bei einer bloßen Willenserklärung, sondern schaffen eine belastbare Vereinbarung, die die Situation der Arbeitnehmer mit Werkvertrag verbessert. Der Abschluss bei der Meyer-Werft kann als Grundlage für Vereinbarungen in anderen Unternehmen dienen, die Lohndumping verhindern und sich von diesem distanzieren wollen.«

Thomas Gelder, Betriebsratsvorsitzender der Meyer Werft, begrüßte die Vereinbarung ebenfalls: »Es ist gut, dass wir mit der Geschäftsführung das Thema Werkverträge angehen und die Mitspracherechte der Arbeitnehmervertreter gestärkt werden. Das Unternehmen muss uns gegenüber offenlegen, zu welchen Bedingungen die insgesamt 1500 Beschäftigten mit Werkvertrag auf der Werft arbeiten. Und wir wollen gegen diejenigen vorgehen, die Arbeitnehmer ausnutzen und miserabel behandeln. Dafür reichen unsere bisherigen Rechte nicht aus.«

Der Tod der beiden Arbeiter hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt. Die beiden Männer waren bei einem Brand in ihrer Unterkunft ums Leben gekommen. In diesem Zusammenhang berichteten Medien auch über angebliche Stundenlöhne von drei bis vier Euro. Werkverträge nehmen in vielen Unternehmen zu. Bei manchen Schiffbauern steht nach einer Erhebung der IG Metall Küste fast die Hälfte der Arbeitnehmer bei Fremdfirmen unter Vertrag. Auch in anderen Branchen steigt ihre Zahl. Immer wieder berichten Medien über katastrophale Arbeitsbedingungen und Minilöhne.

Quelle: www.igmetall-kueste.de/druckansicht.php?id=1235

Fortsetzung von Seite 15 oben

(2002) auf 267 (2012) mutmaßliche Opfer jährlich bei §181a StGB (»Zuhälterei«); von 988 (2002) auf 642 (2012) mutmaßliche Opfer bei §232 StGB (»Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung«). Von real gestiegenen »kriminellen Begleiterscheinungen« der Prostitution, die eine Verschärfung des Umgangs mit Prostitution rechtfertigen würden, kann mithin keine Rede sein.

Auch die Thesen des Heidelberger Professors Axel Dreher, der glaubt, einen Zusammenhang von Legalisierung der Prostitution und der Zunahme von Menschenhandel empirisch belegt zu haben und deshalb von Befürwortern einer Verschärfung der Prostitutionsgesetzgebung gern zitiert wird, ist längst in der Zeitschrift »Kritische Justiz« (Nr. 4/2012, S. 340ff.) widerlegt worden: Seine Zahlen waren nicht nur veraltet, sie stammten zudem aus dubiosen Quellen.

Die reaktionäre, von polizeilicher Sicht inspirierte Kritik am Prostitutionsgesetz führt diesen Rückgang auf geringere Ermittlungsmöglichkeiten im »Milieu« zurück, nachdem der damalige Strafrechtsparagraf §180a, der seinerzeit die »Förderung« der Prostitution unter Strafe stellte, mit der Einführung des ProstG verändert wurde. In der Tat bot der damalige Paragraf einen niedrigschwelligen Einstiegsverdacht in Ermittlungen. Doch auch gegenwärtig werden jenseits der ohnehin üblichen Großrazzien im Prostitutionsgewerbe dort mit rund 11 500 »Routinekontrollen« pro Jahr ca. 44 000 Personen überprüft. Das Gejammer der Polizei über zu geringe Überwachungsmöglichkeiten ist mithin sachlich unbegründet.

Wie ist die BT-Debatte am 6. Juni, zu der Ihr im Vorfeld alle Abgeordneten angeschrieben und über die Bedenken aus Sicht der SexarbeiterInnen informiert hattet, verlaufen?

Die Debatte im Deutschen Bundestag zeichnete sich dadurch aus, dass sich sämtliche daran beteiligten Parteien – Grüne und Linke mit eingeschlossen – in einem wechselseitigen Schaulaufen darin überboten, wer am meisten zum Schutz von Opfern des sogenannten »Menschenhandels« beitrage. Die Frage des »Menschenhandels« wurde zu Unrecht mit der Frage der Prostitutionsausübung vermischt, wofür sachlich keine Veranlassung besteht. Doch diese Verquickung ist bekanntlich bestens geeignet, der Einschränkung von Rechten der SexarbeiterInnen einen vermeintlich humanitären Anstrich zu verleihen.

Wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass ein Herr Uhl (CDU/CSU) in der Plenardebatte die Rede von »selbstbestimmten Sexdienstleisterinnen« als »Schwachsinn« und als »zerplatzte Seifenblase« bezeichnet und sämtliche Oppositionsparteien unfähig sind, ihm diesbezüglich substanziell zu widersprechen, so weiß man, wie dringend notwendig eine selbständige Organisierung von SexarbeiterInnen ist, die die Vertretung ihrer Angelegenheiten endlich selbst in die Hand nehmen.

Bevor wir auf die Interessenvertretung von SexarbeiterInnen kommen: Wie fällt denn Deine/Eure Bilanz des ProstG aus, und welchen speziellen Änderungsbedarf gibt es aus Deiner Sicht?

Es gehört zu den wohl meist verbreiteten Legenden hinsichtlich des Prostitutionsgesetzes, dass es an und für sich gut sei, dass nur die Rahmenbedingungen seiner Umsetzung schlecht gewesen seien.

Diese Sichtweise können wir nicht teilen. Denn es ist eine Tatsache, dass eine diskriminierende rechtliche Sonderbehandlung von SexarbeiterInnen nicht nur im Straf- und Ordnungsrecht, nicht nur im Ausländer- und Polizeirecht fortbestehen blieb, sondern sich diese Sonderbehandlung auch im Prostitutionsgesetz selbst fortsetzte. Der aus unserer Sicht entscheidende Punkt ist hierbei die folgenschwere Besonderheit, dass SexdienstleisterInnen durch das Prostitutionsgesetz eine vertragliche Festlegung der Gegenseitigkeit von Leistung verwehrt blieb.

Zwar wurden SexarbeiterInnen erstmals als Vertragssubjekte rechtlich anerkannt. Das hätte eine Aufwertung ihres rechtlichen Status bedeuten können, wäre die den Prostituierten zugestandene Vereinbarung mit Kunden und Betreibern nicht von einer Pflicht zur Gegenleistung freigestellt. Damit fehlte der nunmehr rechtlich anerkannten Vereinbarung genau das, was normale Dienstleistungsverträge auszeichnet: nämlich die Verbindlichkeit. Die Berliner Anwältin Margarete von Galen sprach von einer »verbotenen Leistungspflicht der Prostituierten«.

Die Aushebelung der ansonsten überall geltenden Vertragsparität wird mit dem Schutz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts der Prostituierten legitimiert. Das ist schon deshalb eine Vortäuschung falscher Tatsachen, da im deutschen Recht nach §888 Zivilprozessordnung eine Zwangsvollstreckung im Falle von höchstpersönlich erbrachten Dienstleistungen gar nicht möglich ist.

Tatsächlich ging es um etwas ganz anderes als den Schutz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts. Es handelt sich um eine historisch tradierte, fortgesetzte Weigerung, Prostitution als reguläre wirtschaftliche Betätigung anzuerkennen.

Die Nicht-Anerkennung von SexarbeiterInnen als Wirtschaftssubjekte ist eine Entmündigung der Frauen in der Prostitution, denn sie werden damit auf eine Stufe gestellt mit »beschränkt geschäftsfähigen Personen«. Dem liegt die Unterstellung zugrunde, SexarbeiterInnen in der Prostitution würden keine von ihrer Person unterschiedene Dienstleistung, sondern ihren Körper und damit sich selbst als Person verkaufen. Wir halten das für die grundlegende Schwäche des Prostitutionsgesetzes, aus der alle weiteren Gebrechen des Gesetzes sowie seiner Umsetzung resultieren.

Was würde die von vielen SexarbeiterInnen angestrebte volle Anerkennung von Sexarbeit als Beruf konkret bedeuten? Geht es um reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, um Gewerbefreiheit, um freiberufliche Tätigkeit – oder wie kann man sich Gleichberechtigung in diesem Arbeitsfeld vorstellen?

Prostitution trennt zwischen Sexualität und Liebe. Sexualität jenseits sozial-emotionaler Bindung ist ein gesellschaftlich anzuerkennender Wert und keine »Vergewaltigung« der sexuelle Dienste leistenden Person, wie von feministischer Seite manchmal behauptet. Die Trennung von Liebe und Sexualität ist eine Form sexueller Selbstbestimmung neben der Einheit von Sexualität und Liebe. Es gibt keinen Grund, die eine Form zu bevorzugen und die andere der gesellschaftlichen Ächtung auszusetzen. Wenn die Gesellschaft sich zu dieser grundsätzlichen Anerkennung bereitfände, hätte das eine Konsequenz: Man sollte nicht nur die grundsätzliche Entscheidung der Frau, in der Sexarbeit tätig zu sein, mit zusammengebissenen Zähnen tolerieren, sondern müsste auch respektieren, dass die SexarbeiterInnen in der Lage sind, die Verantwortung für die Folgen der eigenen Entscheidung zu übernehmen. Eine Enteignung dieser Verantwortung – wie es gegenwärtig geschieht – darf es nicht länger geben.

Eine konsequente Legalisierung von Prostitution geht nicht – wie das ProstG – vom Ziel einer »Besserstellung« der Prostituierten, sondern von der notwendigen »Gleichstellung« mit anderen Berufen aus. Um dies zu gewährleisten, müssten folgende fünf Schritte eingeleitet und realisiert werden: Explizite und definitive Abschaffung des Verdikts der Sittenwidrigkeit von Prostitution im BGB; Abschaffung aller auf Prostitution bezogenen diskriminierenden rechtlichen Sonderbestimmungen; Einstellung aller Formen diskriminierender behördlicher Sonderbehandlung von Prostitution; Anerkennung der Freiberuflichkeit selbständig ausgeübter Prostitutionstätigkeit im Gewerbe-, Steuer- und Baurecht; Anerkennung von Prostitutionsstätten als »anzeigepflichtige Gewerbe« nach §14 Gewerbeordnung.

Derzeit läuft eine Initiative zur Gründung eines SexarbeiterInnenverbandes (s. Interview mit Johanna Weber im express 5/2013). Welche Erwartungen knüpfen sich daran, und welche Klärungsprozesse sind noch zu bewältigen?

Doña Carmen begrüßt die Entstehung eines parteipolitisch unabhängigen Sexarbeiterverbandes. Aus unserer Sicht müsste es ein politisch agierender Verband sein, da die rechtliche Diskriminierung von Prostitution politisch gesetzt und legitimiert wird. Eine solche Organisation sollte alle SexarbeiterInnen umfassen, insbesondere die MigrantInnen müssten ein größeres Gewicht erlangen. Das ist eine große Herausforderung, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen sein wird.

Eine solche Organisation müsste sich von der der »Menschenhandels«-Ideologie klar distanzieren und auch der Politik einer institutionalisierten Polizei-Kooperation, wie sie in den vergangen Jahren bei einem großen Teil der Fachberatungsstellen Mode geworden ist, eine klare Absage erteilen.

Die Gewerkschaft ver.di beansprucht ebenfalls, SexarbeiterInnen zu organisieren und zu vertreten. Ist das aus Eurer Sicht ein sinnvolles Unterfangen, und wollen SexarbeiterInnen dies? Wie könnte eine gewerkschaftliche Organisierung gelingen?

ver.di hat in der Zeit unmittelbar nach Verabschiedung des damaligen ProstG einen Mustervertrag für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse konzipiert. Wie so vieles war auch das ein Vorhaben, das fernab von den tatsächlichen Verhältnissen am grünen Tisch konzipiert wurde. ver.di hat damit auch deshalb Schiffbruch erlitten, weil die Verhältnisse im Prostitutionsgewerbe relativ komplex sind. Dessen Besonderheiten gilt es jedoch zu berücksichtigen bei einer gewerkschaftlichen Organisierung von SexarbeiterInnen, die wir auf jeden Fall befürworten.

Zentral scheint uns dabei, dass insbesondere in vielen großen Bordellbetrieben nicht von klassischen Arbeitnehmer- bzw. Angestelltenverhältnissen, wohl aber von der Situation einer »wirtschaftlicher Abhängigkeit« bei gleichzeitiger »persönlicher Unabhängigkeit« auszugehen ist. Dort tätige SexarbeiterInnen fallen im Arbeitsrecht gemäß Tarifvertragsgesetz §12a unter die Kategorie der »arbeitnehmerähnlichen Personen« bzw. im Sozialrecht unter die Kategorie der »arbeitnehmerähnlichen Selbständigen«. Jenseits von »echter Selbständigkeit« und »Scheinselbständigkeit« liegt eine »arbeitnehmerähnliche Selbständigkeit« vor, wenn SexarbeiterInnen sich über längere Zeit an die Betriebsorganisation großer Bordellbetriebe binden, ohne von dieser in ihren wirtschaftlichen Dispositionen im Einzelnen bestimmt zu werden. Die Räumlichkeiten eines Großbordells werden in Anspruch genommen, Art und Umfang der Erbringung sexueller Dienstleistungen erfolgt aber gleichwohl in Eigenregie.

Durch den Status der »Arbeitnehmerähnlichkeit« werden SexarbeiterInnen als sozial schutzwürdig anerkannt und haben – sofern sie sich selbst freiwillig versichern – ggf. auch Anspruch auf soziale Leistungen seitens der BetreiberInnen großer Bordelle. Zudem fallen sie unter das Arbeitsschutzgesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Tarifvertragsgesetz sowie das Bundesurlaubsgesetz. Hierzu angemessene rechtliche Beratung und Unterstützung zu ermöglichen, wäre eine sinnvolle Aufgabe, der sich ver.di stellen sollte. ■

CONTRASTE
DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

Schwerpunkt: ANDERS REISEN
Jenseits des Kommerz:
• Couchsurfen ist keine Trendsportart
• Reise ohne Geld
• Wenn beim Autostopp kein Auto stoppt
• Reise mit Flüchtlingslagerbett und Haiku
Probelesen: www.contraste.org
GEMEINGÜTERKOOPERATIVE
Wir haben eine Genossenschaft gegründet, die heißt TuMes. Das ist lettisch und heißt „DuWir".
ENERGIE
Solidarische Energieversorgung, Reclaim Power Tour 2013 & Berliner Energietisch.
SELBSTVERWALTUNG
Bericht von der „foire d'autogestion" in Montreuil, einem südlich gelegenen Pariser Vorort.
FLÜCHTLINGE
Pladoyer für antikoloniales Heiraten & Offener Brief aus einem Flüchtlingslager.
EIN SCHNUPPERABO
3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5 €!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.
Bestellungen im Internet oder
über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D - 69038 Heidelberg

Dringliches

Taksim – Platz der Träume

AktivistInnen aus Istanbul berichten

Auf einer Rundreise durch mehrere deutsche Städte berichten türkische AktivistInnen von den Protesten in der Türkei und den Perspektiven ihrer Bewegung. Die Ankündigung der Veranstalter:

»Es begann mit dem Protest gegen den Bau eines Einkaufszentrums, wurde zum Ereignis und veränderte das politische System der Türkei. Eine scheinbar unbedeutende Besetzungsaktion brachte binnen weniger Tage Hunderttausende auf die Straßen, erst in Istanbul, dann in unzähligen Klein- und Großstädten in der Türkei. Brutale Überfälle der Staatsgewalt und das Schweigen der offiziellen Medien riefen noch mehr Menschen auf die Plätze. Die mutige und phantasievolle Bewegung dauert an, lässt sich nicht einschüchtern, nicht beirren.

Fünf AktivistInnen der ersten Besetzungsaktionen sprechen über die Perfidien eines Systems, das sie schon ins Wanken gebracht haben: Die Enteignung des öffentlichen Raums, die Vertreibung der ‚gefährlichen Armen' aus der Innenstadt, die Gentrifizierung, die besondere Mischung aus kapitalistischer Modernisierung und autoritärer Islamisierung. Unsere Gäste sprechen aus dem vielstimmigen Protest, seinen neuen Formen der Begegnung und Partizipation, aus der Erfahrung einer Demokratie ohne Polizei. Sie erzählen, wofür sie kämpfen.«

Termine:
Sonntag, 18. August 2013: Hannover, UJZ Korn
Mittwoch, 21. August 2013: Berlin, SO36
Freitag, 23. August 2013: Hamburg, Gezi Park Fiction
Montag, 26. August 2013: Düsseldorf, Bürgerhaus im Stadtteilzentrum Bilk
Dienstag, 27. August 2013: Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus
Donnerstag, 29. August 2013: München, DGB-Haus

Veranstalter: *Rosa-Luxemburg-Stiftung, Interventionistische Linke, attac*
Kontakt: *Silke Veth, veth@rosalux.de*
Weitere Informationen: *http://rosalux.de/platz-der-traeume*

»Sind wir noch zu retten?«

Siebte ver.di-DruckerTage

»Die DruckerTage sind ein politisches Diskussionsforum von Mitgliedern in ver.di, die aus der Tradition

Dharna gegen Ausbeutung

Indische Autoarbeiter kämpfen für ihre Basisgewerkschaft und die Freilassung von Gefangenen – von Suzanne Adely und Immanuel Ness*

Alle 45 Sekunden ein Auto – mit Verlaub, da müssen Menschenrechte und Demokratie eben mal auf der Strecke bleiben! Nach dieser Logik funktioniert die Autoindustrie in der „größten Demokratie der Welt". Aber wie in andere Demokratien und Republiken auch in unmittelbarer Nachbarschaft setzen sich auch hier die ArbeiterInnen zur Wehr. Wir dokumentieren einen Beitrag aus den Labornotes 18 vom Juli dieses Jahres.

Wenn Bangladesch für die schlimmste Form der Ausbeutung in Textilfabriken steht, so Indien für die Ausbeutung in der Autoindustrie. AutoarbeiterInnen und ihre lokalen und gewerkschaftlichen UnterstützerInnen im indischen Manesar haben am 18. Juli einen unbefristeten *dharna*, einen Sitz- und Hungerstreik begonnen. Sie fordern die Freilassung ihrer inhaftierten KollegInnen. Erschütternde 147 ArbeiterInnen haben aufgrund konstruierter Anschuldigungen ein ganzes Jahr im Gefängnis verbracht, nachdem eine heftige, vom Unternehmen provozierte Auseinandersetzung zum Tod eines gewerkschaftsfreundlichen Personalmanagers geführt hatte.

Hunderte hatten sich verpflichtet, sich an dem *dharna* zu beteiligen. Die Regierung allerdings kündigte an, dass sie öffentliche Versammlungen überall in Manesar unterbinden werde und hat eine militarisierte Schutzzone in der Stadt und insbesondere rund um die Fabrik errichtet. 2 000 Leute kamen zu einer Solidaritätskundgebung, doch sie wurden von Polizeibatallionen eingekreist – und das in »der größten Demokratie der Welt«.

Die ArbeiterInnen und ihr lokales Umfeld wollten damit auf den Jahrestag des Angriffs auf AutoarbeiterInnen durch den Werkschutz und die Polizei des Bundesstaates aufmerksam machen.

Die moderne Maruti-Suzuki-Fertigungsstraße in Manesar ist eines von zwei Werken im Industriegürtel von Gurgaon, 25 Meilen südwestlich von Neu Delhi. Maruti Suzuki India ist Indiens größter Automobilhersteller. Das Werk, in dem Autos für den indischen, südostasiatischen und südafrikanischen Markt produziert werden, ist die profitabelste Suzuki-Niederlassung der Welt.

Polizeirazzien in Arbeiterwohnungen letztes Jahr führten zur Inhaftierung der 147, die möglichen Mordanklagen entgegensehen, und zur Entlassung von über 2 400 Festangestellten und LeiharbeiterInnen, nachdem diese die *Maruti Suzuki Workers Union (MWSU)* gegründet hatten. Der provisorische Arbeitsausschuss der MWSU – die Leitungsgruppe der Gewerkschaftsmitglieder, die nicht im Gefängnis sitzen – forderte im Zusammenhang mit der Kundgebung, dass die Regierung alle verhafteten ArbeiterInnen und AktivistInnen ohne Kaution freilassen solle, einschließlich derer, die das vergangene Jahr im Gefängnis von Gurgaon verbracht hatten, und zehn weiteren AktivistInnen, die seit zwei Monaten für ihre Unterstützung einsitzen.

Zusätzlich verlangte die MWSU die Wiedereinstellung der von Maruti Suzuki Gefeuerten ebenso wie von Entlassenen bei Suzuki Powertrain India und Suzuki Motorcycles India (auch in Manesar) sowie eine unabhängige, unparteiische Untersuchung des Vorfalls vom 18. Juli 2012. Bis die Regierung antwortet, haben die ArbeiterInnen angekündigt, ihren unbefristeten Sitz- und Hungerstreik vor der Fabrik in Manesar fortzusetzen.

Stamm- und Leihbelegschaften organisieren sich gemeinsam

Die Maruti-ArbeiterInnen gewannen lokale und landesweite Unterstützung für ihren Kampf, zu dem sowohl Aussperrungen von Seiten der Unternehmer als auch zwei Sitzstreiks gehörten. Sie fingen 2011 an, sich zu organisieren, um das gestufte Lohnsystem und die repressiven Bedingungen anzugehen. Ihr Ziel war eine Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen zwischen dauerhaft und informell Beschäftigten, die niedrige Löhne bekommen und regelmäßig entlassen werden.

Die ArbeiterInnen wehrten das Ansinnen des Managements ab, ihnen eine Unternehmensgewerkschaft aufzudrücken, die sich bereits in der älteren Fabrik in Gurgaon unfähig gezeigt hatte, die ArbeiterInnen zu vertreten, und forderten stattdessen eine unabhängige Gewerkschaft, frei vom Einfluss des Arbeitgebers. Die MWSU ist ein Beispiel für die Vielzahl sich rasant ausbreitender unabhängiger Gewerkschaften in Indien, während es mit den traditionellen Gewerkschaften rapide abwärts geht.

US-amerikanische, europäische und japanische Konzerne investieren in indische Produktionsstätten unter der Bedingung, dass unabhängige Gewerkschaften beseitigt werden. Der deutliche Anstieg ausländischer Investitionen in indische Industriegebiete und die Liberalisierung der Wirtschaft des Landes erfolgen um den Preis von Menschenrechtsverletzungen an den städtischen ArbeiterInnen.

Maruti Suzuki rühmt sich, im Werk von Manesar alle 45 Sekunden ein Auto zu produzieren – die höchste Rate der Welt. Eine Delegation des *International Consortium for Labor Rights* im Juni 2013 fand heraus, dass das Unternehmen die Bezahlung vor allem von der Produktivität abhängig macht, statt feste Löhne zu zahlen. Das Unternehmen

Fortsetzung auf Seite 18 oben

der alten IG Druck und Papier / IG Medien einen Gedankenaustausch ermöglichen, der ›gegen den Zeitgeist‹ gebürstet ist und für alle Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen und alle Interessierten offen ist.«

Aus dem Programm:

- *Freitag, 20. September 2013*

16 Uhr: Sekt und Selters zur Begrüßung
19 Uhr: Auftakt mit Josef Peitz, Leiter der Bildungsstätte Lage-Hörste
20.30 Uhr: REVOLTE – Kabarett mit Robert Griess

- *Samstag, 21. September 2013*

9 Uhr: Referat und Diskussion mit Frank Deppe: »Die deutschen Gewerkschaften und die ökonomische, politische und gesellschaftliche Krise in Europa«
14 Uhr: Referat und Diskussion mit Arno Klönne: »Historische Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung – für Demokratie gibt es keine staatliche Garantie«

- *Sonntag, 22. September 2013*

8.30 Uhr: Frühstück im Grünen bei klassischer Musik (bei schönem Wetter), mit dem Thienhaus-Quartett der Hochschule für Musik Detmold (angefragt)
10 Uhr: Nein zu Hitler! – Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933 – 1945 – Führung durch die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Arno Klönne

Zeit & Ort: *20. bis 22. September 2013, ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Straße 105, 32791 Lage-Hörste*
Unterstützer: *DGB-Bildungswerk NRW*
Teilnahmegebühr: *35 Euro p.P.*
Informationen & Anmeldung: *Tel.: (05232) 983-464; regina.gorsboth@verdi.de; www.imk.verdi.de*

Rhein-Main arm, reich – gerecht?

Regionalkonferenz in Mörfelden-Walldorf

Eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebene Studie hat 2012 die Entwicklung sozialer Ungleichheiten am Beispiel von Kommunen in der Rhein-Main-Region untersucht. »In der Rhein-Main-Region, als einer im Vergleich besonders starken ökonomischen Region, treffen verstärkt angespannte kommunale Haushalte auf zunehmend prekäre Lohnarbeits- und Einkommenssituationen in der Bevölkerung«, bilanzieren die Autoren Bernd Belina und Stephan Bock.
Diesen Befund wollen die Initiatoren der Regionalkonferenz zum Anlass nehmen, sich über Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten auszutauschen. »Die Konferenz richtet sich an Menschen, die in ihrer täglichen Arbeit und in ihrem täglichen Engagement mit den Folgen dieser Entwicklung konfrontiert sind, sei es im sozialen, gewerkschaftlichen oder politischen Bereich und selbstverständlich ganz besonders an diejenigen, die sich aus eigener Betroffenheit zusammengeschlossen haben.« Anschließend an die Vorstellung der Studie durch Bernd Belina und Hinrich Garms sollen einzelne Aspekte in Arbeitsgruppen vertieft werden.
Themen der AGs:

- Job-Center-Widerstand in und aus der Praxis
- Arme Kommunen – Armut der Kommunen
- Wohnungspolitik – bezahlbaren Wohnraum einfordern
- Prekäre Beschäftigung – beschäftigt sein und trotzdem arm

Die Studie "Armut und Reichtum in der Rhein-Main-Region" ist unter www.rosalux.de zu finden.

Termin: *7. September 2013, 10 bis 18.30 Uhr*
Ort: *Bürgerhaus Mörfelden, Westendstr. 60, 64546 Mörfelden-Walldorf*
Veranstalter: *Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Die Linke – Fraktion im Römer und Fraktion im Kreistag Groß-Gerau, Tierrecht EU 21 e.V.*
Kontakt & Anmeldung: *(06105) 24621, VA@LinkeOL-KreisGG.de*

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Fortsetzung von Seite 17 oben

zahlt deutlich weniger als andere Autohersteller – kaum genug zur Deckung von Grundbedürfnissen. ArbeiterInnen werden um ihre Pausenzeiten gebracht, zwei Überstunden am Tag sind üblich. LeiharbeiterInnen, die die gleichen Aufgaben übernehmen wie Festangestellte, allerdings ohne Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen, stellen 75 Prozent der Belegschaft. Da der Staat es versäumt, ein eigenes Arbeitsrecht durchzusetzen, organisieren die ArbeiterInnen von Maruti Suzuki und in den großen Industriegebieten unabhängige Gewerkschaften, um Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Dass die MWSU es gewagt hat, die Lohnunterschiede und den Mangel an Sicherheit für LeiharbeiterInnen in Angriff zu nehmen, hat zu einem koordinierten Widerstand der Arbeitgeber in ganz Indien geführt. Leih- und ZeitarbeiterInnen machen den Großteil der indischen Industriebeschäftigten aus; sie halten die Löhne für alle niedrig und erweitern so den Profit. Autohersteller genießen eindeutig die Unterstützung staatlicher Stellen bei der Abwehr von Gewerkschaften. Die Polizei verhaftet ArbeiterInnen, die mobil machen; die Richter halten sie im Gefängnis.

Ein Sitzstreik nach dem anderen

Nach einer illegalen Aussperrung begannen Maruti Suzuki-ArbeiterInnen im August 2011 einen 33-tägigen Sitzstreik – die dritte größere Aktion des Jahres im Werk von Manesar. Er endete mit einem Kompromiss. Doch als die Festangestellten erfuhren, dass die GelegenheitsarbeiterInnen entlassen werden sollten, begannen sie einen weiteren Sitzstreik in der Fabrik, während die anderen ihr *sit-in* vor den Werkstoren fortsetzten. Die ArbeiterInnen hielten den Sitzstreik sogar aufrecht, als das Management privates Sicherheitspersonal anheuerte, um sie anzugreifen. Dank ihrer Widerstandsfähigkeit wurden alle bald wieder eingestellt.

Im Mai 2012 beantragte die MWSU dann die offizielle Registrierung der jungen Gewerkschaft beim Arbeitsministerium des Bundesstaates Haryana. Das Maruti-Suzuki-Management reagierte aufs Schärfste und initiierte eine beispiellose Kampagne von Einschüchterungen, Terror und Gewalt – mit aktiver Unterstützung der Behörden von Haryana und der Komplizenschaft der indischen Regierung.

Kriminalisierung von ArbeiterInnen

Zwei Monate nach der offiziellen MWSU-Gründung, am 18. Juli 2012, heuerte das Unternehmen Schlägertrupps an und schickte sie ins Werk, um die BasisaktivistInnen zu bedrohen und anzugreifen. Es folgte Chaos. ArbeiterInnen flohen. Die Personalabteilung wurde in Brand gesetzt, was zum Erstickungstod des einzigen Personalverantwortlichen führte, der die neue Gewerkschaft unterstützte. (Der Feuerschaden an der Fabrik war geringfügig.) Um die Schuld für den Todesfall den ArbeiterInnen geben zu können – obwohl sie die Fabrik längst verlassen hatten, als das Feuer gelegt wurde –, nahm das Management die Polizei von Haryana für die Jagd und Verhaftung hunderter ArbeiterInnen in Anspruch, damit diese des Mordes angeklagt werden konnten.

Angehörige wurden in Gewahrsam genommen und bedrängt, die Aufenthaltsorte der ArbeiterInnen preiszugeben. Viele ArbeiterInnen wurden von der lokalen Polizei an den Händen gefoltert, und Familienmitglieder wurden geschlagen.

Eine unabhängige Untersuchung hat es seit den Vorfällen nicht gegeben. Und bis heute sitzen die 147 MWSU-BasisaktivistInnen ohne Anklage oder Kautionsfestsetzung im Gefängnis, weitere 66 sind untergetaucht. Die ArbeiterInnen erwarten Anklagen wegen Verschwörung, versuchtem Mord und Mord – wofür es kaum Anhaltspunkte gibt. Um eine gefügige Belegschaft zu schaffen, hat Maruti Suzuki unterdessen systematisch ArbeiterInnen ersetzt und 546 fest sowie 1 800 vorübergehend Angestellte entlassen.

Einverständnis von Unternehmen und Staat

Nachdem die staatliche Verfolgung begonnen hatte, intensivierten die ArbeiterInnen in Manesar sogar noch ihren Widerstand gegen Maruti Suzuki und andere multinationale Konzerne in dem Industriegebiet. Im letzten Jahr konzentrierten sich die Forderungen der MWSU auf die Freilassung ihrer KollegInnen und auf den Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Gewerkschaft.

Am Abend des 18. Mai, einen Tag bevor den Protestierenden ein Treffen mit dem Industrieminister von Haryana versprochen war, griff die Polizei 100 UnterstützerInnen, die einen friedlichen zweimonatigen *dharna* durchführten, gewaltsam an und verhaftete sie. Die Polizei löste den Protest durch einen Angriff mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas auf. »Ich weiß nicht, was mich auf den Beinen hält«, sagt die Mutter eines inhaftierten Arbeiters. »Erst kürzlich bin ich von der Polizei verprügelt worden. Ich konnte nur mit großen Schmerzen und ziemlichen Schwierigkeiten nach Hause kommen. Das ist nicht das erste Mal, dass die Polizei uns geschlagen hat.«

Maruti Suzuki India und die Regierung von Haryana senden so eine Botschaft an andere ArbeiterInnen im Bundesstaat und in ganz Indien: Wenn ihr anfangt, euch zu organisieren, werden wir euch mit Repression begegnen. Da die Arbeitsbedingungen in der Fabrik angespannt bleiben, bezieht die Polizei von Haryana weiterhin eine Station im Werk.

Wie verschiedene andere indische Bundesstaaten auch versucht die Regierung in Haryana, ausländische Investitionen durch die Unterdrückung der Arbeiterbewegung anzulocken. In einer Anhörung zu den Kautionsregelungen wurde den ArbeiterInnen die Festsetzung einer Kaution mit der Begründung verweigert, dass Gewerkschaften Investitionen blockieren. Am 22. Mai sagte der Oberste Gerichtshof von Punjab und Haryana: »Ausländische Investoren werden ihr Geld höchstwahrscheinlich nicht in Indien investieren, wenn sie sich vor Arbeiterunruhen fürchten müssen.«

Internationale Unterstützung

Die meisten indischen Gewerkschaftszentralen unterstützen die MWSU. Die *National Trade Union Initiative*, ein Zusammenschluss, der sich der Unterstützung von Basisgewerkschaftsbewegungen verpflichtet hat, hat den Fall der MWSU aktiv aufgegriffen. Die wachsende Solidarität mit der MSWU – in indischen Industriegebieten, im ganzen Land und international – lenkt die Aufmerksamkeit darauf, wie internationale Konzerne von der Ausbeutung im globalen Süden, der Enteignung der Armen und der staatlichen Gewalt gegen ArbeiterInnen profitieren. Aber die Gründung und das Vorgehen der MWSU-Basisgewerkschaft zeigt, wie die indische ArbeiterInnenklasse sich unabhängig organisiert.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

** Suzanne Adely ist Menschenrechtsanwältin in New Delhi. Immanuel Ness ist Dozent am Brooklyn College in New York.*

Leserliches

Virtuell Suburban

Neue Internetzeitschrift für kritische Stadtforschung

Eine Gruppe kritischer Geister aus akademischen Disziplinen wie Geographie, Stadt- und Raumplanung hat eine Internetzeitung namens *sub \ urban* ins Leben gerufen. Die Redaktion will den Austausch zwischen den Fachrichtungen fördern, kritische Wissenschaft voranbringen und auf Tuchfühlung mit städtischen sozialen Bewegungen bleiben.
Das Projekt folgt den Prinzipien des *Open Access:* Alle Inhalte (ja, es gibt auch Bilder!) sind frei zugänglich. Seit Ende Juli ist die erste Ausgabe online.
Darin findet sich unter anderem ein Text von Margit Mayer zu »Urbanen sozialen Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt«, der von fünf weiteren AutorInnen ausführlich kommentiert wird. Gründlich verhandelt werden so ein Begriff von Neoliberalismus, der nicht als allumfassende Gewalt jeden Widerstand vergeblich scheinen lässt, und die strategischen Probleme von sozialen Bewegungen, die sich mit Stadtentwicklung beschäftigen und selbsttätig an ihr mitwerkeln wollen.
www.zeitschrift-suburban.de

Mia san flexibel

DGB-Report über Werkverträge in Bayern

Seit der Regulierung der Leiharbeit sind sie der Kassenschlager unter den Lohndumpinginstrumenten: Werkverträge. Systematische Erhebungen darüber, wie viele Beschäftigte auf dieser Basis als Scheinselbständige ausgebeutet werden, gibt es bislang nicht. Ein Grund: Werkverträge werden als Sachkosten verbucht, der Mitbestimmung von Betriebsräten sind hier enge Grenzen gesetzt. Der DGB Bayern hat nun eine ausführliche Studie zu Verbreitung und Bedeutung von Werkverträgen in dem Bundesland veröffentlicht, die in ihrer Anlage durchaus Vorbild für andere Erhebungen sein könnte. Der Report gibt einen Überblick über den zahlenmäßigen Umfang dieser Beschäftigungsform anhand von Sekundärauswertungen diverser Befragungen und Erhebungen, analysiert das Problem in verschiedenen Wirtschaftsbereichen – von der Baubranche über Versandhandel, Logistik, Lebensmittel, Krankenhäuser und Pflege bis zu Entwicklungsdienstleistern und macht Konsequenzen auf verschiedenen Ebenen deutlich: von der Zusammensetzung und Kooperation auf betrieblicher Ebene über die Qualifikations- und Innovationsentwicklung, die Sozialversicherungssysteme bis zu gesellschaftlichen Dimensionen wie Einkommensentwicklung und soziale Sicherheit. Der Kommentar der Herausgeber: »Diese Form der unbegrenzten Öffnung des Arbeitsmarktes war politisch gewollt. Die als Hartz-Gesetze bekannt gewordenen Liberalisierungen des Arbeitsmarktes entfalten ihre Wirkungen. Doch diese Veränderungen waren und sind fatal: Sie deregulierten auf Teufel komm raus, ohne Absicherung nach unten. Die ›Umgehungstatbestände‹ des Arbeitsmarktes sind in Deutschland enorm. Die Kontrollen sind gering, die gesetzlichen Abgrenzungen, etwa bei Werkverträgen, sind ungenau. Und die Lohnregulierung im unteren Bereich ist niedrig bis nicht vorhanden.« Dagegen fordert der DGB-Vorsitzende von Bayern, Matthias Jena, in seinem Vorwort: »Nicht nur, aber gerade im angeblichen Hochlohnland und vermeintlichen Vollbeschäftigungsparadies Bayern sind solche Arbeitsverhältnisse ein Skandal. Wer sich als Exportweltmeister und bundesdeutscher Klassenbester rühmt, darf die Schattenseiten dieser Werkvertragspraxis nicht ignorieren oder gar stillschweigend dulden. Wegschauen oder Kumpanei mit solchen Arbeitgebern zieht Armut und Perspektivlosigkeit nach sich. Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen für eine neue, faire Ordnung der Arbeit zu setzen.« Was genau der DGB sich unter der »neuen Ordnung der Arbeit« vorstellt, ist in der Studie beschrieben – sie ist als

Bewegung, Bündnis, Buckelkatze

Wolfgang Völker über »Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest«

Harald Rein (Hg.): »1982 – 2012. Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. Dokumentation, Analyse und Perspektiven«, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2012, 262 Seiten, 22 Euro
ISBN 978-3-940865-37-3

Mit dem vorliegenden Band erweist sich der AG SPAK Verlag wieder einmal als Ort, der Geschichten und Debatten aus dem Spektrum der organisierten Erwerbslosenbewegung eine Öffentlichkeit bietet. Die Diskussionen zu Existenzgeld und Grundeinkommen aus diesen Kreisen sind in diesem Verlag mit inzwischen mehreren Büchern nachvollziehbar gemacht. Diesmal geht es dem Herausgeber Harald Rein aber um mehr. Er hat mit dem Band den Versuch unternommen, einen Überblick über die Geschichte von Erwerblosenprotesten und Erwerbslosenorganisationen zu geben, wie sie sich seit dem ersten bundesweiten Arbeitslosenkongress 1982 in Frankfurt entwickelt haben. Die gewählte Einzahl im Buchtitel »Erwerbslosenprotest« wird der internationalen Vielfalt dessen, was im Buch dargestellt wird, nicht gerecht. Es wird auch kein umfassender Überblick über das ganze Spektrum des organisierten Konflikts »Arbeitslosigkeit« geboten. So wurde offensichtlich niemand gefunden, der einen (selbst)kritischen Blick auf die Geschichte von Arbeitslosentreffs und -initiativen im kirchlichen Spektrum schreiben wollte. Ebenso hätten die sogenannten Jobberinitativen, die sich häufig mit dem Symbol der buckligen schwarze Katze öffentlich in den Alltag der Sozial- und Arbeitsämter eingemischt hatten, eine breitere Beachtung verdient. Zwar werden die Aktivitäten beider Spektren in der Geschichtsschreibung des Bandes immer wieder genannt, aber sie hätten durchaus noch mehr Reflexion verdient. Die vorgestellte Vielfalt – auch der politischen Positionierung – der (Selbst)organisation im Bereich der Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird vor allem auf den S. 43 bis 163 deutlich. In allen Beiträgen tauchen wesentliche Etappen der jüngeren Geschichte auf. So etwa die beiden Arbeitslosenkongresse 1982 und 1988, die Aktivitäten 1998 zum Ende der Kohl-Ära, die Auseinandersetzungen mit den rot-grünen Hartz-Reformen, die Montagsdemonstrationen, Kampagnen und Aktionen direkt in den Behörden, wie in den 2000er Jahren »Agenturschluss«, »Zahltage« oder »Keiner muss allein zum Amt«, bis hin zu der überraschend großen Demo im November 2003 in Berlin und die »Krach schlagen-Demo« 2010 in Oldenburg. Manche Beiträge lesen sich wie Berichte auf Jahreshauptversammlungen von Vereinen, andere sind Versuche objektiver Nacherzählungen mit politischen Bewertungen; wieder andere erweisen sich als gelungene Verbindungen von (Lokal)geschichte(n) und politischer Selbstreflexion. Deutlich werden die immer wiederkehrenden Konflikte zwischen einer lohnarbeitskritischen Orientierung (»Arbeitslosigkeit als Chance«) und einer die gesellschaftliche und subjekte Dominanz der Lohnarbeit bestätigenden Orientierung (»Recht auf Arbeit«) innerhalb der organisierten Erwerbslosenszene. Auch die Herkunft der verschiedenen Organisationen aus besonderen Konfliktkonstellationen wird erkennbar. Die Sozialhilfeinititiven, das belegen Wolfgang Scherer und Hinrich Garms in ihren Beiträgen, kommen aus dem Spektrum einer sich politisch verstehenden Gemeinwesenarbeit und boten für einen gewissen Zeitraum ein hohes Maß an sozialer und politischer Selbstorganisation und Selbstvertretung. Der Machtzuwachs drückte sich auch darin aus, dass sich die Aktivitäten aus den lokalen Zusammenhängen auf bundesweite ausdehnten und eine Bundesförderung (als Selbsthilfeaktivitäten) erreicht wurde. Das wiederum führte zu Problemen mit Ehrenamtlichkeit, Stellvertretung und dem Zwang, immer wieder neue Projekte auf die Beine zu stellen. Diese Mischung aus dem Verlassen lokaler Zusammenhänge und den Notwendigkeiten professioneller Vereinsaktivitäten sowie die Überforderung, mit diesen neuen Widersprüchen fruchtbar umzugehen, führte schließlich zum Ende der BAG SHI (Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen): »Dies führte zu Spannungen zwischen politischer, als ›ehrenamtlich‹ bezeichneter, und bezahlter politischer Arbeit» (82). Auch wenn bei diesem Beispiel das Verhältnis zu staatlicher Förderung nur ein Moment der Krise war – die Frage »Wie hältst Du's mit der Staatsknete?« wird an einigen Stellen des Buches aufgeworfen, besonders bei der Nutzung von Arbeitsfördermitteln und kommunaler oder Landesförderung für die Aktivitäten gewerkschaftlicher und anderer Arbeitsloseninitiativen. Denn mit der Einbindung in staatliche Finanzierung kann immer auch die Autonomie der eigenen Praxis eingeschränkt werden.

Die Frage nach Bündnissen mit anderen sozialen und politischen Akteuren zieht sich ebenfalls durch das Buch. Wer zeigt sich mit den VerliererInnen der Konkurrenz um Arbeitsplätze solidarisch, vor allem dann, wenn sie trotz Arbeitslosigkeit nicht wehrlos sein wollen und zu Recht nicht bereit sind, Arbeit um jeden Preis anzunehmen, Lohnarbeit nicht mit Glück gleichsetzen und eine ausreichende Existenzischerung auch ohne Lohnarbeit fordern? Die Texte von Bernhard Jirku, Martin Künkler, Horst Schmitthenner und Uwe Kantelhardt machen die Schwierigkeiten nachvollziehbar, innerhalb von DGB, ver.di und IG Metall eine gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit zu etablieren, die eben nicht klassisch stellvertretend meint sagen zu können, was für Erwerblose gut ist, sondern diese wesentlich an der Positionsbestimmung beteiligt. Dies ist eine Herausforderung, der sich z.B. auch Wohlfahrtsverbände und Kirchen stellen müssen, wollen sie eine rein sozialanwaltliche wie auch eine rein trägerorientierte Lobby-Position überwinden.

Die Suche nach Bündnissen ist sicher immer auch verbunden mit der Frage, auf welche Forderungen man sich in einem Bündnis einigen kann. Oder, das wird im Text zum Arbeitslosenverband Deutschlands klar, was es bedeutet, aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, aus völlig unterschiedlichen politisch-kulturellen Traditionen zu kommen und eine gemeinsame politische Position und Praxis zu Erwerbslosigkeit zu entwickeln, wie der AVD dies nach 1989 versucht hat. Das Konfliktpotenzial, das sich zwischen radikalen Foderungen, die das Lohnarbeitssystem samt seiner subjektiven Voraussetzungen in Frage stellen, und Positionen der Umverteilung von Arbeit, von Mindestlohn und höheren Regelsätzen auftut, wird an vielen Stellen im Buch deutlich. Sicher ist im emanzipatorischen Spektrum sozialer und politischer Bewegungen der Beitrag, den Erwerbslosenaktivist_Innen zu der heutigen Verbreitung der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geleistet haben, nicht zu unterschätzen. Doch interessant ist auch, welchen Einfluss eine Kampagne wie »Reiches Land – Arme Kinder« in den Jahren 2006 bis 2008 auf die praktische Sozialpolitik hierzulande hatte. Diese Kampagne wurde von Erwerbslosenorganisationen und politischen Bündnissen entwickelt und so umgesetzt, dass es – vor dem 2010er Urteil des Bundesverfassungsgerichts – zu leichten Verbesserungen bei den Regelsätzen für Kinder kam, und dass erst lokal und dann auch bundesweit Schulbeihilfen eingeführt wurden. Diese realpolitische Einflussnahme war sicher nur möglich, weil Kinderarmut viele (Lokal)PolitikerInnen in Legitimationsnöte bringt und weil Kinderarmut nicht in dem Maße individualisiert wird wie die von Erwachsenen, obwohl sie ja nicht anders ist als die Armut ihrer Eltern. Aber Kinder gelten offenbar als »würdige Arme«, weil hierzulande niemand von ihnen verlangt, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Über eine Verkopplung von Sozialhilfeansprüchen mit dem Schul- oder Kindergartenbesuch wird jedoch schon ab und an laut nachgedacht.

Eine weitere Erfolgsgeschichte, von der in diesem Buch berichtet wird, ist das Scheitern der so genannten »Arbeitnehmerhilfe« und ihre Streichung aus dem SGB III im Jahr 2005. Diese Regelung sollte dazu dienen, Erwerbslose in großem Umfang zu Ernteeinsätzen zu verpflichten. Sie scheiterte zum einen schlicht daran, dass »jeder Einzelne Gründe fand, nicht als Erntehelfer eingesetzt zu wer-

Fortsetzung auf Seite 20 oben

PDF auf der Internetseite des DGB Bayern verfügbar.

Bezug: *Sandra Siebenhüter: »Werkverträge in Bayern. Das neue Lohndumping-Instrument«, hrsg. vom DGB-Bezirk Bayern, München 2013; im Internet unter: www.bayern.dgb.de*

Appel, Ei und Händedruck

Die Ausbeutung des Ehrenamts

»Schön, wenn Menschen sich für andere engagieren. Es hilft auch den Helfenden, macht zufrieden, vermittelt neue Einsichten und Kontakte. Und verschleiert den Blick«, schreibt der Nomen-Verlag in der Ankündigung zu dem gerade erschienenen Buch über ehrenamtliche Arbeit. Der Autorin zufolge arbeiten rund 23 Millionen Ehrenamtliche in Deutschland in Kleiderkammern, in Kitas und in Schulen. Sie betreuen Kranke, sie sitzen an den Kassen von Theatern und Schwimmbädern, pflegen kommunales Grün und steuern den ›Bürgerbus‹. Alles unbezahlt, alles fürs Gemeinwohl. Vor lauter Begeisterung über »bürgerschaftliches Engagement« sehen wir, so ihre These, nicht mehr, woher die vielen Armen im Lande kommen. Ihr geht es um den Zusammenhang »zwischen kaputt gesparten Kommunen, Einschnitten im sozialen Netz, der Konzentration des Reichtums bei wenigen und den Dauer-Appellen an uns alle, bitte mit auszuhelfen. Die Freiwilligen halten mit ihrer Gratisarbeit nicht nur den Betrieb in Pflegeheimen, Kitas und Schwimmbädern aufrecht. Sie tragen auch dazu bei, den Niedriglohn-Sektor auszudehnen und die Arbeit von Hauptamtlichen zu dequalifizieren. Sie stopfen Löcher, die politische Entscheidungen ins Sozialwesen, die Bildung und die Infrastruktur gerissen haben. Und werden von den Politikern am ›Ehrenamts-Tag‹ dafür belobigt. Warum noch für Arbeit bezahlen, wenn Ehrenamtliche sie umsonst oder für ein Taschengeld verrichten?« Claudia Pinl zerstört das hehre Bild des ›bürgerschaftlichen Engagements‹, wie es von Professoren, Politikern und Ehrenamts-Profis präsentiert wird. Die Autorin appelliert an die Freiwilligen, nicht länger den Ausputzer für politische Fehlentscheidungen zu machen. Und an die Politik, öffentliche Aufgaben im Sozialen, in der Bildung und im Kommunalen wieder öffentlich finanzierbar zu machen.

Bezug: *Claudia Pinl: »Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Gratisarbeit«, Nomen-Verlag, Frankfurt a.M. 2013, 144 S., 14,90 Euro, ISBN 978-3-939816-18-8*

Ei des Kommunismus

Zur linken Diskussion des »real existierenden Sozialismus«

Die »Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus« hat einen Sammelband herausgegeben, in dem sich etwa 20 AutorInnen mit der (Herrschafts-) Geschichte des Sozialismus befassen. Auf die Auseinandersetzung mit vergangenen sozialistischen Hoffnungen und dem Verhältnis der Linken zu DDR & Co. folgen mehrere Beiträge zu »Konkreten Utopien heute«, die sich darum bemühen, aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts Schlussfolgerungen für emanzipatorische Ansätze heute zu ziehen.

Der Verlag: »In einmaliger politischer Breite diskutieren emanzipatorisch orientierte Linke des Sozialismus, libertären Kommunismus und Anarchismus, Bewegungslinke verschiedener Spektren und Angehörige der Linkspartei, Libertäre und Marxist_innen, west- und ostdeutsch Sozialisierte.«

Beiträge u.a. von Bini Adamczak, Willi Hajek, Elfriede Müller, Renate Hürtgen, Christian Frings, Bernd Gehrke, Detlef Hartmann, Lucy Redler, Michael Wilk

Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (SEK) (Hrsg.): ***»Was tun mit Kommunismus?! Kapitalismus | »realexistierender Sozialismus« | Konkrete Utopien heute«,*** *Unrast Verlag, Münster 2013, 388 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 978-3-89771-526-4*

Fortsetzung von Seite 19 oben

den« (13). Zum anderen stellten sich auch die betroffenen Bauern gegen diese Regelung und zogen Arbeitskräfte ihrer Wahl vor. Dieses Beispiel verweist darauf, dass es neben der Geschichte kollektiver Aktionen, Versammlungen, Bündnisse, Demonstrationen etc. auch Geschichten des Widerstands Erwerbsloser im Alltag gibt. Den alltäglichen Zumutungen der Jobcenter und Arbeitsagenturen »stehen spezifische Vorstellungen von Gerechtigkeit und Würde (oder besser würdevoller Behandlung im Amt) jedes Einzelnen gegenüber. Sie ähneln dem von Thompson geprägten Begriff der ›moralischen Ökonomie‹, also der Verteidigung ›traditioneller Rechte und Gebräuche‹, die sich aus Legitimitätsvorstellungen und moralischen Grundannahmen speisen. Diese Verteidigung wird hauptsächlich individuell ausgefochten, kann aber auch zu kollektiven Ausbrüchen führen oder in produktive Alternativen münden« (14). Harald Rein stellt mit Bezug auf Asef Bayat[1] die interessante Frage, ob und wie nicht auch solche Praktiken, die von verschiedenen Menschen unabhängig voneinander ausgeübt werden, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel leisten können (16).

Da in diesem Buch jedoch die organisierten Formen von Erwerbslosenprotesten im Zentrum stehen, ist es besonders spannend, die Beiträge zu betrachten, die sich über »neue Strategien« (181–195) Gedanken machen. Die Protagonisten hierbei sind Michael Bättig von der ALSO Oldenburg und Harald Rein vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum, beide langjährig in diesem Konfliktfeld unterwegs. Michael Bättig geht von einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus aus, in dem die Handelskapitale dominieren und die Herstellung und Verteilung der Lebensmittel kontrollieren. Dieser »Walmartismus« eröffne die Möglichkeit des politischen Eingriffs entlang der Produktions- und Verbrauchskette auch in Form neuer Bündnisse. Nachvollziehbar entwickelt Bättig einen Zusammenhang zwischen agrarindustrieller Massenproduktion mit ihren negativen Folgen für die Qualität der Lebensmittel und die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft vor Ort, der Verabeitung von Tieren und Pflanzen in spezifischen, auch stark prekarisierten Industrien, des Vertriebs dieser Waren in Discounterketten und der Angewiesenheit armer Bevölkerungsteile auf billige Lebensmittel. Dies bildet den Hintergrund für die These, dass es heute nicht einfach nur um das Einklagen des Anteils am wachsenden materiellen Reichtum der Gesellschaft geht, »sondern vielmehr die Qualität, Art und Weise der Produktion und Verteilung dieses Reichtums problematisiert wird« (182). Hier wird die Chance einer Neuorientierung gesehen, wie sie auch schon André Gorz und andere der Linken empfohlen hatten. Für Erwerbslosenprojekte wird diese Herausforderung auf drei Punkte konzentriert. Sie müssen »quasigewerkschaftliche Basisarbeit« leisten, also Beratungs- und Unterstützungsarbeit bei den »alltäglichen Sorgen und Nöten« bieten und ein »soziales Zentrum« als »Basislager« (184 f.) haben. Sie müssen sich zweitens an der (praktischen) Diskussion um Gemeingüter und ihre Realisierung beteiligen. Dies umfasse ein bedingungsloses Grundeinkommen, den freien Zugang zu Mobilität, Bildung, Gesundheit und Wohnung, liberale Rechtsstaatlichkeit, größtmögliche Demokratisierung, ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis und faire Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen bei Produktion, Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel (185). Drittens geht es um die »Einkommens- und Soziale Frage«, über deren Bedeutung die Erwerbslosenprojekte ganz praktisch aufklären müssen (Rolle und Höhe der Regelsätze im SGB II/SGB XII), um so eine Verbindung von sozialpolitischen und ökologischen Forderungen herzustellen (186). Und schließlich müssen sie »multistrategisch« vorgehen und a) mit Akteuren, denen der ›Walmartismus‹ das Leben schwer macht, die Diskussion und gemeinsame Eingriffsmöglichkeiten suchen. Dazu gehört dann b) für Erwerbslosenprojekte ganz wesentlich, über die Forderung nach einem menschenwürdigen Existenzminimum eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber zu befördern, »was zu einem guten Leben für alle gehört« (186).

Ums »gute Leben« geht es auch Harald Rein in seinen strategischen Vorschlägen. Er geht davon aus, dass die ökonomische Entwicklung dem kapitalistischen Arbeitsethos und der Dominanz der Anerkennung und Identitätsbildung durch Lohnarbeit den Boden entzieht: »Es lässt sich festhalten: Die ökonomische Entwicklung könnte zur Befreiung von Erwerbsarbeit beitragen« (189). Er geht des Weiteren davon aus, dass Erwerbslose eher unter materiellen Entbehrungen und Entwürdigungen durch Behörden leiden als an fehlender Erwerbsarbeit (189) und dass ihr Bedürfnis nach Tätigkeit nicht unbedingt auf Lohnarbeit ausgerichtet ist, sondern auf andere gesellschaftliche und politische Aktivitäten (189 f.). Für die politische Neuorientierung stellt er die »Wiederaneignung der verlorenen Zeitsouveränität« und ein »anderes Verständnis davon, was soziale Sicherung bedeuten kann, weg von Mindestleistungen, hin zu einem ausreichenden Grundeinkommen« (190) ins Zentrum. Praktisch aufgegriffen wird diese Orientierung im Vorschlag einer Arbeitsgruppe der BAG Prekäre Lebenslagen zu der Kampagne »Für ein gutes Leben!« Einige Veranstaltungen dazu wurden bereits durchgeführt und in der Auswahl der besprochenen Themen, was für ein gutes Leben alles neu zu gestalten ist, werden viele Konfliktfelder aufgeführt, die auch Michael Bättig genannt hatte: »Lohnarbeit, Ökologie, Wohnen, Gesundheit, Verkehr, Sozialleistungen und Bildung« (190). Harald Rein fragt vor dem Hintergrund dieser Ansätze und der Erfahrung der Existenz vielfältiger Kampffelder nach einem »gemeinsamen Thema« oder einem »gemeinsamen Begriff«, diskutiert auch, was in den Bewegungen, die ein »Recht auf Stadt« fordern, zum Ausdruck gebracht wird, und kommt zu dem Ergebnis, dass die Formel »Gutes Leben« eine Klammer sein kann, nicht nur, weil sie Unbescheidenheit ausdrückt, sondern vor allem, weil sie »unterschiedliche Menschen« zusammen bringt und »verdeutlicht, dass Erfolge nur gemeinsam zu erreichen sind« (193). Die derzeit vor allem in den kritischen Entwicklungsdiskursen Südamerikas propagierte Formel »*Buen Vivir*« grenzt sich in Harald Reins Blick stark von der »Idee eines individuellen guten Lebens« ab, es ist »nur im sozialen Zusammenhang denkbar« (193). Auch hier geht es also um »Gemeingüter«, auch hier geht es um einen »Gegenentwurf zu einem einseitig wachstumsorientierten Entwicklungsbegriff« (194). Auch hier wird André Gorz zitiert mit dem »Exodus aus der Lohnarbeit«. Dennoch fällt es den Protagonisten nicht leicht, politisch zueinander zu kommen. Vordergründig zeigt sich dies an der Frage, mit wem man sich auf welche Kompromisse in politischen Bündnissen einlässt, die Machtverschiebungen ermöglichen sollen in Richtung ausreichender und rechtlich garantierter Existenzsicherung und zugleich ein Schritt sein sollen, die als Voraussetzung für eine solche Existenzsicherung notwendigen Produktions- und Verteilungsverhältnisse zum »Guten« zu verändern.

Die Kontroverse existiert. Was nun? Der Rezensent weiß nicht, was Harald Rein und Michael Bättig empfehlen. Er empfiehlt: Macht Buchvorstellungen und diskutiert mit ihnen.

** Wolfgang Völker ist Mitglied der Widersprüche-Redaktion, lebt in Hamburg und arbeitet dort beim Diakonischen Werk.*

Anmerkung:

1 *Asef Bayat: »Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern«, Berlin/Hamburg 2012*

Nächster Redaktionsschluss: 1. September 2013

In den nächsten Ausgaben: Wenig zukunftsfähig: Arbeitsverhältnisse in der Branche Erneuerbare Energie • Was gibts Neues vom Weltkrieg: Zur Militarisierung des Inneren • Organizing im Bankenviertel • Fleischberge – ein Übelkeit erregender Branchenzustand • Pest: Werkverträge in der Autoindustrie

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ Rainald Goetz: »Johann Holtrop. Abriss der Gesellschaft«, Roman, Frankfurt a.M. 2012
- ☐ Dario Azzellini / Immanuel Ness (Hg.): »Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute«, Karlsruhe 2012
- ☐ Owen Jones: »Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse«, Mainz 2012
- ☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen

- ☐ gegen Rechnung
- ☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info,
www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG,
Kto.-Nr. 3 95 00 37 (BLZ 500 905 00);
Zusatz Ausland: iban: DE28 5009 0500 0003 9500 37,
swift: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Henke Pressedruck GmbH, Berlin